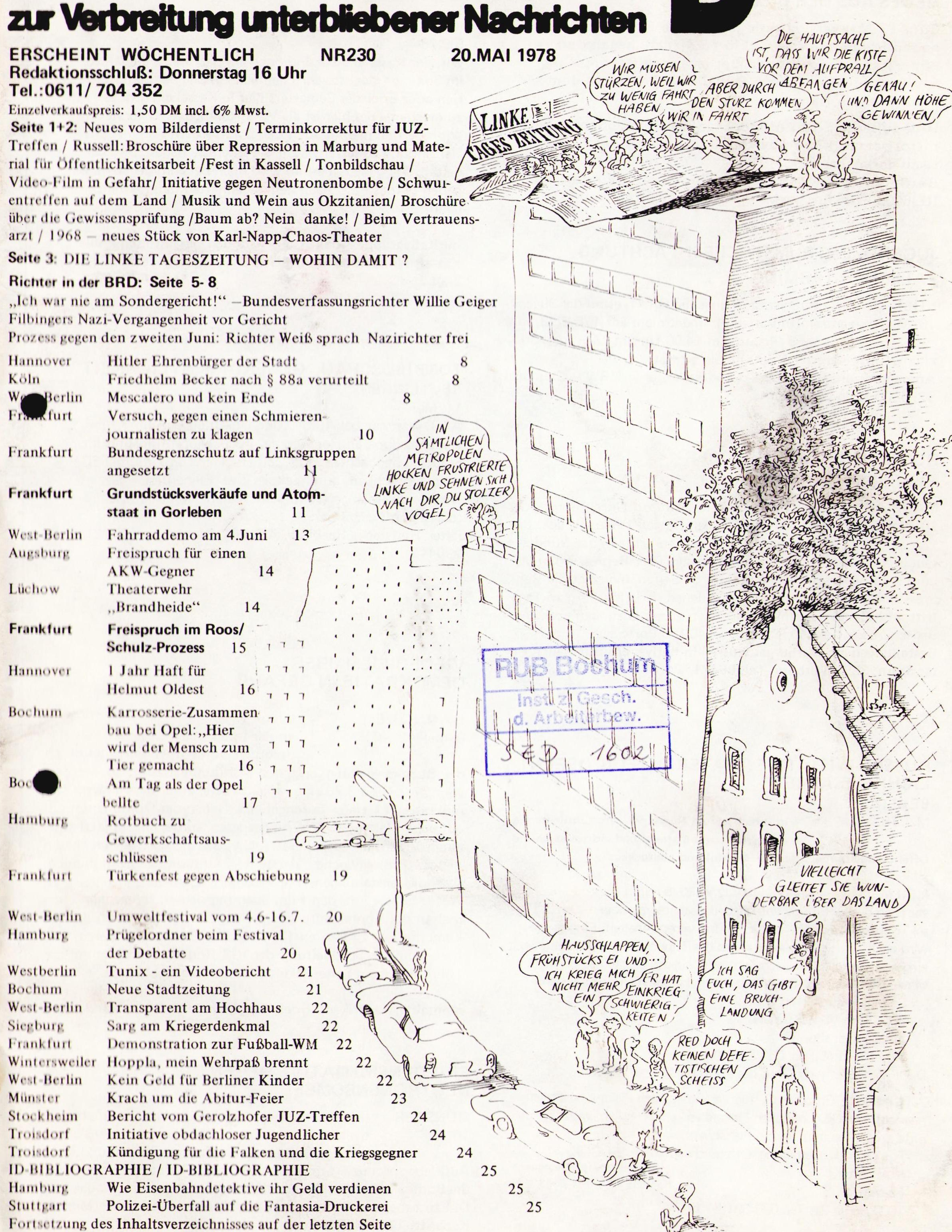
Informations-Dienst zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten

ID
D 1870 CX

ERSCHEINT WÖCHENTLICH NR230 20.MAI 1978
Redaktionsschluß: Donnerstag 16 Uhr
Tel.:0611/ 704 352
Einzelverkaufspreis: 1,50 DM incl. 6% Mwst.

Fortsetzung des Inhaltsverzeichnisses auf der letzten Seite



Zeichnung von Friedrich Karl Waechter

NEUES AUS DER BILDERECKE

Zum 13.Mal versucht die japanische Regierung den neuen Flughafen von Tokio zu öffnen; gegen den Widerstand der gesamten umliegenden Bevölkerung — wir haben eine Menge Bilder und Texte aus dem mehrjährigen Kampf.

Und außerdem ist uns aus Frankreich eine Serie von historischen Bildern der Maiunruhen auf den Schreibtisch geflattert.
Bestellungen wie immer: Telefon 70 43 52 oder ID, 6000 Frankfurt am Main, Postfach 90 03 43

JUGENDZENTRUMSTREFFEN: ACHTUNG, FALSCHER TERMIN!

KÖLN
16. Mai

Das im ID Nr. 229 angekündigte Treffen der Jugendzentren-(Initiativen-) findet nicht am 4./5.5.78, sondern am 3./4. Juni am 14.00 Uhr im JZ Rodenkirchen-Weiß, Georgstr. 2, 5000 Köln 50 statt.
Anmeldung an: BDP/BDJ — Landessekretariat NRW — Stammstr. 92, 5000 Köln 30.

RUSSELL-BROSCHÜRE ÜBER REPRESSION IN MARBURG

MARBURG
10. Mai

Die Marburger Initiative zur Durchführung des III. internationalen Russell-Tribunals über die Situation der Menschenrechte in der Bundesrepublik Deutschland hat eine Broschüre über Repression in Marburg herausgebracht. Diese umfaßt 50 Seiten und zeigt die Repression auf allen Ebenen auf, auf denen sie in Marburg zu Tage tritt; also Zensur, Berufsverbote, Betriebsentlassungen usw. Die Broschüre kostet 2,50 DM plus —,40 DM Porto.
Bestellungen an: Marburger Russell-Initiative, c/o Buchladen Roter Stern, 3550 Marburg, Tel. 06421/ 24787.

RUSSEL-INITIATIVE: MATERIAL FÜR ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

BERLIN
Mai 78

In ihrem letzten Rundbrief veröffentlichte die Russel-Initiative Material und Adressen für die Öffentlichkeitsarbeit, das wir nachfolgend abdrucken:

1. FILM (16 mm, Lichtton, schwarz/weiß, 15 min.). Dieser Film entstand an der DFFB und enthält Grundsatzinformationen zum 3. Russel-Tribunal, seiner Vorgeschichte und seinen Inhalten. Eingegangen wird auch auf die Kampagne gegen das Tribunal. Der Film sollte breit eingesetzt werden. Vielleicht gibt es in einigen Städten sogar Kinobesitzer, die darauf anzusprechen wären, ihn als Vorfilm zu zeigen?
Bestellt werden kann er bei:
Basis Film Verleih GmbH
Finckensteinallee 32
1000 Berlin 45, Tel. 030/833 80 81.
Der Film kostet nichts, nur das Porto muß bezahlt werden.

2. PLAKATE: Gruppen, die für Veranstaltungen Plakate benötigen oder auf ihren Büchertischen Plakate verkaufen wollen, wenden sich bitte an die Veranstalter des Plakatwettbewerbs:
Foto, Druck, Gestaltung, Öffentlichkeitsarbeit (FDGÖ)
Kurt Jotter,
Erasmusstr. 2
1000 Berlin 21, Tel. 030/391 34 19.

FEST IN KASSEL

KASSEL
5.5.78

Wir, der Kasseler Asta und noch ein paar Leute haben vor im Sommer, höchstwahrscheinlich Anfang der Semesterferien oder Ende des Semesters hier in Kassel ein großes Fest zu machen. Dies hier ist als Vorankündigung zu verstehen. Wir möchten hiermit auch Leute auffordern sich mit uns in Verbindung zu setzen, wenn sie Interesse haben, mitzuarbeiten. Der genaue Termin wird noch bekannt gegeben. Wir haben es (das Fest) nach dem sagenhaften Land Atlantis benannt.

Inititativgruppe Atlantis c/o Asta der Gesamthochschule Kassel, Wilhelmshöherallee 73, 3500 Kassel, Tel. 0561/ 22057

TONBILDSCHAU "GEGENÖFFENTLICHKEIT"

REUTLINGEN
11. Mai

Alles, was man bei Aufbau und Durchführung einer Filmvorführgruppe an Hochschule, in Jugendzentren und im Stadtteil beobachten muß, soll in einer Tonbildschau "Gegenöffentlichkeit durch alternative Filmarbeit" gezeigt werden, die man gegen 10 Mark leihen kann (Materialbroschüre gibt's dazu) bei:
Peter Reifsteck, Raabestr. 43, 741 Reutlingen (07121/ 290442).

VIEDEO-FILM ÜBER DEMOKRATIE IN GEFAHR

HANNOVER
8. Mai

Liebe Freunde,
an der Integrierten Gesamtschule Roderbruch wurde trotz Verbotes durch die Bezirksregierung und das Kultusministerium in der Zeit vom 27.2. bis 3.3.78 eine Projektwoche unter dem Thema 'Demokratie in Gefahr' durchgeführt. Neben der Dokumentation, auf die im letzten ID 226 hingewiesen wurde, gibt es jetzt auch einen Videofilm über diese Woche, der die wichtigsten Phasen dieser Projektwoche darstellt: Kultusministeriumsbesuch, Abendveranstaltungen, Pressekonferenz, Arbeitsgruppen usw. Wer Interesse hat, den Film auch bei sich zu sehen, kann sich mal an die Kontaktadresse wenden. Dort gibt es auch die Dokumentation zu kaufen (2,-- DM pro Exemplar), deren Vertrieb von der Schulleitung der IGS Roderbruch aufgrund des Lehrerliedes auf Seite 12 mittlerweile verboten wurde.

Kontakt: Hendrik de Boer, Siegesstraße 7, 3000 Hannover 1

FRIEDENSINITIATIVE GEGEN DIE NEUTRONENBOMBE

MÜNSTER
16. Mai

Im Sommer 1977 hat sich in Münster eine Initiative gegen die Neutronenbombe gebildet. Sie hat bislang 2000 Unterschriften gesammelt und einen Aufkleber produziert mit der Aufschrift „Für das Leben — gegen die Bombe". Der Aufkleber ist in zwei Größen für 1,— oder 1,50 DM zu haben bei **Friedensinitiative Münster, c/o Lutz P. Michel, Kanalstr. 123, 4400 Münster.**

SCHWULENTREFFEN AUF DEM LAND

BIELEFELD
Mai 1978

Beim ersten Schwulentreffen auf dem Land im „Bildungs- und Freizeithaus Altenmelle" im Februar dieses Jahres haben wir beschossen, ein solches Treffen zu wiederholen – dann aber über einen längeren Zeitraum. Der Termin dafür steht jetzt fest: **11. bis 16. August 1978.** Die Teilnehmerzahl ist diesmal auf 80 Personen begrenzt. Die Kosten betragen 100 DM (95 DM für Unterkunft und Verpflegung, 5 DM Organisationskosten). Wir von der IHB verstehen uns wie beim letzten Mal als Organisatoren, wollen also nicht allein den Ablauf und die Inhalte des Treffens bestimmen. Bitte schickt uns deshalb mit Eurer Anmeldung auch Eure Vorschläge, was Ihr gern in Altenmelle tun und besprechen möchtet. Meldet Euch bitte möglichst bald an (vorläufiger Anmeldeschluß: 15. Juni 1978!)

IHB c/o AStA Uni, Postfach 8640, 4800 Bielefeld1; Telefon: 0521 - 68717. Genauere Unterlagen bekommt Ihr dann zugeschickt.

MUSIK AUS KATALONIEN UND OKZITANIEN

FRANKFURT
18. Mai

Marina Rossell aus Katalonien und Mans de Breish aus Okzitanien mit ihren Gruppen sind in der Bundesrepublik, um hier an mehreren der Protestveranstaltungen teilzunehmen, zu denen die Gesellschaft für bedrohte Völker 20 Indianer eingeladen hat. Daneben haben der Verein zur Förderung der deutsch-okzitanischen Freundschaft zusammen mit der „Association Culturelle la Bobine" in Göttingen und dem Trikont-Verlag München weitere Veranstaltungen mit den Musikern aus Okzitanien und Katalonien vereinbart.

Die Termine:

Montag, 22. Mai: Mans de Breish in Göttingen, Alte Mensa, Wilhelmsplatz, 19 Uhr

Dienstag, 23. Mai: Mans de Breish und Marina Rossell in Frankfurt, Universität, Hörsaal 6, 19.30 Uhr

Donnerstag, 25. Mai: Mans de Breish in München, Bürgerbräukeller, 20 Uhr

Auf allen Veranstaltungen wird okzitanischer Rotwein verkauft.

Kontakt: Verein zur Förderung der deutsch-okzitanischen Freundschaft, Karlstr. 30, 6078 Neu-Isenburg

BROSCHÜRE ÜBER DIE WIEDEREINFÜHRUNG DER GEWISSENSPRÜFUNG

HAMBURG
17. Mai

Das Bundesverfassungsgericht hat die Wehrpflichtnovelle wieder aufgehoben – die Gewissensprüfung für Kriegsdienstgegner ist wieder eingeführt. Zum Kampf gegen diese Wiedereinführung gibt es eine Broschüre von der Selbstorganisation der Zivildienstleistenden. Die Broschüre enthält auch Auszüge aus dem Urteil und dem Votum des Verfassungsrichters Hirsch, der sich gegen die Wiedereinführung der Prüfung ausgesprochen hatte. Zu beziehen ist die Broschüre bei
Selbstorganisation der Zivildienstleistenden, Grindelallee 9, 2000 Hamburg 13, Tel. 040/44 32 45

SELBSTREDEND SELBSTKLEBEND: „BAUM AB? NEIN DANKE!"

MÜNSTER
8. Mai

Den „BAUM AB? NEIN DANKE"-Aufkleber mit grünem grinsenden Baum auf Anti-AKW-gelben Hintergrund, den der Arbeitskreis Umwelt Münster mal erfunden hat, gibt's jetzt wieder. Zudem vertreiben wir jetzt auch den aus Frankreich kommenden „Energie Solaire"-Aufkleber, eine breit lachende zahnlückige rote Sonne auf weißem Grund mit schwarzer Schrift. Beide Aufkleber sind ca. 10 cm groß, sind selbstredend selbstklebend und kosten das Stück 50 Pfennige (+Porto). Zu beziehen bei: AKU Münster, c/o Knut Heydolph, Diepenbrockstr. 24, 4400 Münster, Tel. 0251-663399.

BEIM VERTRAUENSARZT

FRANKFURT
16. Mai

Einer arbeitslosen Lehrerin wird von einem Vertrauensarzt "Psychophysischer Erschöpfungszustand bei Arbeitslosigkeit" diagnostiziert. Seine Vorstellung, wie dem abgeholfen werden kann:

"Es wird nicht bezweifelt, daß es der Patientin situationsgemäß schlecht geht.
Auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt wäre deshalb sogar noch Arbeitsunfähigkeit anzuerkennen. Da die Beurteilung sich jedoch nach der zuletzt ausgeübten Tätigkeit richtet, muß festgestellt werden, daß die Versicherte als Lehrerin arbeiten kann, da der Zustand durch die Arbeitslosigkeit bedingt ist und sofort abklingen würde, wenn sie eine Stelle hätte".

1968 – SEIT 10 JAHREN IN FAMILIENBESITZ

FRANKFURT
18.Mai

Das Karl Napp's Chaos Theater hatte neulich wieder Premiere: in der Universität Frankfurt sprang sein neues Stück „Seit zehn Jahren in Familienbesitz" über die Rampe des Katheders im Hörsaal 6, ein Spiel über das Jahr 1968 und die Folgen (nächste Aufführung Montag, 22. Mai, 20 Uhr).

Die Napp's wollen dieses Stück an Universitäten in Hörsälen spielen. Studentenvertretungen, die Interesse daran zeigen, daß das Stück an ihrer Uni oder Hochschule gespielt wird, sollten sich brieflich mit:

Dieter Thomas, Germaniaplatz 31, 6000 Frankfurt/Main
in Verbindung setzen oder telefonisch unter folgender Nr. :
0611 / 44 81 86; 59 89 45

Die Napp's hatten letzte Woche Prozeß wegen des Aufkleber's ‚radioaktiv' auf ihrem Theaterbus, der auf ihr früheres Anti-Atom-Stück „Ei, was strahlt denn da" hinwies.
Den Bußgeldbescheid des Straßenverkehrsamts über 100 DM (= das Schild ‚radioaktiv' dürfe man nur dann gebrauchen, wenn man radioaktive Stoffe geladen hätte) reduzierte der Amtsrichter auf 30 Mark. Die Theatergruppe war in voller Theaterbesetzung erschienen; es gab zu lachen, weil der Amtsanwalt z.B. annahm, daß ein unbedarfter Passant, der das Schild am Bus sehe, „durchdrehen" könnte.

DIE LINKE TAGESZEITUNG — WOHIN DAMIT?

Seit einigen Monaten gibt es sie: die Vorstellung, daß es in der BRD ganz bald und ziemlich wahrscheinlich eine Tageszeitung der Linken geben wird. Sie soll ein historisches Loch schließen helfen, das als solches spätestens seit der Springer-Kampagne jedem bewußt geworden ist. Aus welchen Teilen und Konzepten diese Zeitung sich zusammensetzen wird, welche Schwerpunkte dominieren und welche Bereiche womöglich außer Acht gelassen werden, ist noch ungewiß. Die Einigkeit des Ansatzes von vor zehn Jahren ist da ein Element, die aufgefächerten Entwicklungen und auseinandergehenden Diskussionen über Gegenöffentlichkeit heute ein anderes. Von denen, die das Projekt Tageszeitung initiiert haben, liegt nun ein erstes Diskussionsergebnis vor, in dem die verschiedenen Vorstellungen und Arbeitsergebnisse dokumentiert sind (Das ,Prospekt Tageszeitung' im linken Buchhandel für 6 Mark).
Spätestens danach ist die Diskussion so richtig in Fahrt gekommen. Es scheint, als ob eine Unzahl von verschütteten Ideen, Hoffnungen und Utopien wieder reaktiviert würden, auch in Kreisen, die bei den Diskussionen der letzten Jahre eher abseits standen. Anderen wiederum wird es bei den Dimensionen, in denen sich das Projekt bewegt, etwas klamm ums Herz, sie halten die Zeitung für eine gemachte Sache, außerhalb unserer Einflußnahme und über unseren Köpfen angelegt.

Im ID ist die Auseinandersetzung etwas schleppend angelaufen, über unsere Funktion und spätere Rolle sind wir noch nicht übereingekommen. Wir haben uns daher überlegt, eine ,Flucht nach vorne' anzutreten: wir wollen in einer fortlaufenden Diskussion Beiträge zur Tageszeitungsdiskussion abdrucken, damit die unterschiedlichsten Ansätze zu Worte kommen können und damit die Vorentscheidungen, die das Produkt Zeitung bestimmen werden, in jeder Phase öffentlich getroffen werden. Angesprochen sind demnach alle, die sich an der Zeitung engagieren und alle, die sie später einmal gebrauchen wollen. Wir sehen den Rahmen dafür sehr weit gefaßt, denn es gibt eigentlich keinen Punkt, der sich nicht ebenfalls auf Inhalt und Struktur des ID beziehen läßt. Eine Entwicklung und ihre Diskussionsgeschichte im Bereich der alternativen Gegenöffentlichkeit von solchen Ausmaßen wird auch kontrovers verlaufen müssen. Die Widersprüche und Trennungen zur Alternativpresse und zu anderen aktuellen Ansätzen (freie Radios usw.) sollen offen benannt werden.
Nun gut, wir fangen an mit einem Beitrag von einem aus dem ID-Kollektiv, der weder besonders vollständig noch besonders ausdiskutiert ist — aber wir wollten einfach nicht länger warten, zumal nächstens Wochenende das Alternativpressetreffen in München darüber reden wird.
Bis zur nächsten Fortsetzung!

Wenn auch die ,große' Diskussion zwischen Tageszeitung und Alternativpresse noch nicht stattgefunden hat, so ist es doch kein Geheimnis, welche Positionen sich in etwa gegenüberstehen.
Das Gegensatzpaar ,Basisberichte'/Profi-Journalismus' wird regelmäßig ins Feld geführt. Mit diesen Positionen ist aber nicht viel geklärt; die Bedingungen der Diskussion, die Ahnung von Umwälzungen in der linken Medienlandschaft und die Ungewißheit, was dann auf uns zukommt, hat bewirkt, daß hinter dieser etwas lauwarm und plakativ geführten Auseinandersetzung vieles unausgesprochen blieb und das Thema Tageszeitung oft mit lähmendem Mißmut abgehandelt wurde.

Als Amerika europäisch kolonialisiert wurde und dann viel dicker und mächtiger daherkam als die alte Mutter Europa, war das vielleicht ähnlich. Ist nun die Alternativpresse Europa? Muß sie befürchten, daß ein riesiges Elefantenküken Tageszeitung das feine, schrittweise gewachsene Geflecht der Gegenmedien mit amerikanischer Großspurigkeit dereinst zertrampeln wird?
Bei der letzten ID-Diskussion hatte ich den Eindruck, es macht sich ein muffliger Fatalismus breit; man traut der Tageszeitung nicht so recht über den Weg, hat aber wenig Lust, sich entschieden dafür oder dagegen auszusprechen. Zur Äußerung kommt wieder nur der Konflikt der ,Konzepte', die Tageszeitung würde mit leichter Hand wesentliche Momente einer radikalen gegenöffentlichen Praxis über den Haufen werfen. Als Gegenargument steht dann die Existenz von Alternativblättern da, so wie sie sind. Aber spätestens da kommt mir der Gegensatz nicht mehr gegensätzlich vor. Denn ,,so wie sie sind", sind unsere Zeitungen immer auch Forum für die Erkenntnis gewesen, daß die Alternativpresse ein gewisses Level an politischer Bedeutung nicht überschreitet, ebenso wie wir seit Jahren bemüht sind, einen kontinuierlichen Zusammenhalt untereinander zu etablieren. Überhaupt ist sich die Alternativpresse bewußt, daß die mögliche Formenvielfalt subkultureller, subversiver, demokratischer und rhizomatischer Gegenöffentlichkeit mit dem jetzigen Stand noch lange nicht erschöpft ist. Was die Tageszeitung da jetzt an Novitäten reinbringt, sind allesamt Geschichten, die nicht im Gegensatz zur Diskussionsgeschichte der Alternativpresse stehen.

Wenn nun der Eindruck entsteht, die Tageszeitung entwickele sich davon ,abgehoben', sie befände sich nicht auf dem Stand der Entwicklung, sondern darüber, dann steckt in dieser Kritik auch ein Mangel der Alternativpresse. Sie hat es nicht geschafft, aus eigener Dynamik die Diskussion und ihre produktive Erweiterung zu forcieren. — Siehe die lange Flaute bei den nationalen Alternativ-Pressetreffen. ID und Alternativpresse können zwar mit gutem Gewissen als Gralshüter revolutionären Zeitungsschaffens auftreten und dann beleidigt zusehen, wie der D-Zug Tageszeitung auf einem anderen Gleis davonfährt — aber cui bono?
Unter diesem Aspekt kann es eigentlich nur gut tun, daß von der Tageszeitungs-Gruppe eine Art Initialzündung ausgegangen ist. Wenn der ,Stand der Entwicklung' ein Stillstand ist, dann kann ein Schritt ins Neuland dieser Entwicklung ruhig mal auf die Sprünge helfen.

Zumindest beim ID spielt noch ein anderer Faktor rein: es gibt einen von persönlichen Beziehungen und Vertrautheiten gespickten ,Gruppenkonsens', der für die ID-Leute und das Projekt von ebensogroßer Bedeutung ist, wie die Arbeit um das ID-Konzept. — Nur darf man das eine nicht mit dem anderen gleichsetzen. Wenn jetzt kritisch das ,ID-Konzept' als Warnung an alle Tageszeitler erhoben wird,denke ich, daß da auch ein gut Teil Verlustängste gegenüber der eigenen mühsam stabilisierten Position im Spiel sind: Die Stellung der einzelnen Leute in einem lebenswerten Kollektiv, der (zum Teil) bezahlte Arbeitsplatz , die Stellung des Kollektivs gegenüber den anderen, und schließlich die Zugehörigkeit zu dem geachteten, führenden (?) auf jeden Fall wichtigen Projekt ID. Das alles kann realistischerweise nicht mehr so sein wie ,früher', wenn es die Tageszeitung einmal gibt. Dies offen mitzudiskutieren, halte ich für eminent wichtig, denn da gibt es wirklich etwas zu verlieren — es aber hinter dem Plakat ,Konzeptdiskussion' zu verstecken und abzuwehren, für grundfalsch.

Wie reagiert nun die Tageszeitungsgruppe auf diese unsichere Lage?
Stutzig machte mich, daß von jenen kaum einer beim Tages-ID während des Russell-Tribunals mitgemacht hat. Damit wurde eine Chance vertan, Arbeit und Diskussion dieses erstaunlich gut gelungenen Tageszeitungs-Keims vor Ort praktisch mitzumachen. Hellhörig machte mich bei Diskus-

sionen mit Tageszeitungsleuten, daß sie die meisten Argumente, die ID und Alternativpresse zur Hand haben, schon im voraus abfangen und als Teil ihrer ‚Widersprüche' oder ihres Konzepts auf ihrer Seite präsentieren können. Ich weiß nur noch nicht so recht, ob damit die guten Rosinen der Alternativpresse wirklich fundiert Eingang in der Tageszeitung gefunden haben, oder ob sie nur als Köder ausgelegt werden, für etwas, was noch nicht ganz spruchreif ist. Einige Tageszeitler kennen den ID und seine Diskussionen sehr genau, sie werben für die Tageszeitung indem sie wiederholt betonen, wie sehr ihnen der ID am Herzen liegt....

Es gibt nun gar keinen Grund, Zeter und Mordio zu unken und überall Intrigen und gezinkte Karten zu vermuten. Des Drudels Kern ist ein ganz einfacher: Alles, was die Tageszeitung jetzt unternimmt, muß als Hypothek auf ihre spätere Macht verstanden werden. Und die wird um etliches größer sein, als die von ID und Alternativpresse zusammen. Aufgrund dieser Tatsache können gar nicht gleichwertige ‚Konzepte' ausgetauscht und gegenübergestellt werden, weil ein zu starkes Gefälle in den Dimensionen besteht. Diese real-politische Betrachtungsweise wird nur dadurch kniffliger, daß der ID und die Alternativpresse als Hausmacht der Gegenöffentlichkeit bestehen, ihr stärkster Trumpf mithin ihre Existenz ist, und daß der Machtfaktor Tageszeitung eine Größe ist, die sich erst in unbestimmter Zeit realisieren wird, von der man zudem nur quantitativ das Gewicht, nicht aber ihren Inhalt verläßlich kennt.

An diesem Punkt können wir gar nicht pingelig genug aufpassen, was mit dieser Macht-Hypothek geschieht, wer mit ihr wie umgeht. — Denn sie ist nicht erst dann existent, wenn die erste Ausgabe am Kiosk hängt, sondern heute schon, in den abtastenden Gesprächen, in personellen Zusammensetzungen der einzelnen Tageszeitungsgruppen, in Vorstellungen, Versprechungen, Gedankenspielen.

Bei einigen Idlern habe ich den Eindruck, sie grummeln nach Art einer self-fullfilling-prophecy so lange vor sich hin, bis die Tageszeitung tatsächlich so ignorant und abgeschmackt professionell wird, wie man eben nur befürchten kann. Wenn es so weit kommt, ist es für eine Korrektur zu spät. Die Macht von morgen muß heute schon in Frage gestellt werden — das geht aber nur, wenn man interveniert. (Zwischenfazit: Dafür bin ich)
Für die Tageszeitung wiederum ist es wahrlich verlockend, der Faszination der Macht zu erliegen. Etablierte Journalisten, denen bislang das ganze Alternativ-Gewürm zu ‚marginal' und unter ihrer Würde erschien, bekunden lebhaftes Interesse und ein immer größerer Kreis von seriösen Linken gibt seinen Senf dazu. Na ja, ist eigentlich eine tolle Sache, wenn mal endlich so viele und so verschiedene Fäden einen Strang bilden wollen, aber.... und da kommt jetzt — aber erst jetzt — was zum Thema ‚Konzept' dazu. Das Zusammenfassen von Fäden kann auch leicht dazu ausarten, daß sie gekämmt und gestriegelt werden, daß einige gar verloren gehen, die vorher ganz munter gelebt hatten.

Die Faszination der Macht bringt es einfach mit sich, daß man sich nach oben orientiert und unten abschottet. Die kleine Alternativpresse hat dieses Problem kaum, sie ist ein Flächen-Schwelbrand ohne eingrenzbaren Brandherd. Die Tageszeitung muß und wird aber zentralisieren, um gehört zu werden. Was dabei nicht passieren darf, ist eine statische Konsolidierung der westdeutschen Freaks und Linken, zum zusammengefaßten ‚Faktor', zur politisch berechenbaren ‚Größe', zum Teilnehmer am freien Spiel der ideologischen Kräfte zwischen SPD und Nazis. Ich befürchte, daß einige Alt-Linke im 68.Decenarium vergangener Kraft nachtrauernd, sich von der Tageszeitung das erhoffen, was sämtliche Parteien nicht geschafft haben. Ich befürchte, daß in die Planung die Vorstellung eingeht, mit der Tageszeitung ließe sich Wahrheit und Gerechtigkeit verbreiten, vor der selbst die deutsche Medienlandschaft sich verneigen müßte — wenn nur ordentlich recherchiert wird! Ich befürchte, daß die Tageszeitung dem ‚vertikalen' Journalismus verfallen könnte, daß sie mit dem Blick nach oben die Stimmen von unten instrumentalisiert. Ich befürchte, daß damit einhergeht die Perspektive: wie bringen wir einen Vorgang so, daß er von der Rundschau ernstgenommen, von ihr umgeschrieben veröffentlicht und dann über einen SPD-Abgeordneten als kleine Anfrage in den Bundestag transmittiert wird, worüber dann auch der Rest der Presse zu berichten gezwungen ist. Ich befürchte, daß mit dieser Perspektive verlorengeht eine egalitäre Korrespondenz, ein ‚horizontaler Journalismus' von unten nach unten, der den autonomen, radikalen Ausdruck keinem politischen ‚Instrument' zur Verfügung stellt. Ich befürchte, daß, wie es A.Kluge gesagt hat, wenn die Tageszeitung scheitert, dies nicht durch den Klassenfeind geschieht, sondern durch den immanenten Mechanismus der regulierten Öffentlichkeit, dem sie sich auf dem Pressemarkt ausliefert.

Wenn dies alles tatsächlich so kommen sollte, und wenn dann noch die Alternativpresse zu allem Übel unter die Räder kommt, weil sie als Wasserträger für den großen Bruder ausgedient hat und ihm nichts mehr entgegenzusetzen hat — dann wäre das schon eine ‚katastropha historica'. Es kann aber nur so kommen, wenn wir mitmachen, das heißt wenn wir schmollend nichts machen.

Für unsere Diskussion scheint mir im Moment das Wichtigste zu sein, von der trügerischen Übereinkunft der Ablehnung eines seriösen Links-Profi-Blattes wegzukommen und uns selber aufs Glatteis der Neuerungen zu begeben. Das stetige Pochen auf bewährten Alternativkonzepten reicht nicht aus. Um ehrlich zu sein: Wenn die Tageszeitung nur eine aufgepumpte Alternativzeitung des Stils von 1978 wird, fände ich sie höchstwahrscheinlich genauso abscheulich wie eine nur ‚linkere' Frankfurter Rundschau.

Die Produktivkraft einer Tageszeitungsdiskussion liegt ja auch darin, daß man einen ganzen Haufen eingefahrener Barrieren experimentell über Bord wirft und Vorstellungen entwickelt, wie Gegenöffentlichkeit in größeren Ausmaßen als bisher praktiziert werden kann.

Gottlob konnten sich Neuentwicklungen der Alternativpresse bislang ohne erschütternde Konkurrenzgefechte entfalten. Das Prinzip war ein System von ‚sich ergänzender Einheit'. Wenn nun die Tageszeitung auf dem Markt ist, ist das natürlich etwas anderes, als wenn Hanau eine Stadtzeitung erhält. Wichtig scheint mir auf jeden Fall das Kriterium ‚ergänzende Einheit'. Die Tageszeitung soll ein Teil davon werden, soll sich aber da raushalten, wo sie andere Teile überflüssig machen würde. Klingt ein bißchen zu ideal, ich weiß. Es geht von der Substanz um die demokratisierende Wirkung der Alternativblätter, die gezeigt haben: jeder kann eine Zeitung machen, wenn in der Folge der Tageszeitung diese Entwicklung rückläufig wird, wenn ‚Zeitungmachen' wieder das Privileg von ‚Zeitungsmachern' wird, dann wäre in der Tat etwas falschgelaufen, dann wäre aus der ‚ergänzenden Einheit' eine ‚vereinnahmende Einheit' geworden.

Wir müssen die Tageszeitung bindend darauf festlegen, die Autonomie der Stadt- und Regionalblätter (— die immer noch etwas ganz anderes sind, als Tageszeitungs-Regional-Redaktionen) zu gewährleisten. Meinetwegen mit einem Vertrag oder so was, den die Regionalisten mit der Tageszeitung aushandeln.

Dann könnten die Alternativblätter eine Art gemeinsames Memorandum verfassen, in dem klare Bedingungen enthalten sind, deren Einhaltung von der Tageszeitung gefordert wird. Und schließlich sollten wir uns nicht schämen,

selber Ideen herauszuarbeiten, neue und alte, die irgendwann einmal im Trott des eigenen Getriebes verloren gegangen sind, die einfach über den Stand der Dinge hinausgehen.

Merke: Journalisten haben alle, Freaks haben nur wir!

Zur Diskussion über das Russell-Tribunal auf dem Alternativ-Pressetreffen in München sind uns folgende Punkte eingefallen:

1. Wie wird das Tribunal eingeschätzt
2. Was haben die Unterstützungsgruppen/Zeitungen während der ersten Sitzungsperiode gemacht
3.. Welche Erfahrungen sind gemacht worden:
   a) in der inhaltlichen Auseinandersetzung ums Tribunal
   b)in der Öffentlichkeitsarbeit zum Tribunal
4. Vorstellungen für die zweite Sitzungsperiode im Januar 79
   a) Material zur Zensur (eines der Themen)
   b) Öffentlichkeitsarbeit zum Tribunal
   c) Auseinandersetzung innerhalb der Linken ums/mit dem Tribunal

"ICH WAR NIE AM SONDERGERICHT" BUNDESVERFASSUNGSRICHTER DOKTOR WILLIE GEIGER

KARLSRUHE
10. Mai

Das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe bestimmt, was die freiheitlich demokratische deutsche Grundordnung eigentlich ist. Letzten Endes ist ja die Verfassung wie jedes Gesetz, das, was die zuständigen Richter sagen, was es ist. Deswegen zahlt es sich manchmal aus, so einen Richter ein bißchen näher kennenzulernen.

Vielleicht der wichtigste Richter in der freiheitlichen demokratischen Deutschen Bundesrepublik ist (oder bis vor kurzem war) Bundesverfassungsrichter Prof. Dr. Willi Geiger. Seit August 1947 war er – WIEDER – Landgerichtsrat am Oberlandesgericht Bamberg. Februar 1949 – Oberlandesgerichtsrat in Bamberg – ging der damals 40-jährige Willi in den Dienst des Bundesministeriums, wo er das Gesetz über das Bundesverfassungsgericht ausarbeitete, das noch heute in der Bundesrepublik gültig ist. Seit September 1950 – Ministerialrat. Oktober 1950 – Richter am Bundesverfassungsgericht. 1953 – 1961 – Senatspräsident am Bundesgerichtshof (Bundesverfassungsrichter blieb er bis November 1977).

WIEDER? WAS HEISST WIEDER?

Na ja. Dr. Geiger (damals war er noch nicht Professor) war ja schon vorher in Bamberg; Landgerichtsrat, planmäßiger Richter beim Landgericht. Schließlich mußte ja auch unter Hitler irgendjemand Richter sein.

Aber nur beim Landgericht. "Beim Sondergericht war ich niemals", sagte uns Dr. Geiger am 8. Mai 1978 (33 Jahre nach Kriegsende).

Das Sondergericht war nämlich eine spezifische Nazi-Einrichtung: "Eine Einrichtung, die abseits des Landgerichts war" (Dr. Geiger). Er sagte nicht,
daß die Sondergerichte anfangs der Nazi-Zeit eingerichtet wurden, um "Im Namen des deutschen Volkes" "Volksschädlinge" auszumerzen. Kommunisten, Sozialisten, Juden und als diese dann in einer Gegend wie Bamberg – bald ausgemerzt – nicht mehr verfügbar waren, halt andere, polnische Landarbeiter, und schließlich auch deutsche Landarbeiter, alte Wehrmachtzersetzer, die Hitler ein Nazi-Schwein nannten, deutsche Frauen, denen es vorkam mit belgischen Kriegsgefangenen zu schlafen, Auslandsradio-hörer und und und. Bei so einem Gericht würde ein späterer Bundesverfassungsrichter ja natürlich nicht mitgearbeitet haben.

ODER DOCH?

Ja, Dr. Geiger war ja nur am Landgericht Richter. Persönlich gefragt, ob er doch als Vertreter der Anklage am Sondergericht tätig war, wiederholte er dreimal "Nie am Sondergericht, nie, niemals!" Auch weist er darauf hin, daß über seine Arbeit "völlige Klarheit besteht" über das "was ich vor 1945 gemacht habe in Bamberg. Bamberg war ja weder zerstört, noch war sonst irgendetwas". Tatsächlich, es war nicht zerstört. Die Gerichtsakten sind vorhanden und ein jeder kann sich (leider, leider?) Akteneinsicht verschaffen. Und da sehen wir einmal, zweimal, dreimal, viele viele Male – " 1941/ Sonderich Bamberg/ Vertreter der Anklagebehörde Landesgerichtsrat: Dr Geiger". Und was für ein erfolgreicher Ankläger er war! Todesstrafe verlangt, Todesstrafe erhalten, Todesstrafe durchgeführt.

Todesstrafen wegen 50 Reichsmark Betrug und dem vermuteten Diebstahl von zwei Fahrrädern. Wegen ein paar Messerstichen (der Stecher war ein polnischer Landarbeiter, die Gestochenen waren vom deutschen Volk). Todesstrafe wegen der Absicht mit einem Kinde geschlechtlich zu verkehren, der Angeklagte war Pole, volksfremd. Auch wegen Notzucht hat da ein Dr. Geiger am Sondergericht die Todesstrafe, die Ausmerzung, gefordert, erreicht. Ein Dr. Geiger war auch öfters, wie am 29.9.1942 dabei als sie vollstreckt wurde (im Stadelheimer Gefängnis bei München, wo ja auch noch vor kurzem eine Volksfeindin, Ingrid Schubert, sich die Todesstrafe verhängt hat). Das steht in den Akten. Aber als wir Dr. Willi Geiger, mal Bundesverfassungsrichter, auch mal Bundesgerichtshofssenatspräsident, fragten, ob er es denn war, der am 7. Oktober 1941 am Sondergericht gegen den damals 22-jährigen polnischen Landarbeiter Kazimirz Staszak die Todesstrafe beantragt hat, sagte er: "Wie sollte ich das jetzt wissen?" Auf die Frage, ob damals die Todesstrafe so häufig verhängt wurde, daß er sich nicht einmal erinnern könnte, ob er der Dr Geiger war, der Landgerichtsrat Geiger, der dabei war, als diesen polnischen oder deutschen Landarbeitern der Kopf abgeschnitten wurde, konnte der Bundesverfassungsrichter im Stehgreif nicht antworten. Er bat um Zusendung der Dokumente. Als wir ihm aber ein Sondergerichtsprotokoll (Proz. Reg. Nr. SG. 161/ 1941) zuschickten und ihn dann darüber weiter befragen wollten, sagte er uns, daß er "schockiert sei über die Art wie Sie mit mir zu verkehren pflegen" und daß er sich mit "keinem Wort mehr" mit uns unterhalten wollte.

OFFENE FRAGEN

1. Gab es zwei Landgerichtsräte Dr. Geiger?
2. Hat jemand die Akten des Sondergerichts Bambergs verfälscht?
3. Falls nein zu 1. und 2.: wenn der "Todesstrafen Dr. Geiger" am Sondergericht Bamberg doch identisch ist mit dem Bundesverfassungsrichter bewußt, wenn er sagt, daß er niemals am Sondergericht war oder hat er einfach alles von damals vergessen?
4. Bamberg wurde wirklich nicht zerstört. Glück für Bamberg. Pech vielleicht aber für einen Landgerichtsrat (eine ganz kleine Brandbombe am richtigen Platz, und wer würde heute von diesen Todeurteilen am Sondergericht noch was schreiben können?). Wurden diese noch verfüg-

baren Akten doch studiert, ehe Geiger zum Bundesverfassungsrichter ernannt wurde (es bestand ja "völlige Klarheit über das, was ich vor '45 gemacht habe in Bamberg"), oder hat man sie einfach in Ruhe gelassen?

5. In diesem Fall: war diese Tätigkeit, diese Todesstrafen, diese Jahre Zuchthaus für Anti-Nazi-Äußerungen, für Verkehr mit belgischen Kriegsgefangenen etc. wirklich gar kein Hindernis für die Nominierung zum Bundesverfassungsrichter, zum Präsidenten des Senats am Bundesgerichtshof? Entweder oder.

Ein solcher Sonderankläger kann ohne weiteres Bundesverfassungsrichter werden? Oder kann er es nur, wenn er diese Tätigkeiten verschleiert?

Eines ist sicher: während der 27 Jahre seit der Gründung des Bundesverfassungsgerichts hat Willi Geiger dem höchsten deutschen Gericht angehört. Er hat auch die Grundlagen der Arbeit dieses höchsten Gerichts maßgeblich mitbestimmt. Seine Persönlichkeit ist hochausgestrahlt auf seine Kollegen im 2. Senat und auf das Gericht insgesamt. Er hat auch wesentlich dazu beigetragen, daß die interne Geschäftsordnung des Gerichts verabschiedet wurde(sagt uns die Deutsche Richterzeitung, Nr. 7, 1977).

Bundesverfassungsrichter Geiger hat ja auch erheblich mitgewirkt, um die deutsche Freiheit zu verteidigen. Eine teilweise Aufzählung seiner Tätigkeiten:
er hat die Fristenlösung für Abtreibungen für verfassungswidrig erklärt — konsequent! schließlich hat ja schon 1942 ein gewisser Landgerichtsrat Dr. Geiger gegen Dorothea Weth 2 1/2 Jahre Zuchthausstrafe gefordert, die hätte nicht nur versucht "ihre Leibesfrucht abzutreiben", sie hat sogar vorher "verbotenen Umgang mit dem belgischen Kriegsgefangenen Leclerq" getrieben.

Er war beteiligt am 22.5.75, als das Bundesverfassungsgericht die Berufsverbote grundsätzlich für verfassungskonform erklärte — konsequent! Ein Dr. Willi Geiger schrieb ja schon 1940 in seiner Doktorarbeit "Die Rechtsstellung des Schriftleiters" (verantwortliche Journalisten), daß nur jemand Journalist werden könne, der sich nicht für die "marxistische Presse" betätigt hat, der kein "Schädling an Staat und Volk" gewesen ist. Natürlich schrieb damals auch Dr. Geiger:
"Es bleibt noch eine letzte Voraussetzung zu nennen, die in keinem Recht ein Gegenstück findet und den nationalsozialistischen Geist offenbart, der das Schriftleitergesetz beherrscht . . . der Schrifleiter muß grundsätzlich arischer Abstammung sein . . . die Vorschrift hat mit einem Schlag den übermächtigen, volksschädigenden kulturzersetzenden Einfluß der jüdischen Rasse auf dem Gebiet der Presse beseitigt."

Heute werden Berufsverbote nur wegen verfassungsfeindlichen *Marxismus*, kaum aber wegen jüdischen *Marxismus* ausgesprochen; es gibt doch einen Fortschritt.

Dr. Geiger hat auch am 5. Oktober 1977 mitbeschlossen, daß Hans Michael Empell nicht als Jurist ausgebildet werden darf. Praktisch haben er und seine 7 Kollegen des 2. Senats des Bundesverfassungsgerichts Berufsverbote durch Ausbildungsverbote ergänzt. Weiterhin haben die Richter das Berufsverbot auch auf diejenigen freien Berufe ausgeweitet, wo das Studium nicht beendet werden kann, ohne Lehrjahre beim Staat — z.B. Medizin.

Aber was ein gewisser Chinese einmal gesagt hat: 'Es kann sein, daß der Stein, den man aufhebt, um auf andere zu werfen auf den eigenen Fuß fällt'. Vielleicht hätten Geiger und seine Kollegen Empell doch Referendar werden lassen sollen: So, lanzeitig arbeitslos geworden, konnte Michael Empell sich Vergangenheits-Recherchen widmen. In Bamberg Nestbeschmutzung betreiben. Briefe schreiben. U. a. schrieb er an Bundesverfassungsgerichtspräsident Benda und fragte ihn, ob angesichts der von ihm recherchierten, beigelegten Sondergerichtsakten von damals in Bamberg nicht doch etwas gegen Prof. Dr. Willi Geiger unternommen werden sollte. Er fragte den Präsidenten sowie den Bundespräsidenten der Republik Deutschland ob — z.B. — nicht die Ernennung Dr. Geigers zum Richter am Bundesverfassungsgericht rückgängig gemacht werden müßte. Empell scheint zu glauben, daß solche Todesurteile usw., die ein gewisser Geiger in Bamberg erreicht hatte, einer Nominerung im Weg gestanden hätten, wären sie damals bekannt gewesen. Er glaubt, daß die zwei Geigers identisch sind, daß sie auf derselben Violine spielen.

Aber es scheint, daß weder Bundesverfassungsgerichtspräsident Benda noch Bundesrepublikpräsident Scheel überhaupt ein Interesse haben, auf diese Vergangenheitsbewältigung einzugehen. Benda schrieb, daß nach 4 54 Abs. 1 der Geschäftsordnung des BVG (1) es sich ergibt, daß ein "gegen ein Mitglied des Bundesverfassungsgerichts . . . eingeleitetes Verfahren einzustellen ist, wenn der Richter, . . . in den Ruhestand tritt. Bundesverfassungsrichter Prof. Dr. Geiger ist am 2. November 1977 . . . in den Ruhestand getreten. Danach kann auf Ihre Eingabe . . . nichts veranlaßt werden".

Der Präsident der Bundesrepublik ließ seinen Schreiberling antworten und erklärte duch diesen, daß es ihm überhaupt "nicht möglich (ist), in der Angelegenheit tätig zu werden". Der Bundespräsident kann nur Maßnahmen treffen gegen einen Bundesverfassungsrichter, "wenn ihm" das Bundesverfassungsgericht die Ermächtigung hierzu erteilt". (Es lebe die richterliche Unabhängigkeit, die Teilung der Staatsgewalt!)

Eine Frage an Dr. Benda, an Walter Scheel: Würdet ihr genauso gelassen dem im Ruhestand sitzenden aber sicher eine sehr hohe (?) wohlverdiente (?) Pension genießenden Geiger in Ruhe lassen, wenn er nicht ein paar läppische Todesurteile erreicht hätte, aber als getarnter Kommunist seine Vergangenheit versteckt hätte??

Als wir mit dem alten Richter sprachen, ihn über die unangenehmen Jahre — sprich: für die polnischen Landarbeiter in Bamberg waren sie sicher unangenehm — ausfragten, fingen wir an, fast Mitleid mit ihm zu haben. Das ist ja alles solange her! Geköpft oder nicht, die Landarbeiter wären ja vielleicht sowieso gestorben. Geiger lebt ja nur in Pension. Er ist ja nicht mehr Richter. Und kann keine Volksschädlinge mehr ausmerzen. Nur eins hat uns doch weiterhin gestört: als Empell vor einigen Jahren die anderen, heute weiter amtierenden, Bundesverfassungsrichter bat, die mögliche Befangenheit des Dr. Geiger zu überprüfen, entschieden die Herren Richter Dr. Zeidler, Wand, Hirsch, Dr. Rottmann, Dr. Niebler und Dr. Steinberger, daß Willi Geiger als Richter unbefangen, d.h. perfekt in Ordnung sei.

Eine vorletzte Frage: wissen diese Herren nichts vom Sondergericht Bamberg? und — letztens — falls sie es wissen, stört sie das nicht?

1) Die Geschäftsordnung des BVG, die dem in Ruhe stehenden Geiger vor Disziplinarverfahren schützt, wurde von ihm selbst nicht nur maßgeblich mitbestimmt, sondern auch durchgespeitscht. Wie die Franzosen sagen 'man ist nie so gut bedient wie bei sich selbst'. Ou n' est jamais si bien serve que par soi-meme

FILBINGERS NAZI-VERGANGENHEIT VOR GERICHT

STUTTGART
16. Mai

Vor dem Stuttgarter Landgericht begann am 9.Mai 78 eine Verhandlung zwischen dem baden-württembergischen Ministerpräsidenten Filbinger und dem Schriftsteller Rolf Hochhuth. Grund der Verhandlung: Filbinger hatte eine einstweilige Verfügung beantragt, unter anderem wegen eines Hochhuth-Artikels in der 'Zeit' wo es hieß, Filbinger ,,... sei unter Hitler ein so furchtbarer Jurist gewesen, daß er heute nur auf freiem Fuß sei, dank des Schweigens derer, die ihn kannten." Zum Verlauf des ersten Verhandlungstages ein Bericht von zwei Mitarbeitern der Stuttgarter Alternativzeitung ,s'Blättle':

Nachdem es uns gelungen war, unter dem beruhigenden Schutz von Maschinengewehrmündungen in den Portiersraum vorzudringen, verweigerte man einem von uns den Besuch der Verhandlung mit der Begründung, der Personalausweis sei nicht mehr gültig (genau seit 26 Tagen und 8 3/4 Stunden). Als er protestierte, seinen gültigen Führerschein vorlegte und der diensthabende Justizbeamte sich von der Harmlosigkeit eines Apfels, Papierhefters, Pocketkamera usw. in seiner Tasche überzeugen konnte, wurde ihm dann doch Einlaß gewährt. Später stellte sich heraus, daß derartige Maßnahmen zum Schutz unseres Landes-Papis gar nicht notwendig waren, alldieweil dieser aufgrund seiner Überarbeitung und wohl auch seines Amtes nicht zu erscheinen geruhte und sich von seinem Anwalt vertreten ließ. Daß man in Stuttgart keinen großen Wert auf Öffentlichkeit in solchen Verfahren legt, zeigt sich schon daran, daß in einem viel zu kleinen Saal verhandelt wurde, und viele Besucher draußen bleiben mußten, während der große Saal nebenan fast leer war.

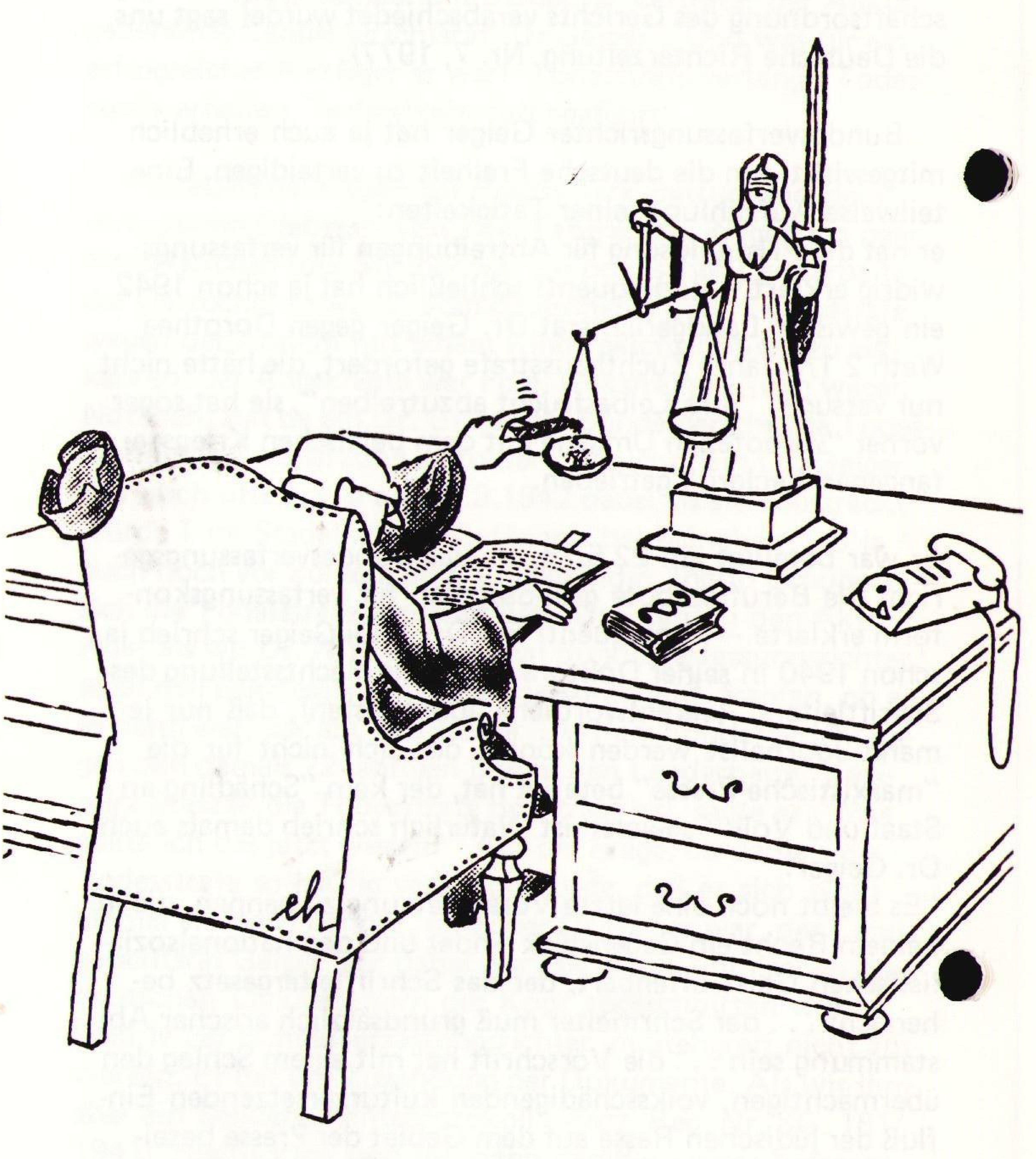
Hochhuths Vorwürfe beziehn sich auf Filbingers Tätigkeit als Marinerichter während des Hitlerfaschismus und auf seine Richtertätigkeit in einem englischen Gefangenenlager. 1945 hatte er kurz vor Kriegsende in Norwegen als Anklagevertreter für den Marinesoldaten Gröger die Todesstrafe wegen Fahnenflucht gefordert und selbst dafür gesorgt, daß sie mit eiskalter Perfektion in unheimlicher Eile vollstreckt wurde. Heute erinnert er sich nicht einmal mehr an den Fall, und wenn mensch hört, daß der damalige Verteidiger Grögers zu wissen glaubt, daß Filbinger an mindestens 20 ähnlichen Fällen beteiligt war, muß mensch sich fragen, ob dies sein einziges Todesurteil war. In Gefangenschaft richtete Filbinger im Auftrag der Engländer als Gesinnungsnazi im Sinn seines Führers, als er einen Soldaten zu sechs Monaten Gefängnis verurteilte, weil dieser die Hakenkreuze von seiner Uniform entfernt hatte. Für Filbinger ein ,,Auflehnen gegen Zucht und Ordnung" und Beweis für ,,ein hohes Maß von Gesinnungsverfall".

Filbingers Vertreter bezeichnete es als ungeheuren Vorwurf Hochhuths, wenn dieser meine, Filbinger gehöre eigentlich nach Stammheim oder Bruchsal, und wehrte sich dagegen, das Todesurteil gegen Gröger in den Prozeß einzubeziehen, weil es erst nach der Anklageerhebung in einer Pressekampagne verbreitet worden sei. Filbinger sei in diesem Fall weisungsgebunden gewesen, er hätte die Todesstrafe beantragen müssen, alles andere wäre verfehltes Heldentum gewesen. Er mußte sich allerdings von den Anwälten der Gegenseite nachweisen lassen, daß Filbingers Weisungsgebundenheit Grenzen hatte, und daß er die Möglichkeiten, die ihm die Hitlergesetze gaben, nicht voll ausschöpfte. Ähnlich gelagerte Fälle wurden präsentiert, in denen es trotz Forderung nach Todesstrafe gelungen ist, das Verfahren bis nach Kriegsende hinauszuziehen. So bleibt von Filbingers antinazistischer Gesinnung nicht viel übrig, die Argumentation seines Anwalts, er habe in dieser aussichtslosen Situation so gehandelt, um in anderen Fällen Menschenleben zu retten, wenig glaubhaft.

Rolf Hochhuth jedenfalls bleibt beim Kern seiner Aussage, schwächt nur die Formulierung ab, Filbinger sei ,,strafrechtlichen Ermittlungen nur dank des Schweigens derer die ihn kannten entgangen." Das Gericht spricht kein Urteil, verkündet nur eine Tendenzmeinung. Trotz heftiger Gegenwehr von Filbingers Anwalt, wird der inkriminierte Satz in seine Bestandteile zerpflückt. Der letzte Teil, Filbinger gehöre eigentlich in den Knast, wird als ,,Schmähkritik" bezeichnet, die Grenzen des Zulässigen seien wahrscheinlich überschritten.

Es bleiben Zweifel, ob Hochhuths Auseinandersetzungen mit der nazistischen Vergangenheit unseres Möchtegernkönigs auf dieser juristisch-dogmatischen Ebene überhaupt beurteilt werden können. Und wenn mensch sich erinnert, daß es eben diese 17. Kammer des Stuttgarter Landgerichts war, die schon sehr scharfe politische Aussagen, allerdings von der anderen Seite geduldet hat, macht sich Unwillen breit. Franz Josef Strauß war es von den gleichen Richtern erlaubt worden, die Schriftsteller Engelmann und Wallraff auch weiterhin als Untergrundkommunisten zu bezeichnen, damals wurden die ,,Grenzen des Erlaubten" sehr weit gezogen. Das endgültige Urteil wird am 23.5. verkündet.

Kontakt: s'Blättle, Lerchenstraße 84, 7000 Stuttgart 1.



Prozeß gegen ,,Bewegung zweiter Juni"
EIN RICHTER, DER NATIONALSOZIALISTEN UNTERSTÜTZT, SOLL ALS BEFANGEN ABGELEHNT WERDEN.

BERLIN
16. Mai

Vom Öffentlichkeitsausschuß ,,Zweiter Juni-Prozeß":

Nach fast einem Monat Verhandlungsdauer werden die Kontrollen vor Prozeßbeginn immer schleppender und schikanöser, so daß die letzten Zuhörer erst 1 bis 1 1/2 Stunden nach Prozeßbeginn im Saal sind. Als Richter Geus von den Zuhörern auf diese Tatsache hingewiesen wird, hat er nichts eiligeres zu tun, als einen der Zuhörer aus dem Saal zu werfen. In ähnlicher Weise wurde auf die Anträge der Anwälte und der Angeklagten zu den Auswirkungen der Haftbedingungen auf die Verhandlungsfähigkeit im Prozeß eingegan-

gen. Ein ursächlicher Zusammenhang ließ sich dazwischen nach Meinung der Richter nicht feststellen. Die Bundesanwaltschaft verstieg sich sogar zu der Äußerung, daß die Ausführungen der Angeklagten zur eingeschränkten Verhandlungsfähigkeit keine besondere Beachtung verdienten, da dergleichen von den Angeklagten beschriebene Erscheinungen bei jedem im Berufsleben stehenden Bürger von jedem beliebigen Arzt bescheinigt werden könnten.

Der Prozeßtag wurde jedoch vollständig zum Skandal, als Rechtsanwalt Becker (für A. Vogel) einen Befangenheitsantrag stellte gegen den amtierenden Richter am Kammergericht, Weiß. Er begründete den Antrag mit der Tatsache, daß Richter Weiß im Jahre 1969 den ehemaligen Richter des Volksgerichtshofes Rehse mit folgender Begründung freigesprochen hatte:

- Die Rechtsstellung der damaligen Angeklagten (Widerstandskämpfer im Hitler-Faschismus) war nicht eingeschränkt. Eine Einschränkung ihrer Rechtsstellung kann insbesondere nicht darin gesehen werden, daß der Vorsitzende Freisler die Angeklagten nicht zu Wort kommen ließ bzw. sie mit Worten wie „Pestbeule" beschimpfte.
- Es sei fraglich, ob der Widerstand gegen Hitler damals rechtmäßig war, das lasse sich heute nicht mehr klären; letzten Endes sei das auch unerheblich.
- Die Erwägungen, die zu den damaligen Todesurteilen geführt hätten, seien aus der Sicht des Jahres 1943 einfühlbar und verständlich gewesen.

Mit dieser unglaublichen Urteilsbegründung wurde der Richter am Volksgerichtshof Rehse 1969 vom Richter am Kammergericht, Weiß, freigesprochen, eben dem Richter, der jetzt über die der Drenkmann-Erschießung und Lorenzentführung angeklagten mutmaßlichen Mitglieder der „Bewegung 2. Juni" zu urteilen hat.

Empört über die Unglaublichkeit, daß dieser Richter weiterhin als einer der obersten Richter in Berlin fungieren kann, klatschten die Zuhörer dem Befangenheitsantrag von Rechtsanwalt Becker Beifall. Daraufhin hatte Richter Geus nichts eiligeres zu tun, als sich zwei Frauen aus dem Zuhörerraum rauszusuchen und sie für zwei Prozeßtage auszuschließen. Als daraufhin Gerald Klöpper am Schluß einer Erklärung alle aufforderte, zu einer Gedenkminute für die Gefallenen des antifaschistischen Widerstandes aufzustehen, und daraufhin alle Zuhörer aufstehen, wird dies bereits als Störung gewertet und die Zuhörer werden aus dem Saal getrieben.

HITLER EHRENBÜRGER VON HANNOVER

HANNOVER
11. Mai
Vom Pressedienst Demokratischer Initiative:
Auf Anfrage des "Pressedienstes Demokratische Intiative" (PDI) erklärte Herr Meyer von der Pressestelle der Stadt Hannover, Hitlers seinerzeitige Ehrenbürgerschaft sei mit dessen Tod automatisch erloschen. Er berief sich hierbei auf die Rechtsstelle der Stadt Hannover.

Diese Auskunft ist falsch, denn nach der niedersächsischen Gemeindeordnung, Paragrapf 30 vom 27. Oktober 1971, kann eine Ehrenbürgerschaft erst durch Beschluß des Stadtrates wegen "unwürdigen Verhaltens" entzogen werden. Sie erlischt keinesfalls automatisch mit dem Tode. Das Gegenteil ist der Fall: Tote Ehrenbürger werden auch weiterhin durch jährliche Kranzniederlegungen geehrt.

Kontakt: Pressedienst Demokratische Initiative, Münzstr. 3, 8000 München 2.

FRIEDHELM BECKER NACH 88a VERURTEILT

KÖLN
18. Mai
Aus Köln erreichte uns eine Meldung von Rechtsanwälten, zur Verurteilung von Friedhelm Becker. Er stand vor Gericht, weil im "Anderen Buchladen", Zülpicherstr. 197, 5000 Köln, in dem er Geschäftsführer war, eine Zeitung der "Revolutionären Zellen" ausgelegt worden war. Die damalige Duchsuchungsaktion hatte den Namen "Morgenpost":

Nach Abschluß der Hauptverhandlung vom 16. Mai 1978 vor der Staatsschutzkammer beim Landgericht Köln verkündete der Vorsitzende Richter Liptow:

"Friedhelm Becker wird wegen Verstoßes gegen § 88a StGB zu einer Freiheitsstrafe von drei Monaten auf zwei Jahre Bewährung und 1.500 DM Geldbuße verurteilt.

Eine Verurteilung aufgrund des § 129 StGB (Unterstützung einer kriminellen Vereinigung) erfolgte nicht, da der Bestand einer "kriminellen Vereinigung" (hier "Revolutionäre Zelle") in diesem Verfahren mit der erforderlichen Sicherheit nicht festgestellt werden konnte.

Dem Antrag der Verteidigung, § 88a zur Überprüfung seiner Verfassungsmäßigkeit dem Bundesverfassungsgericht vorzulegen, und das Strafverfahren während dieser Zeit auszusetzen, gab das Gericht nicht statt, bedankte sich aber für die "vielfältigen Anregungen", die in ihm enthalten gewesen seien.

MESCALERO UND KEIN ENDE

BERLIN
16. Mai
Vom Unterstützungskreis für die Herausgeber des Buback-Nachrufes, Bogotastr. 27, 1 Berlin 37:

Liebe Freunde und Genossen,

es hat sich gezeigt, daß 1. ein ungenügender Informationsfluß besteht und sich dies negativ auf die Verteidigung innerhalb laufender Prozeße auswirkt, und daß 2. die finanzielle Absicherung der bislang Angeklagten ungleichmäßig ist, sprich, daß die angeklagten Studenten auch, zusätzlich zu ihrer fehlenden materiellen Versorgung, offensichtlich keinen gewerkschaftlichen Rechtsschutz genießen.

In Absprache mit den Berliner Herausgebern laden wir deshalb die Betroffenen und alle an der Organisation der Unterstützung Interessierten (das ist nach bisheriger Sachlage ein relativ kleiner Kreis) zu einer eintägigen Tagung nach Berlin ein.

Termin: 27. Mai 1978

Es soll zum einen das vorhandene Erfahrungsmaterial ausgetauscht und über weitere Schritte und Formen der Gegenwehr geredet werden; es soll zum anderen die materielle Unterstützung der Bonner, Göttinger und anderer Studenten geregelt werden. Spendenaufruf und Sammlungen werden schon vorher organisiert werden.

Wir bitten alle Betroffenen und Interessenten um detaillierte Rückkopplung, d.h. Mitteilung ihrer Interessenpunkte und Zusendung von Unterlagen, ferner natürlich um baldige Zusage, ob ihr kommt. (Auch für die Bereitstellung von Unterkunft wichtig).

Vom Unterstützungskreis gibt es folgenden Aufruf, der vom 20. Februar stammt und von Ingeborg Drewitz, Helmut Gollwitzer und Julius Posener unterschrieben ist:

Die Prozesse anläßlich des Drucks und der verschiedenen Nachdrucke des "Buback-Nachrufes" sind im Gange. Längst stöhnt man schon: Mescalero und kein Ende. Die Anklageschriften und bisherigen Gerichtsbeschlüsse sind dick und wenig zugänglich, und das, was mit diesen Verfahren eigentlich in diesem Land an Zensur und Umfunktionierung bestehender Strafbestimmungen abzulaufen droht, gerät leicht aus den Augen. Aber um den Göttinger Studenten und "Stadtindianer", der den Nachruf schrieb, geht es nicht, auch nicht nur um den tatsächlich angeklagten Göttinger ASTA und auch nicht nur um die 48 Hochschullehrer und Rechtsanwälte, die mit dem Nachdruck auf die öffentliche Zensur hinweisen wollten. Es geht, zum einen darum, daß die jetzt Angeklagten anstelle jenes Mescalero der Strafverfolgung unterliegen sollen, und zum zweiten, daß ausdrücklich, über eine gewaltsame Dehnung von Bestimmungen des Strafgesetzbuches über ihren in Gesetzestext und Rechtsprechungspraxis fixierten Anwendungsbereich hinaus, die persönliche Meinungsäußerung der Herausgeber bestraft werden soll.

Man muß sich nun klarmachen, welche grundsätzliche Ebene der Bestimmung bürgerlicher Freiheitsrechte hier erreicht wird. Zum Vergleich: Im Fall der an niedersächsischen Hochschulen lehrenden Herausgeber fing es mit Disziplinarmaßnahmen an. Auch das ist ernstzunehmen, hat aber bislang eine Begrenzung, die man nicht aus den Augen verlieren darf, nämlich, daß es eine Affäre von Dienstherren mit ihren weisungsgebundenen Untergebenen ist. Es wird mit dem Dienstverhältnis, auf der Basis der Tatsache, daß es ja auch für die Bediensteten eine durchaus lukrative Sache ist, wieder ernst gemacht: wer viel bekommt, soll dafür auch parieren.

In den laufenden Prozeßen tritt nun aber der Staat unmittelbar als angeblich angegriffene Person einzelnen Bürgern (als seinen Untertanen) gegenüber. Der Staat selbst, in der Person seines Justizministers und seines Innenministers, behauptet verletzt zu sein. Die Anklage des Oberstaatsanwalts beim Berliner Landgericht vom 21.11.1977 lautete entsprechend auf: Störung des öffentlichen Friedens, Beleidigung von Bevölkerungsgruppen, Beschimpfung der BRD und Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener.

Die Herausgeber des "Buback-Nachrufes" haben einen Text veröffentlicht, der durch gezielte Kürzungen verfälscht worden war. Der ertappte Staat rächt sich, indem er selber in die Rolle des Verfolgten schlüpft. Was beabsichtigt ist, ist eine Kette politischer Prozeße, in denen der Staat an einigen seiner Untertanen dafür Rache zu nehmen gedenkt, daß sie nicht wie der Staat denken, sondern neben der Staatsmacht sich auf neben und über dem Staate stehendes Recht und Gesetz (!) berufen. Das Gesetz bin ich, sagt der Staat, ich dulde keine anderen Rechtsauffassungen neben mir. Das ist das erklärte Ende der bürgerlichen Verfassungsgeschichte.

Weil das so ans Grundsätzliche geht, kann man sich nicht bei der Ansicht beruhigen, daß die entsprechenden Gerichte diese Gesamtverschiebung des Rechtsprechungschwerpunktes nach rechts nicht mitmachen werden. Das Berliner Landgericht hat zwar abgelehnt, das Hauptverfahren zu eröffnen, da weder in Bezug auf die genannten Anklagepunkte noch presserechtlich "die Angeschuldigten . . . hinreichend verdächtig (seien), durch die Veröffentlichung der Dokumentation eine Straftat begangen zu haben"; ob das Kammergericht, das nun am Zuge ist, so urteilen wird, ist sehr fraglich. Selbst wenn alle Verfahren, auch das Göttinger gegen den ehemaligen dortigen ASTA, ausgehen sollten wie die Berliner Vorverhandlung, bleibt ein Rest: daß wieder ein Stück bürgerlicher, verfassungsmäßiger Rechte vorstellbar ist als einsparfähig zugunsten eines angeblich effektiveren Staatsschutzes.

Wie der Staat die "Buback-Nachruf"-Prozesse zur Einschränkung bürgerlicher Freizügigkeit benutzt, so müssen Bürger diese Prozesse zum Protest gegen eine Entwicklung benutzen, die auf ein Gesinnungsstrafrecht, auf staatliche Zensur und freiwillige Selbstzensur, auf die Wiedereinführung einer Klasse von Staatsfeinden und die Wiederherstellung des "deutschen Blicks" in politischen Meinungssachen hintendiert.

Die geplanten politischen Prozesse werden vermutlich längere Zeit dauern, länger vielleicht, als der Atem einzelner Kampagnen reicht. Wer den angeklagten Herausgebern beistehen will, muß mit dem Verschleiß rechnen, dem solche Kampagnen und ihre Stichwörter unterliegen. Was jetzt nötig ist, ist mehr als einzelne, zentral geplante Kampagnen von begrenzter Laufzeit. Auch diese natürlich! Der Widerstand gegen die kommenden politischen Prozesse muß eigentlich von ganz anderer Natur sein, also: er muß dezentral organisiert werden und muß aus vielen lokalen Ereignissen auf unterschiedlichen Ebenen bestehen, er muß im Grunde eher den Charakter von Bürgerinitiativen annehmen, bzw. von solchen getragen werden. Gleichzeitig müßten die lokalen Gruppierungen aufrufbar sein zu einigen gemeinsamen Handlungen.

Um hierzu beitragen zu können, haben wir einen vorläufigen Unterstützungskreis zur Verteidigung der Herausgeber und zur Unterrichtung der Öffentlichkeit gebildet. Dieser Unterstützungskreis wird einerseits selber Initiativen entwickeln, z.B. fortlaufende Dokumentation des Prozeßstandes; auf der anderen Seite bietet er sich als Kontaktstelle und Verteiler an. Deshalb ruft er alle rechtlich Denkenden in der Bundesrepublik Deutschland auf, sich da, wo sie leben, mit anderen, wenn nicht Gleichgesinnten, so Mitarbeitswilligen, zusammenzutun, um Initiativen auszudenken. Vor allem sollten sie ihre Ideen und Erfahrungen an den Unterstützungskreis zurückvermitteln, damit andere daran anknüpfen können. Es ist in dieser Zeit der Sprach- und Denkverbote wieder lebenswichtig geworden, daß jeder in seinem Lebens- und Arbeitsbereich dem drohenden Rechtsverlust, die Gefährdung der Grundrechte zur Sprache bringt.

Was man z.B. dezentral machen kann:

—Leserbriefe an regionale Zeitungen schreiben, um verzerrende Berichterstattung zurechtzurücken oder auf fehlende hinzuweisen
— Artikel und Berichte schreiben, z.B. für die verschiedenen Stadtzeitungen
— Veranstaltungen anregen, wo mit den Betroffenen über die gegenwärtige Unterdrückungswelle gesprochen wird, über innere und äußere Zensur, über den Stand der Prozesse
— eigene Veranstaltungen machen, z.B. in Zusammenarbeit mit Pfadfindern, Falken, Naturfreunde-, Schreberjugend
— daüfr sorgen, (z.B. durch Mitarbeit), daß von den Lokalbüros der Regionalzeitung über solche Veranstaltungen berichtet wird
— entsprechende Lieder machen, singen und verbreiten (es gibt ja inzwischen genug Vorbilder und auch schon Zeitungen über Straßenmusik und einen Liederdienst
— in kirchlichen Veranstaltungen auftreten und Kontakt mit kirchlichen Mitarbeitern suchen
— sowie: alle Ideen, Erfolge, Erfahrungen, lokale Rechtsbrüche, die mit den Prozessen zu tun haben oder ähnlich gelagert sind, an den Unterstützungskreis weitergeben.

Ingeborg Drewitz
Helmut Gollwitzer
Julius Posener

Ebenfalls von dem Unterstützungskreis stammt nachfolgende Zusammenstellung der über die Presse bekanntgewordenen Prozeßurteile im Zusammenhang mit dem Buback-Nachruf; zumeist wegen Veröffentlichung des Nachrufs (Stand vom 2.Mai 1978):

10.8.1977: In Düsseldorf sind 3 Studenten angeklagt. Ihnen wird Billigung von Straftaten und Verunglimpfung des Staates vorgeworfen. Das zuständige Jugendgericht lehnt eine Anklageerhebung mit der Begründung ab, weder der Inhalt noch die Veröffentlichung seien strafbar.

30.9.1977: In Karlsruhe wird eine Laborantin von einem Amtsgericht zu sechs Monaten Gefängnis ohne Bewährung verurteilt wegen eines KBW-Artikels zum Buback-Nachruf. Die Anklage lautet auf Billigung von Straftaten. Die Begründung des Gerichts: Nicht die Absicht des Verfassers, sondern die Wirkung auf die Leser ist relevant.

22.12.1977: Ein Bonner Jugendgericht spricht einen Studenten frei, der wegen Volksverhetzung, Verunglimpfung des Staates, Billigung von Straftaten angeklagt ist. Die Begründung: Keine Identifikation.

22.12.1977: Das Düsseldorfer Jugendgericht spricht wie schon am 10.8.1977 frei.

[illegible].1978: Vor dem Augsburger Amtsgericht ist ein KBW'ler wegen eines Flugblattes zum Nachruf (Billigung von Straftaten und Volksverhetzung) angeklagt. Er wird zu sechs Monaten Gefängnis mit Bewährung verurteilt.

7.2.1978: In Berlin lehnt das Landgericht die Anklage gegen 12 Professoren wegen der Herausgabe des Buback-Nachrufs ab. Das Gericht sieht den Straftatbestand (Billigung von Straftaten, Volksverhetzung, Beleidigung der BRD, Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener) weder durch den Nachruf noch durch den Wiederabdruck erfüllt.

27.2.1978: In Karlsruhe wird in der Berufungsverhandlung das Urteil des Amtsgerichts vom 30.9. bestätigt.

24.2.1978: Ein Frankfurter Schöffengericht spricht den Verantwortlichen Redakteur des ID vom Vorwurf der Billigung von Straftaten durch Abdruck des Nachrufs frei. Der Text sei zwar als Billigung des Mordes zu verstehen, eine Veröffentlichung aber im öffentlichen Interesse gewesen.

3.[illegible]978: In Hanau wird ein Lehrer wegen Billigung von Straftaten zu 3 Monaten mit Bewährung in der Berufung verurteilt. Er hatte sich auf dem Marktplatz auf einer KBW-Veranstaltung zum Nachruf geäußert.

3.4.1978: Ein Bonner Jugendgericht verurteilt vier Studenten wegen Volksverhetzung, Billigung von Straftaten und Verunglimpfung zu 6 Monaten Gefängnis mit Bewährung.

5.4.1978: In Göttingen verurteilt das Landgericht zwei Studenten zu je 1.800 DM Geldstrafe. Die Veröffentlichung – so das Gericht – bedeute keine Volksverhetzung, keine Beleidigung der Bundesanwaltschaft, wohl aber eine Verunglimpfung des Staates und des Andenkens Verstorbener.

14.4.1978 und 17.4.1978: Ein Bonner Schöffengericht verurteilt 5 Studenten zu Geldstrafen zwischen 600 und 1.888 Mark, da durch die Veröffentlichung des Nachrufs der Staat verunglimpft worden sei.

21.4.1978: In Gießen stellt die Staatsanwaltschaft die Ermittlungen wegen Billigung von Straftaten ein. Der Artikel sei zwar strafrechtlich relevant, die Distanzierung aber ausreichend.

26.4.1978: In Braunschweig werden 3 Studenten wegen gemeinschaftlicher Beschimpfung zu je 1.200 Mark Geldstrafe verurteilt. Sie hatten in 2 Artikeln Buback eine 'Gallionsfigur der Repression' genannt.

25.4.1978: In München wird ein Journalist vom Vorwurf der Billigung von Straftaten und der Verunglimpfung des Staates freigesprochen. Begründung: Die Öffentlichkeit hatte ein Recht auf den gesamten Text.

In folgenden Fällen ist Anklage erhoben, aber noch nicht verhandelt worden:

28.10.1978: In Kaiserslautern gegen 4 Studenten wegen: gemeinschaftlicher Verunglimpfung des Staates und Volksverhetzung.

22.1.1978: In Westberlin beim Schöffengericht gegen den AStA-Vorsitzenden. Vorwurf: Beschimpfung der BRD, Beleidigung, Volksverhetzung.

9.2.1978: In Westberlin gegen die 12 Professoren (siehe vom 7.2.) hat der Oberstaatsanwalt Widerspruch eingelegt und einen Antrag auf Eröffnung der Hauptverhandlung beim Landgericht eingeleitet.

6.1.1978: In Bremen ermittelt die Staatsanwaltschaft gegen 16 Hochschullehrer wegen des Verdachts der Volksverhetzung, der Beleidigung, der Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener und des Staates.

3.4.1978: In Oldenburg ermittelt die Staatsanwaltschaft gegen 13 Hochschullehrer.

21.4.1978: Die Staatsanwaltschaft Gießen erhebt Anklage gegen eine Studentin wegen Buback-Nachruf mit vorangestellter Erklärung.

In Essen und Bonn stehen weitere Fälle an.

VERSUCH, GEGEN EINEN SCHMIEREN-JOURNALISTEN ZU KLAGEN

FRANKFURT
16. Mai

Von einem Leser stammt der folgende Bericht:

„Am 21.10.77 schreibt der Journalist Peter Steinbach in der Boulevardzeitung ABENDPOST/NACHTAUSGABE einen Kommentar zur Fahndung nach den Mördern von H.M. Schleyer. Diesen Artikel überschreibt er mit „Rattenjagd', allerdings ohne jegliche Anführungszeichen. Entsprechend diesem Motto holt er dann ungebremst aus und schreibt u.a.: „Welch eine üble, abstoßende Galerie von Köpfen! Aber man muß sie sich merken, muß sich die Personenbeschreibungen einprägen und versuchen, sich das Gesindel in anderer Haartracht vorzustellen. Ein Rudel Ratten sollte gegenüber Millionen Jägern keine Chance haben."

Diese Sprache/Aussage zielt systematisch und direkt gegen die Menschenwürde, „gegen den unverzichtbaren und unableitbaren Persönlichkeitskern" anderer Menschen, gegen deren Menschsein überhaupt. Mit dieser Begrifflichkeit (Biologismus Ratten) bedient sich Herr Steinbach eindeutig des faschistischen Sprachinstrumentariums. Ich erinnere an die Propagandafilme der Nazis, in denen ebenfalls von Ratten gesprochen wurde, diese in ihrem Treiben gezeigt und mit den Juden verglichen wurden, was schließlich folgerichtig in deren willkürlicher Vernichtung endete. Auch im gesamten übrigen Steinbach-Text wird kein einziges Mal von Gesetzen oder Gerichten gesprochen, die ja, wiederum folgerichtig, auch nichts mit Rattenjagd zu tun haben.

Es ist also (wieder) staatsanwaltlich zugelassen, Terroristen, Menschen öffentlich als Ratten zu bezeichnen. Dagegen werden in Sachen Buback-Nachruf-Veröffentlichung Angeklagte wegen Verunglimpfung des Staates und des Andenkens eines Verstorbenen zu hohen Geldstrafen (1800 DM) verurteilt."

Da es sich bei dem Zeitungskommentar um eine öffentliche Äußerung (in höherer Auflage als ein Buback-Nachruf je erreicht) handelte, beantragte ich bei der Frankfurter Staatsanwaltschaft gegen P. Steinbach und die Abendpost/Nachtausgabe wegen Volksverhetzung (StGB 130) zu ermitteln. Der Paragraph lautet: „Wer in einer Weise, die geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu stören, die Menschenwürde anderer dadurch angreift, daß er 1. zum Haß gegen Teile der Bevölkerung aufstachelt, 2. zu Gewalt- oder Willkürmaßnahmen gegen sie auffordert oder 3. sie beschimpft, böswillig verächtlich macht oder verleumdet, wird mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren bestraft."

Die Einleitung eines Ermittlungsverfahrens wird von Oberstaatsanwalt Klein, Frankfurt, abgelehnt. Als Begründung, die nach meiner Normalbürger-Logik keine ist, zitiert der Oberstaatsanwalt lediglich einige andere Passagen aus dem Zeitungstext und stellt fest: „Der Tatbestand der Volksverhetzung § 130 StGB ist nicht gegeben." Darauf erfolgte eine Dienstaufsichtsbeschwerde gegen OStA Klein wegen Nichteinleitung eines Ermittlungsverfahrens. Zur Erläuterung fügte er hinzu: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt." In einem Grundgesetz-Kommentar heißt es dazu: „Der zweite Satz verpflichtet den Staat zu dem positiven Tun des ‚Schützens'... gegen Angriffe auf die Menschenwürde, wie Erniedrigung, Brandmarkung, Verfolgung, Ächtung usw. (BVerfGe 1, 104). Der Artikel 1, Abs. 1 verbietet jede menschenunwürdige Behandlung, wie sie im Dritten Reich üblich war, er bindet nicht nur die vollziehende Gewalt und Rechtspflege... Angriffe gegen die Menschenwürde werden nach & 130 StGB ... bestraft."

Wer Menschen (zunächst nur vom Schreibtisch aus) zu Ratten degradiert und dann zur Rattenjagd antreibt, verletzt nicht nur fundamental die grundgesetzlich garantierte Menschenwürde, sondern zielt direkt ab auf die Entrechtung der so bezeichneten Menschen, antizipiert Willkür. Wer eine Fahndung als Rattenjagd begreift und beschreibt und dafür öffentlich Stimmung macht, widerspricht in menschenverachtender Weise einer Ordnung, die sich freiheitlich-demokratische nennt und sich auf die Grund- und Menschenrechte beruft.

Die Einleitung eines Ermittlungsverfahrens wurde erneut abgelehnt. Der OSta Köhler begründet dies so: „Damit eine solche Personenmehrheit als ‚Teile der Bevölkerung' anerkannt werden kann, muß sie aber über eine geringfügige Zahl hinausgehen. Das ist bei den Mitgliedern der RAF, nach denen im Entführungsfall Schleyer gefahndet wird, nicht der Fall. Deshalb liegen schon die objektiven Voraussetzungen einer Volksverhetzung nicht vor. Anhaltspunkte für eine andere strafbare Handlung der Beschuldigten sind nicht ersichtlich." —



SCHNÜFFELPRAXIS: BUNDESGRENZSCHUTZ AUF LINKSGRUPPEN ANGESETZT

FRANKFURT
16.5.78

Unter dieser Überschrift veröffentlichte die Frankfurter Rundschau am 16. Mai 78 Vorgänge, die den meisten von uns schon bekannt sein dürften. (Vergl. die Vorgänge um die Einreiseverweigerung von Genossen des ID-Informationsdienst zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten nach Belgien).

In der Frankfurter Rundschau heißt es:

Der Bundesgrenzschutz hat in Zusammenarbeit mit dem Verfassungsschutz und teilweise auch mit dem Bundesnachrichtendienst an den Grenzübergangsstellen alle Personen registriert, die als Mitglieder von 'linksextremistischen' oder 'linksextremistisch beeinflußten' Organisationen identifiziert werden ODER ENTSPRECHENDES SCHRIFTTUM BEI SICH FÜHRTEN!

Weiter wird ausgeführt, es bestünden Listen, die einmal die zu überprüfenden Mitglieder von Organisationen enthielten: Beispiel Vereinigte Deutsche Studentenschaften, Film- und Fotogruppe Freiburg, Humaner Wohnen e.V., usw.; außerdem eine Liste der Zeitschriften, z. Beispiel: Kursbuch, Konkret, Berliner Extra-Dienst, Frauenzeitung, usw.

GRUNDSTÜCKSVERKÄUFE UND ATOMSTAAT IN GORLEBEN

FRANKFURT
18.Mai

Vom Freundschaftskreis Rhein-Main der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg:

„Was ist geschehen? 59 von 64 Grundstückseigentümern des geplanten Geländes für die ‚Wiederaufbereitungsanlage', sprich Plutoniumfabrik, haben an die DKW (Deutsche Gesellschaft zur Wiederaufbereitung von Kernbrennstoffen) verkauft, die mit erpresserischen Methoden vorgegangen ist, um die benötigten Grundstücke zu erwerben; nach eigenen Angaben in Absprache mit der Bundesregierung, wie wir hörten. Diese ungeheure Tatsache ist bis jetzt in den ‚Massenmedien' immer noch nicht aufgetaucht, und es stellt sich die Frage, ob sie bewußt unterdrückt wird.

Zudem nimmt die Überwachung und Bespitzelung im Landkreis von Seiten der DWK, ebenso von Zoll etc. immer mehr zu. Die gezielte Kriminalisierung auswärtiger AKW- bzw. WAA-Gegner hat begonnen: im niedersächsischen Verfassungsbericht werden diese von einer Verallgemeinerung zur anderen zu ‚Terroristen' aufgebaut.

„Vertreter der Neuen Linken, vor allem Spontaneisten", „Initiativen in Unabhängigen Jugendzentren" und „ähnliche Institutionen" finden hierbei besondere Beachtung. Diese Taktik, die geschickt an zum Teil schon bestehenden Vorbehalten und Vorurteilen der Bevölkerung ansetzt und diese gezielt verstärkt, um von vorneherein einen Keil zwischen ortsansässiger Bevölkerung und zugezogenen oder auswärtigen WAA-Gegnern zu treiben, ganz gezielt gegenüber der Bevölkerung eingesetzt, und zwar von Landesregierung und Betreibergesellschaft gleichermaßen.

Wir, der Freundschaftskreis Rhein-Main der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg, haben ein Mitglied der Bürgerinitiative vor Ort interviewt. Die hier

wiedergebenen Ausschnitte vermitteln einen Eindruck der Ereignisse und der Stimmung im Landkreis Lüchow-Dannenberg. Mit Rücksicht auf die Länge des Textes veröffentlichen wir den 2.Teil des Interviews, der das Ausmaß der Überwachungen näher beschreibt, im nächsten ID.

Freundschaftskreis: Ja also, bis vor kurzem hieß es ja immer, daß es ziemlich sicher wär, daß die Grundstücke nicht verkauft wären; daß also 70% ungefähr dem Grafen gehören, dann einem Grundstücks- und Eigentümerverein, und daß beide explizit ausgedrückt haben, daß sie nicht verkaufen werden. Außerdem haben die Kirchengemeinden Gartow und Gorleben auch gesagt, daß sie nicht verkaufen. Inzwischen hat sich aber einiges geändert: von 64 Eigentümern haben 59 verkauft, da sind also noch 5 Grundstückseigentümer übrig. Wie ist es dazu gekommen, wie hat die DKW das geschafft?

BI Lüchow-Dannenberg: Das sind zwei Komplexe, die man berucksichtigen muß: einmal ist es die Taktik der DWK, zum andern ist es auch eine bis jetzt noch etwas ungeklärte Rechtsberatung der Grundeigentümer. Zur DWK wäre zu sagen, daß sie den Eigentümern eine 5wöchige Frist, die am 2.Mai abgelaufen ist, gestellt hat. In dieser Frist zahlt sie einen Preis von 4,20 DM pro qm, n paar Groschen nur für das Land und 2 DM Zuschlag, für schnellen Verkauf. Die DWK hat den Landwirten nur eine 5-Wochen-Frist gelassen, was bei den Landwirten eine ganz erhebliche Rechtsunsicherheit hervorgerufen hat; sie haben versucht, sich bei verschiedenen Anwälten und Öko-Instituten beraten zu lassen, aber es war alles so wahnsinnig kurzfristig und außerdem mit der Drohung im Hintergrund: wenn die Eigentümer nicht bis zum 2.Mai verkaufen, dann werden sie also ziemlich bald enteignet und bekommen dann einen Preis von ca. 2 DM.

Freundschaftskreis: Woher kam diese Drohung mit der Enteignung? War die schon von seiten der DWK vorgebracht, daß wenn nicht verkauft wird, enteignet wird und dann ein wesentlich geringerer Preis nur rauskommt, oder war das ne Vermutung der Landwirte oder kam das aus...

BI Lüchow-Dannenberg: Nein, nein, das war direkt eine Drohung der DWK, mit der sie die Verhandlungen geführt haben: Ihr habt 5 Wochen Zeit, um den Preis von 4 DM zu bekommen, danach werdet ihr enteignet und bekommt einen Preis von 2 DM.

Freundschaftskreis: Das haben die Rechtsanwälte gesagt — praktisch die Rechtsanwälte der DWK, und sind so an diesen Grundstücksverein rangetreten.

BI Lüchow-Dannenberg: Die Verhandlungsführer der DWK - ob das nun Rechtsanwälte waren, weiß ich nicht. Jedenfalls: diejenigen, die die Verhandlungen geführt haben, sind mit dieser Drohung an die Bevölkerung direkt herangegangen.

Freundschaftskreis: Die Frage ist ja , die DWK wäre doch gar nicht dazu berechtigt gewesen....

BI Lüchow-Dannenberg: Nein, überhaupt nicht! Sie ist weder juristisch berechtigt, solche Drohungen auszusprechen, noch ist es überhaupt sicher, ob so schnell enteignet wird. Die ganzen Probleme sind ja noch offen . Und das ist also eine, also eine unglaubliche Erpressung.
Und die andere Frage, weswegen es nun doch zu dem schnellen Verkauf geraten ist; also die Landwirte waren sehr verunsichert durch diese Erpressung und Drohung mit der Enteignung, und haben versucht, sich juristisch beraten zu lassen und — also Rechtsanwälte sind nun meistens nicht Leute, die ganz klare Aussagen machen können und auch nicht gerne tun, weil man nicht weiß, wie die Rechtsprechung hinterher ausfällt — die hauptsächliche Beratung kam durch de Witt (Rechtsanwalt aus Freiburg) und der hat gesagt, es hilft sowieso nichts: am besten ist, ihr verkauft und gebt von den 4 DM 2 DM in einen Prozeßfond und hinterher wird ewig prozessiert.

Freundschaftskreis: Um was?

BI Lüchow-Dannenberg: Um Verfahrensfragen im Prozeß — also in der Genehmigung, um Sicherheitsfragen usw. der de Witt hat das ja in Whyl mit dem Berstschutz gemacht. Also: Prozeßführung innerhalb des Verfahrens.

Und zum anderen sollte versucht werden, ein zentrales Grundstück von allen gemeinsam zu halten, und falls enteignet wird, daß auch die anderen diesen Betreffenden finanziell entschädigen. Durch diese Beratung, daß sowieso nichts zu machen sein wird und daß sowieso enteignet wird und durch den Ablauf der Frist, ist irgendwie ein Dammbruch erfolgt. Und die haben also dann in panikartiger Hetze kann man fast sagen alle noch verkauft, um in den Genuß dieser Frist zu kommen und ...

Freundschaftskreis: Ja — wir haben ja auch gehört, daß so Sachen z.B. vorgekommen sind, daß die Notarbüros extra lange offengehalten wurden —

BI Lüchow-Dannenberg: Ja, in einer Nachtsitzung auf den 2. Mai sind die Bauern von der DWK noch mal wirklich die ganze Nacht durch bearbeitet worden, und sie sind dann laufend mit ihren Klienten in die Rechtsanwaltsbüros gefahren nach Lüchow, und dort wurde die ganze Nacht noch beglaubigt, um "noch zu retten, was zu retten ist". In dieser Versammlung wurde aber auch ausgehandelt, daß der Graf eine Fristverlängerung von 8 Wochen bekommt. Er hat also nicht verkauft, zusammen mit 4 anderen noch nicht. Wie's nun weitergeht, wer noch verkauft, und wer nicht verkauft, das können wir natürlich nicht vorhersagen. Es besteht immer hin noch diese Chance, diese 8 Wochen, die man für Verhandlungen und Gespräche und neue juristische Beratungen nutzen muß.

Also wir haben die Hoffnung noch nicht ganz aufgegeben. Es ist für uns einfach eine Frage der Moral: wenn der Graf verkauft, dann ist die Moral des Widerstandes erstmal gebrochen. Das wäre für den ganzen Kreis, für die ganze Bevölkerung wäre das ein furchtbarer Schlag.

Freundschaftskreis: Wie würdest du die Auswirkungen der bisherigen Verkäufe der Bauern, die ja zusammen glaube ich etwa die Hälfte des Landes besitzen; der Graf hat ja das größte Stück als einzelner Besitzer — also die bisherigen Auswirkungen schon so auf die Bürgerinitiative, aber auch auf die Bevölkerung im Landkreis, beschreiben?

BI Lüchow-Dannenberg: Ja, es ist auch dadurch schon eine Entmutigung erfolgt und eine Resignation und natürlich die Unkenrufe: "der Graf verkauft dann auch — " sind natürlich da, und dem kann man sich auch nicht so einfach verschliessen, das heißt man kann nicht so einfach wegschieben als Argument.

Freundschaftskreis: Ich würd gern noch ein bißchen was hören über persönliche Äußerungen von Leuten, die verkauft haben.

BI Lüchow-Dannenberg: Ja. — Da muß man vielleicht so die allgemeine Stimmung etwas schildern, die in den hauptsächlich betroffenen Orten herrscht. Wir waren neulich bei einem Ehepaar, die auch zum Verkauf gedrängt worden sind, das ganze soziale Leben zerstört ist. Dörfer sind total gespalten in Pro und Contra, es findet keine Konfirmation, kein Geburtstag, keine Hochzeit mehr statt, ohne daß nach dem 3. Glas Bier "Verkauf oder Nichtverkauf" auf'm Tisch ist. Wo sich die Familien furchtbar zerstreiten, alle Feiern gehen nur im Streit auseinander, die Familien sind zerstritten, die Jungbauern sind Pro oder Contra und die Eltern sind anderer Meinung; der Vater will den Hof verkaufen — der Sohn würde

ihn gern halten. Man kann nicht mehr in jede Gastwirtschaft gehen, man geht nur noch in die, die auch Pro oder Contra ist, und man besucht sich nicht mehr so, weil man Angst hat vor diesem Thema. Als wir aus diesem Dorf rausgingen, hatten wir wirklich das Gefühl, der "Große Bruder" steht hinter uns. Und man – *(leicht resigniert-amüsiertes Lachen)* sah richtig seinen Schatten, es war wirklich "1984".

Und die DWK reitet eben auch auf dieser Methode – sie schickt ständig modifizierte Kaufverträge mit der Post, wenn sie nicht so reingelassen wird, sie kommt vorgefahren mit den großen Mercedessen, sie laden ein zu feudalem Essen. . . Sie sind eben einfach immer da, und dann immer mit dieser Drohung: "Es kommt sowieso hierher, und es wird enteignet!" Und dem kann sich ein Landwirt, der bisher mit diesen Dingen nie zu tun gehabt hat, auch schlecht erwehren; und der Grundbesitzerverein war eigentlich so ein Bollwerk; und als dann diese Rechtsberatung kam: "Es nützt eh nichts, und am besten ist, ihr verkauft", da ist eben das, was unterschwellig vielleicht schon angegriffen war, zusammengebrochen.

Freundschaftskreis: Jetzt ist aber dieser Zusammenbruch, glaub so, eigentlich relativ unabhängig von der Bürgerinitiative passiert. Gab's da eigentlich bislang immer nur sehr wenige Beziehungen von diesem Grundbesitzerverein zur Bürgerinitiative? Weil das ja sehr wichtig jetzt gewesen ist . . .

BI Lüchow-Dannenberg: Ja, das ist ja unser Grundproblem gewesen hier, daß die Landwirte praktisch für uns heilige Kühe waren, die wir nicht anrühren durften. Die wollten unter sich sein, die wollten auch ihre Probleme nicht mit uns besprechen. Für die waren wir "Chaoten". Mit der einen Gruppe der Bürgerinitiative hatten wir ja immer Schwierigkeiten, daß wir uns also nicht mit den Einheimischen so beschäftigen sollten , und von daher ist das eben so zu verstehen, daß das dann ohne Kontakt zur Bürgerinitiative so abgelaufen ist. Der intensivste Kontakt bestand eigentlich zum Grafen. Aber zu den Landwirten war es sehr schwierig. Und auch die eine Gruppe, die sich darum sehr bemüht hat, hat's eben auch nicht geschafft. Und ich glaube erst daß jetzt nach diesem Dilemma eine größere Gesprächsbereitschaft der Landwirte da ist. Denn es ist ja trotzdem so, daß sehr viele Gegner sind und auch geblieben sind, und daß der Widerstand gegen die Anlage nach einer gewissen Zeit der psychischen Erholung sicher kommen wird. Also, der X aus A und Y aus B und solche Leute, die, die bleiben Gegner, auch wenn einige verkauft haben.

Freundschaftskreis: Ja, gerade der Graf soll sich doch auch sehr empört und auch verzweifelt geäußert haben, daß . . .

BI Lüchow-Dannenberg: Ja, da wollen wir auch nochmal versuchen, Gedächtnisprotokolle zu machen, wo es wirklich solche Szenen gegeben hat, daß der Bauer seine weinende Frau ins Anwaltsbüro schleppen mußte, damit sie unterschreibt. Und daß wirklich Bauern, auch Landwirte, wirklich heulend in die Büros gegangen sind, das ist einfach vorgekommen, und wir wollen versuchen, das aufzuzeichnen und zu sammeln.

Freundschaftskreis: Woraus schließt du das, daß die Gesprächsbereitschaft besser werden könnte?

BI Lüchow-Dannenberg: Das – haben wir schon erfahren. Also, die haben ein schlechtes Gewissen natürlich nun uns gegenüber, sie haben immer getönt: "Wir machen das schon!", und nun diese Pleite – , und ich glaube es ist wichtig, daß man sie auch jetzt mit ihrem schlechten Gewissen auch nicht allein läßt. Und das haben sie irgendwie signalisiert.

Freundschaftskreis: Es ist aber nicht so, daß die Anwälte der BI oder so –, daß das miteinander in Verbindung gebracht wird – daß der de Witt da vielleicht mitschuldig dran ist, daß das so gekommen ist –? Der de Witt ist ja kein Anwalt der BI.

BI Lüchow-Dannenberg: Ja, de Witt hat ja der Bürgerinitiative kein Wort von der Art seiner Beratung gesagt. . .

Freundschaftskreis: Es war ne Extratour.

BI Lüchow-Dannenber: Ja, der Graf hat sich mit ihm getroffen und . . .

Freundschaftskreis: Ja, die Verbindung war mir noch nicht so klar.

BI Lüchow-Dannenberg: Nein, das ist nicht unser Anwalt, dann hätte er ja auf jeden Fall vorher mit uns sprechen müssen, und dann wär das sicher nicht passiert. Und es wird jetzt eben 'ne Kommission gebildet, die prüft, ob es nicht doch eine Möglichkeit gibt, wenn der Bund das Land kauft für die Atommülldeponie, daß dann eben ein ganz anderes Verfahren ablaufen muß juristisch, als wenn die DWK das Gelände für die Wiederaufbereitung kauft. Und das muß jetzt möglichst bald geklärt werden.

Freundschaftskreis: Ich wollt noch mal erfahren, wie es dazu kam, daß die DWK dem Graf Verlängerung gegeben hat?

BI Lüchow-Dannenberg: Am Sonntag jetzt war Salander (DWK-Boss) im Schloß und wollte wohl ganz gern den Kaufvertrag unterzeichnen, und dann hat der Graf ihm aber von vonherein erklärt: Wenn er nicht eine Fristverlängerung bekommt, dann kann er gleich wieder gehen, dann wird über dieses Thema gar nicht gesprochen. Er hat also der DWK doch sehr genau zu verstehen gegeben, daß es so nicht geht. Und daraufhin hat sich die DWK doch sofort zu einer Fristverlängerung bereitgefunden. Aber das beinhaltet, daß wohl das Angebot auch wohlwollend geprüft wird. Und es ist natürlich so, daß man mit einem Grafen nicht so verfährt, wie mit einem kleinen Bauern.

Kontakt: Freundschaftskreis Rhein-Main der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg, Tel. 0611/705442 (Renate)

STRAMPELN AM 4.JUNI

BERLIN 10.Mai *Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) hat dem ID einen Aufruf zum „Tag der Umwelt" geschickt. Der BBU schlägt dezentrale Fahrraddemonstrationen vor.*

„Liebe Umweltschützer,

Durch diesen Aufruf möchten wir alle Initiativen im Umweltbereich dazu ermuntern, am 4.Juni 1978 an den verschiedensten Orten in der Bundesrepublik Fahrraddemonstrationen zu organisieren (* eigentlich ist der 5.Juni der Tag der Umwelt, der 4.Juni ist aber ein Sonntag).

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz e.V. (BBU) hat sich für diese Aktionsform entschieden, um damit einen Schritt nach vorn in unserer Öffentlichkeitsarbeit zu gehen. Darum regen wir hiermit auch anstatt einer zentralen Demonstration zum Tag der Umwelt diese dezentralisierten Aktionen an. Dieser Aktionstag hat zu den bisher durchgeführten Aktionen mit überregionaler Bedeutung folgende Vorteile:

– Mit der vorgeschlagenen Aktionsform beschränken wir eine fehlerhafte Berichterstattung, da wir an vielen Orten selbst sind und uns nicht auf die Massenmedien verlassen müssen.

– Kleinere Gruppen oder Gruppen mit regional beschränkten Anliegen werden nicht überrollt, sondern können hiermit eine Öffentlichkeit an ihrem Ort erzielen (Breitenwirkung in der Fläche, aber auch in der Sache).

– Zentrale Demonstrationen werden, je mehr Personen daran teilnehmen, selbst immer umweltfeindlicher (Energieverschwendung, weitere Verkehrserzeugung usw.) und auch wie die Erfahrungen gezeigt haben, immer empfindlicher und angreifbarer (durch Polizei und Gewalttäter)

– Das Beförderungsmittel Fahrrad selbst demonstriert einen umweltfreundlichen, energiesparenden und rohstoffsparenden Gebrauchsgegenstand.

Bitte meldet Euch bei einer der folgenden Kontaktstellen, wir werden versuchen, uns einen Überblick über die Aktivitäten zu verschaffen, um uns dann trotz der Dezentralisierung das Gefühl zu vermitteln, eine große gemeinsame Aktion durchzuführen:

Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz e.V. (BBU)
Geschäftsstelle: Hellbergstr. 6, 75 Karlsruhe 21

Bürgerinitiative Westtangente e.V. Berlin (BIW) Büro 1:
Cheruskerstraße 10,1000 Berlin 62



FREISPRUCH FÜR AUGSBURGER AKW–GEGNER

AUGSBURG 3. Mai

Am 27.4. wurde Simon Ordnung, Mitglied der Bürgerinitiative gegen Atomanlagen, Augsburg, von der Anklage der Verweigerung der Personalien und des Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz freigesprochen. Er hatte mit anderen nach der Kalkar–Demonstration in der Augsburger Innenstadt einen Informationsstand gemacht, dabei beschlagnahmte Gegenstände ausgestellt, um die Bevölkerung über die Polizeischikanen und Behinderungen zu informieren. Er war nach einer Stunde festgenommen und erkennungsdienstlich behandelt worden. Die Bürgerinitiative hatte Flugblätter verteilt und Plakate geklebt, die über den Prozeß informierten und aufforderten, zum Termin zu kommen. Bei der Verhandlung waren dann ca. 30 Zuhörer anwesend.

Die Polizeizeugen hatten immer wieder von 6 – 7 Aktiven gesprochen, konnten aber nicht sagen, warum ausgerechnet Simon der Leiter gewesen sein sollte. Auf die Frage, warum nicht weitere festgenommen worden sind, erklärten sie, das hätte zu viel Unruhe unter den über 100 Umstehenden verursacht. Schon Simons Festnahme habe erhebliche Proteste hervorgerufen. Einer habe sich sogar vor das Polizeiauto gesetzt, sei aber von einem Polizisten weggezerrt worden.

Die Verweigerung der Personalien konnte Simon auch nicht nachgewiesen werden; die Polizisten gaben sogar zu, daß er, als er verhaftet werden sollte, gesagt hat: "Meine Personalien kann ich Ihnen auch hier angeben". Wegen der "aufgebrachten Menge" habe die Polizei es jedoch vorgezogen, Simon erst mal mitzunehmen. Simons Rechtsanwalt dazu: "Daß er seinen Ausweis nicht dabei hatte, ist allenfalls eine Ordnungswidrigkeit. Diese ist aber zum Pech des Staatsanwalts schon verjährt".

Simon hatte in seinen Ausführungen darauf hingewiesen, daß Fernsehen und Presse sehr einseitig über die Demonstration in Kalkar berichtet, von vielen Waffenfunden und kaum von Polizeimaßnahmen geredet haben. Darum sei es notwendig gewesen, durch den Infostand eine Gegeninformation zu bringen.

Trotz dieser eindeutigen Lage sprach sich der Staatsanwalt für eine Bestrafung nach dem Jugendrecht aus (Simon war 19 Jahre alt). Er forderte "ein Zuchtmittel, eine Erziehungsmaßregel": Verwarnung, eine Arbeitsleistung in einem sozialen Werk und daß Simon die Kosten des Verfahrens auferlegt werden.

In seinem Plädoyer ging der Rechtsanwalt u.a. auf ein Urteil des Oberlandesgerichts München ein, nach dem der Leiter einer Veranstaltung eindeutig Ablauf, Redner, Unterbrechungen und Ende bestimmen muß und die anderen sich freiwillig danach richten müssen. Dies war bei Simon nicht der Fall. Daß es überhaupt zum Prozeß gekommen sei, zeige, daß es sich um einen politischen Prozeß handle. Der Richter sprach Simon frei, was die Zuhörer mit Beifall aufnahmen.

Bürgerinitiative gegen Atomanlagen, Augsburg
Dieter Ferdinand, Bei St. Ursula 12, 89 Augsburg

THEATERWEHR BRANDHEIDE

LÜCHOW/DANNENBERG
17.5.78

Hinter diesem Namen verbirgt sich eine, nördlichen Atomenergiegegnern nicht unbekannte Theatergruppe. Zum Kampf gegen das AKW Brokdorf trugen sie ihren Teil bei, indem sie mit einem Pferdewagen, wie frühere Schausteller, von Dorf zu Dorf zogen und dort Theater spielten. (Wenn ihr den Film "Im Norden gibt's ein schönes Land" gesehen habt, kennt ihr sie schon). Seit einem guten Jahr nun leben sie im Landkreis Lüchow-Dannenberg(Standort: Wiederaufbereitungsanlage!). Hier entstand im direkten Kontakt zu der Bevölkerung ihr erstes, vom Text bis zum Bühnenbild völlig selbstgestaltetes Theater:

"Heiße Kartoffeln"

Die Gruppe ist jetzt auf Tournee:

27.5. Marburg, Audi-Max, 24.5. Frankfurt, TAT, 26.5. Hannover, Glocksee, 27.5. Hamburg–Harburg, 29./30.5. Köln, Studio-Bühne, 31.5. Dortmund, PH, 2.6. Köln, 5.6. Mainz, ab 11.6. Hamburg, Mahlersaal

Kontakt: Theaterwehr Brandheide, Forsthaus Brandheide, Wirl 3131 Prezelle, Tel. 05846/800

FREISPRUCH IM ROOS/SCHULZ-PROZESS

FRANKFURT 18. Mai

Am 17. Mai sind Johannes Roos und Detlev Schulz von der Anklage des Mordes und des Mordversuches freigesprochen worden. Detlef Schulz wurde wegen Urkundenfälschung und illegalem Waffenbesitz zu einer Geldstrafe von 2.400 DM verurteilt.Dem war am 8.Mai ein Plädoyer des Oberstaatsanwaltes Waldschmidt vorausgegangen, in dem auch er Freispruch gefordert hatte.

Waldschmidt versuchte, der Verteidigung zu beweisen, daß auch die Staatsanwaltschaft erheblichen Anteil an diesem Freispruch hatte.

Und daß die Verteidigung ihrerseits sich nicht energisch genug für die Entlastung ihrer Mandanten eingesetzt habe.Nachfolgenc einige Zitate aus dem Plädoyer:

„Im Info-Dienst für Gefangene (gemeint ist der ID, die Re stand immer wieder etwas von einem 'ganz normalen Mordprozess'.Das sollte wohl witzig sein. Das einzige, was dieses 'kriminelle' Verfahren von anderen Prozessen unterscheidet, ist der Ort, an dem es stattfindet."

„Ich kann ihnen versichern, ich tage auch nicht gerne in einer Justizvollzugsanstalt. Wegen der zu erwartenden Störungen ist der Prozess hierher verlegt worden."

„Wer waren denn die Zuschauer? Doch ausschließlich Sympathisanten!"

„Wir sind im Info-Dienst als trocken, verstaubt und

„Wir sind im Info-Dienst als trocken, verstaubt,dümmlich —ich decke morgens statt der Bettdecke den Sargdeckel hoch— beschrieben worden. Das ist für mich höchstens lächerlich. Auch Sie, meine Herren Richter, kommen dabei nicht viel besser weg!"

„Der wesentliche Entlastungszeuge ist von der Verteidigung zu spät benannt worden. Ein Zeuge, mit dem wahrscheinlich die ganze Hauptverhandlung nicht stattgefunden hätte."

„Ich habe nicht die Absicht, Nachhilfe in Strafverteidigung zu geben."

„Welchen Kreisen Herr Schulz zuzurechnen ist, ergibt sich nicht nur aus der Wahl des Rechtsanwaltes Newerla, der ja mittlerweile selbst in Haft sitzt..."

„Der Angeklagte Roos hat wegen des hier anhängigen Verfahrens nicht einen Tag in Untersuchungshaft gesessen, sondern wegen eines Haftbefehls vom Generalstaatsanwalt in Düsseldorf... Eingeweihte wissen, was das heißt!"

„Prominente Sachverständige haben sich geirrt, so auch der erfahrene Gerichtsmediziner Dr. Linz, der sich um 180 Grad in der Schußrichtung geirrt hat."

„Beamte des BKA haben bestätigt, daß die tödliche Kugel nicht zu identifizieren war."

Der Oberstaatsanwalt referierte auch seine preußischen und militärischen Überlegungen:

„Schulz muß ein wichtiger Mann gewesen sein, weil er freigeschossen wurde!"

„Er hatte eine Pistole, sowohl in Sprendlingen als auch in Straßburg, er war vorher in Griechenland. Die benutzte 7,65er Waffe (die übliche Polizei-Pistole, die Red.) spricht nicht gegen eine Täterschaft von Schulz. Auch der berüchtigte Terrorist Carlos hat in Paris eine 7,65er benutzt. Und Moro wurde - zu unserer aller Erschütterung - mit mehreren Schüssen aus einer 7,65er getötet."

„Die Verteidigung hat gesagt, mit Menschen, die eine solche Anklage erheben, unterhält sie sich nicht. Das beruht auf Gegenseitigkeit."

„Es ist in dieser Hauptverhandlung weder von der Verteidigung noch von den Angeklagten ein Wort des Bedauerns über den grausamen Tod jenes jungen Mannes gefallen, der nur seine Pflicht tat."

„An objektiven Spuren haben wir leider verhältnismäßig wenig."

„Klar ist, daß eine der ersten Kugeln Korols den Kollegen Sippel hinter dem rechten Ohr getroffen hat."

„Es hat noch eine Verständigung zwischen dem Angeklagten Schulz und seinen Komplizen stattgefunden... Was da sonst noch gesprochen wurde... Der Phantasie sind keine Grenzen gesetzt."

„Für Zeugen ist die Schilderung eines Menschen eine heikle Sache."

Stimmen von der Pressebank, als Oberstaatsanwalt Waldschmidt umständlich die Tonbandkassette wechselt und längere Zeit Schweigen im Gerichtssaal herrscht:

„Der hält ein Play-back-Plädoyer."

„Othello!"

„Dramatisch ist er ja..."

Waldschmidt zur Gegenüberstellung in Limburg, die „verdeckt" stattfand:

„Es ist nicht wahr, daß die anderen Personen bei der Gegenüberstellung dem Angeklagten Roos überhaupt nicht ähnlich sahen. Daß ausgerechnet der neben Herrn Roos eine Glatze hatte... Aber sonst..."

„Roos hatte auf einem Paßphoto 1976 keinen Vollbart. Auch bei seiner Festnahme 1977 nicht."

„Ein Bart kann bis zu 2,5 Millimeter pro tag wachsen."

„Glauben Sie allem Ernstes, die Staatsanwaltschaft legt wert darauf, hier ein Schwurgerichtsverfahren durchzuziehen, das mit einem Freispruch endet? "

„Ich habe keinerlei Beweise, daß der Zeuge Coy die Unwahrheit sagt. Vielleicht hat er aber den Angeklagten doch am Montag vor der Tat, nicht nach der Tat gesehen."

„Ein Tatverdacht bleibt übrig."

„Schulz lebte illegal und ist untergetaucht. Die Schwester des Angeklagten ist in Israel in Haft, das ist ja auch dem Gericht bekannt."

Richter Spahn fragt die Verteidigung nach dem Plädoyer de Staatsanwaltes, wie lange sie denn nun noch plädieren wolle:

„Es ist doch schon auf Freispruch plädiert worden, was ist da noch viel zu sagen? "

Die Anwälte befaßten sich am 17. Mai mit den Ermittlungsmethoden der Staatsanwaltschaft. Pflichtverteidiger Glenz findet es verwunderlich, daß er kritische Anfragen zur Übernahme der Verteidigung in diesem Prozeß erhalten hat. Als er einen SS-Verbrecher pflichtverteidigte, habe das auch niemanden gestört.

Die Urteilsbegründung des Gerichts ist dürftig und bezieht sich im Fall von Johannes Roos vor allem auf die Aussagen von Arbeitskollegen.

Detlef Schulz wird als erschwerend angelastet, daß der rechtmäßige Besitzer seines gefälschten Ausweises einmal von XY-Fernsehfahnder Zimmermann gesucht wurde. Dadurch sei diesem „psychischer Schaden" entstanden.

Die entscheidenden Gründe für die Freisprüche von der Mordanklage, die von Richter Spahn in der Urteilsbegründung aufgezählt werden, sind nicht Ergebnis der Hauptverhandlung, sondern sind fast ausschließlich den schon vorher vorhandenen Akten entnommen worden.

GROHNDE–PROZESSE
1 JAHR HAFT FÜR HELMUTH OLDEST (ESO) AUS LÜCHOW

HANNOVER 17.5.78 Das Landgericht Hannover setzt seinen Beitrag zur Durchsetzung des Atomprogramms fort. Nachdem die 12. Große Strafkammer Mitte April den Atomkraftgegner Gerd Schulz zu 13 Monaten Haft, die 2. Gr. Strafkammer Christian Gehrke zu 11, die 3. Gr. Strafkammer Andreas Hanke zu 12 Monaten Haft – alle ohne Bewährung – verurteilt hatte, hat heute die 8. Gr. Strafkammer erneut die Atomkraftgegnerschaft mit einem Jahr Haft bestraft.

DER VORWURF:

Die Staatsanwaltschaft hatte Helmuth vorgeworfen, bei der Demonstration gegen das geplante Atomkraftwerk Grohnde mit einem Knüppel auf einen Polizeibeamten eingeschlagen zu haben. Beweise: 2 Polizisten. Ein weiteres angebliches Beweismittel – ein Foto, das Helmuth mit dem Knüppel zeigen sollte – widerlegte in Wirklichkeit die Anklage: der angeblich abgebildete Knüppel entpuppte sich als Seil. Der angeblich verletzte Polizeibeamte behauptete, von Helmuth am Kopf getroffen worden zu sein, obwohl er zuvor immer davon sprach, daß er alle Schläge mit seinem Schild habe abwehren können. Zu allem Überfluß behauptete er auch noch, daß Helmuth ihn in den Stiefel gebissen (!) habe. Ehrlich! Das alles war neben sonstigen Ungereimtheiten kein Grund, die Glaubwürdigkeit der Polizeiaussage anzuzweifeln.

Und erst der zweite Belastungszeuge: dieser Polizist hatte sogar in den Akten radiert, um seine Aussage glaubwürdiger zu machen. Um seine Wahrnehmung zu bekräftigen hat er nachweisbar wahrheitswidrig behauptet, im gleichen Halbzug der Polizeihundertschaft gewesen zu sein wie der angeblich verletzte Kollege.

Überflüssig zu betonen, daß die angebliche Tatwaffe nie gefunden wurde.

DAS URTEIL

Getreu dem Auftrag, den Ministerpräsident Albrecht den Gerichten gegeben hatte ("möglichst schnelle Aburteilung der Grohnde-Verbrecher") hat das Gericht alle Widersprüche glattgebügelt und "keinerlei Grund gesehen, an der Glaubwürdigkeit der Polizeibeamten zu zweifeln". Offensichtlich war es dem Gericht aber doch zu unangenehm, sein Urteil öffentlich zu verkünden. Die Verkündung begann, als noch lange nicht alle Zuschauer im Saal waren und auch die erschienenen wurden nach 1 Minute von Polizisten unter Knüppeleinsatz hinausgedrängt. Dieses Gericht hat es nicht nötig, sein "im Namen des Volkes" gefälltes Urteil dem Volk bekannt zumachen. Offensichtlich genügt eine Meldung an den Innenminister: "Auftrag erledigt". Dieses Urteil kann noch mit der Revision angefochten werden, deren Chancen aber eher negativ zu beurteilen sind. Es ist also damit zu rechnen, daß die jetzt verurteilten AKW-Gegner im Herbst ins Gefängnis müssen.



WIE GEHT'S WEITER

Es stehen noch fünf Prozesse aus. In dem Verfahren gegen R. Jörß wird am 19.5. die Urteilsverkündung stattfinden.

Kontakt: Atom-Infozentrum, Kornstr. 3, 3000 Hannover

KAROSSERIE-ZUSAMMENBAU BEI OPEL – „HIER WIRD DER MENSCH ZUM TIER GEMACHT"

BOCHUM 3. Mai *Aus einem Flugblatt der Gruppe oppositioneller Gewerkschafter (GOG) bei Opel Bochum:*

Jede Besuchergruppe bei Opel kriegt als besondere Attraktion die Abteilung 3381, Karosserie-Zusammenbau, in Werk 1 vorgeführt. Da sehen sie dann 2 Minuten lang mit offenem Mund zu, wie bei Opel alles „wunderbar funktioniert".

Aber was für eine tierische Maloche das für die Kollegen bedeutet, das kann nur der beurteilen, der selber 8 Stunden am Tag in Opels Knochenmühle drinsteckt.

In dieser Abteilung arbeiten rund 60 Kollegen pro Schicht, davon die Hälfte Ausländer. Sie bauen die Roh-Karosserie zusammen. Seitenwände, Vorderbau und Rückwand werden über Förderer in Kopfhöhe angeliefert. An der ersten Station werden die Rohteile vom Förderer abgenommen und in die Rahmenvorrichtungen eingespannt, die auf dem Rundband mit dem bereits eingelegten Unterboden vorbeilaufen. An den folgenden Bandabschnitten werden sie dann zur Rohkarosserie zusammengeschweißt.

Die durchschnittliche Stückzahl hat sich im letzten Jahr von rund 580 auf 620 Wagen erhöht. Spitze im März: 637 Wagen! An bestimmten Arbeitsplätzen werden die Kollegen durch die mörderische Bandgeschwindigkeit gezwungen, mehr als 100% Leistung zu bringen. (Bei Opel heißt das ganz trocken: „Auslastung") Kann mensch sich das überhaupt vorstellen? 100% heißt doch totale Auslastung. Aber selbst das reicht den Opel-Profitmachern noch nicht aus. Dafür genehmigt Opel 5 Kollegen dann 2 zusätzliche Springerpausen, damit sie ihr Kreuz überhaupt mal wieder gerade richten können – wenn sie noch können!

Was erst recht kein Besucher von den begleitenden Werksführern erfährt, das sind die gesundheitlichen Folgen von dieser Knochenarbeit. Jeder, der in der Abteilung 3381 an den Schweißzangen arbeitet, muß voll die Schweißdämpfe einatmen. Es gibt keine Absaugvorrichtung! Lediglich ein Gebläse für Luft, das längst auf den Schrott gehört und nur die Schweißdämpfe gleichmäßig unter alle Kollegen verteilt. Auch das geplante neue Gebläse wird keine entscheidende Luftverbesserung bringen.

Fast jeder Kollege klagt infolge der Schweißdämpfe über Beschwerden an den Atemwegen und am Magen. Ein besonders krasser Fall war ein Kollege, der im Februar in die Abteilung 3381 umgesetzt wurde. Nach 3 Tagen wurde er vom werksärztlichen Dienst mit Magenschmerzen und Brechreiz zum Hausarzt geschickt. Er erklärte: „Die Arbeit kann ich nicht schaffen. Wenn ich gezwungen werde, weiter in dieser Abteilung zu arbeiten, dann nehme ich lieber meine Kündigung in Kauf." – Der Kollege ist bis heute nicht wieder aufgetaucht. Ein anderer Kollege, der erst seit einem Jahr in dieser Abteilung arbeitet, muß bereits wegen Magenschleimhautentzündung in ärztliche Behandlung gehen.

„Bei Opel gibt es weder im Preßwerk, noch im Rohbau, noch in der Lackiererei schwerste körperliche Arbeit im Sinne der Arbeitswissenschaft..." Das schrieb Bochums Personalchef Dr. Prein im Juli 1976. Er sollte mal eine Schicht lang bei den Einlegern in der Abteilung 3381 arbeiten!

Die beiden Kollegen, die den Vorderbau vom Förderer abheben und in den Rahmen einlegen, müssen weit über 600 Mal pro Schicht 15 kg heben. Das macht 180 Zentner pro Schicht! Die Kollegen, die jeweils zu zweit die Seitenwände vom Förderer heben, in den Rahmen einlegen und diesen dann zusammenschieben, bewegen rund einen Zentner pro Wagen. Also jeder fast 300 Zentner pro Schicht! Fast alle Einleger haben infolge dieser dauerr den körperlichen Schwerstarbeit Rückenbeschwerden, Kreuzschmerzen, kaputte Bandscheiben usw. – Letzte Woche mußte ein ausländischer Kollege aus dieser Abteilung mit Leistenbruch ins Krankenhaus. Eine besondere Schweinerei: früher waren an dieser Stelle 8 Kollegen eingesetzt. Dann kamen 1975 Opels Stopper – und es blieben nur noch 7 Kollegen übrig...

Wen wundert es, daß in Abteilung 3381 auch erhebliche Unfallgefahren bestehen? Fast täglich passiert es, daß eine Punktschweiß-Zange an den Karosserien hängenbleibt und mitgezogen wird. Dann verdreht sie sich und schleudert plötzlich heftig zurück, so daß die Kollegen blitzschnell reagieren müssen, um nicht voll getroffen zu werden. Dazu kommt: die Schweißzangen hängen so eng beieinander, daß mensch automatisch beim Punktschweißen die Nachbarzange 600 mal am Tag ins Kreuz kriegt.

Bei den Einlegern besteht erhöhte Unfallgefahr durch die scharfen Kanten der Blechteile, die an den Förder-Gehängen über ihren Köpfen ankommen. Kürzlich wurde einem Kollegen fast ein Ohr abgeschnitten! Einziger Unfallschutz: Helmpflicht für die Kollegen... Daß im Sommer unter dem Helm die Suppe nur so runterläuft, das interessiert die Unfallabteilung nicht. – „Ja, aber wir haben doch extra einen Ventilator über dem Band angebracht." – Der Ventilator bringt nur eines: dauernde Zugluft für die Kollegen. Also erhöhtes Gesundheitsrisiko. Wer aber bei Opel öfter krank wird, der weiß inzwischen, was ihm blüht: antreten auf Zimmer 6..., Kündigungsdrohung.

Die Anlernzeit ist wie überall in den Akkordabteilungen nur ein paar Stunden. Dann heißt es: volle Stückzahl bringen...

Die Knochenarbeit in der Abteilung 3381 wird von Opel – wie auch sonst in der Rohmontage – mit der erbärmlichen Lohngruppe 6–3 bezahlt. Das machte bisher (bei 109 % und durchschnittlicher Leistungszulage) 11,60 DM Stundenlohn. Aufgrund der prozentualen Lohnerhöhungen kommen diese Kollegen immer am schlechtesten weg. Sie kommen jetzt gerade auf 12,19 DM, also 59 Pfennig mehr!

Die Abteilung 3381 ist nur ein Beispiel von Hunderten. Überall ist im Betrieb die Arbeitshetze und der gesundheitliche Verschleiß unerträglich! Immer dringender stellt sich für uns alle die Frage: Was können wir dagegen tun? – Der einzelne kann sich gegen den Opel-Apparat allein nicht wehren. Auch die Hoffnung, die Betriebsratsexperten müßten was verändern, bringt uns nicht weiter. Wir brauchen Betriebsräte, die wissen: die einzige Sprache, die die Opel-Manager verstehen, ist der gemeinsame organisierte Widerstand der Kollegen. Bereits im November 1977 haben 12 Betriebsräte der „Liste für die Belegschaftsforderungen" ein Arbeitspapier vorgelegt, um den Kampf gegen die „Arbeitshetze und ihre Auswirkungen" zu diskutieren und anzupacken. Sorgen wir dafür, daß in den neuen Betriebsrat keine „Experten" kommen, die uns immer nur vorrechnen, daß alles stimmt, – sondern kämpferische Kollegen, die zusammen mit der ganzen Belegschaft Ernst machen mit unserer Forderung: Runter mit dem Arbeitstempo! Akkord ist Mord.

Kontakt: über Opel-Solidaritätskomitee, c/o ESG, Postfach 420 229, 4630 Bochum.

AM TAG, ALS DER OPEL BELLTE

BOCHUM **Aus der Diskussion der oppositionellen Gewerkschafter**

Bochumer Genoss(inn)en haben ein Interview mit Leuten aus der Gruppe oppositioneller Gewerkschafter (GOG) gemacht (s. auch ID 222 und 227).
Die GOG-Leute aus Bochum fragen sich, was verändert sich eigentlich im Betriebsalltag, wenn die Opposition bei den Betriebsratswahlen erfolgreich ist.

Strafbataillon Rummsbude

Am 2.11.77 wurde bei Opel Bochum ein Flugblatt mit dem Titel "Strafbataillon Rummsbude!" verteilt (Die Geschichte stand im ID 205). Hier das Interview:

„Wie ist das Problem ‚Rummsbude' aktuell geworden? Die Rummsbude ist eben ein ganz eklatantes Beispiel für besonderen Lärm, besondere Hetze, schwere körperliche Arbeit, und dann gibt es besonders zwei Stellen, wo die Meister eben unliebsame Leute hinstecken können; also so besonders gute Möglichkeiten für Vorgesetzte, aufsässige Leute oder Leute, die krankgewesen sind oder anders irgendwie aufgefallen sind, zu schikanieren. Das ist einmal die Waschmaschine, da werden also ölige Teile gewaschen und die müssen dann auf so ein Förderband gelegt werden, man muß sich da bücken und die Teile da drauf legen und am anderen Ende der Waschmaschine da müssen die heißen Teile wieder in eine Blechkiste geschmissen werden. Das geht unter ungeheurem Getöse vor sich und auch viel Schmier, viel Dreck und reichlich Hitze. Das ist also der eine Platz. Bei dem anderen müssen Teile, die noch heiß aus dem Lackbad kommen, abgenommen werden. Die Teile hängen an so Förderern, die auch nach verhältnismäßig kurzer Zeit schon dick voll Lack hängen, so daß das dann auch sehr schwer geht, die runter zu nehmen. Die müssen da 14 000 Teile in 8 Stunden abnehmen, da kommen ein Haufen Tonnen schon zusammen, und die sind wirklich geschafft, Selbst junge Kollegen, die sehr kräftig sind, sind da nach 8 Stunden total geschlaucht. Ich hab da mal mit 'nem jungen Kollegen gesprochen. Der sagte mir, am Anfang, als er das gesehen hätte, da hätte er gemeint, das sei gar nicht so schlimm. Aber nach einer Woche, da war erziemlich fertig und meinte, das sei ganz unmöglich, das auf die Dauer durchzuhalten.

Und das wissen eben auch die Vorgesetzten, daß diese Arbeitsplätze sehr schwer sind. Und die werden auch genau zur Einschüchterung benutzt. Wenn du freitags 'nen Urlaubsschein hast, bist du Montag an der Waschmaschine oder am Lackband. Das ist bekannt in der Abteilung. Das Flugblatt "Strafbataillon Rummsbude", das hat im ganzen Werk wie eine Bombe eingeschlagen, das kann man schon sagen. Nehmen wir mal das Beispiel von diesem Kolonnenführer, der sich da für 8 Groschen mehr als besonderer Antreiber erwiesen hat, der "Bello" genannt wird, und der vorher in der Abteilung schon immer mit bellen begrüßt wurde. Der wurde an dem Tag, an dem das Flugblatt erschien, von dem ganzen Werk schon morgens in der Kaue beim Umziehen mit einem Riesengebelle begrüßt. Das war also unwahrscheinlich ..., so daß also alle möglichen Kollegen gleich fragten, was denn da los war. Damit war dann die Sache praktisch werksbekannt.

Ein anderes Beispiel: Da stand ich mit einem anderen Kollegen aus der Rummsbude an der Kantine, da kam ein kleiner Spanier aus einer anderen Abteilung dazu und der haute den Kollegen an: "Du arbeiten auch in Strafbataillon? " Der kannte den gar nicht ...
An dem Tag war nur ein einziges Gesprächsthema:: Rummsbude. Auffällig war, daß man unheimlich fröhliche Gesichter bei den Kollegen sah ... man spürte so richtig, die Kollegen, die waren ein Stück frei, oder so sie hatten ein Stück Mutz und Kraft gewonnen und die Fronten waren sofort klar. Die Obermeister standen mit den Meistern und mit dem Kolonnenfüh-

rer in einer Ecke und diskutierten und die Kollegen standen in der anderen Ecke und grinsten die Vorgesetzten frech an.

Kannst du vielleicht noch mal kurz beschreiben, was in der Abteilung hergestellt wird, wer da arbeitet usw.

Das ist eine Abteilung, wo auf jeder Schicht etwa 80 Mann arbeiten. Es werden dort Kleinteile zusammengeschweißt, die zu Achsen gehören. Es sind Punktschweißarbeiten und CO2-Arbeiten dort zu machen; insgesamt eine sehr laute Abteilung wegen der Blechteile und auch eine sehr stinkige Abteilung. Es ist bekannt, daß gerade in diesen Abteilungen relativ viele ausländische Kollegen arbeiten und auch allgemein die geringsten Löhne bezahlt werden, das heißt so im Schnitt Lohngruppe 6/2 und 6/3, das macht so etwa 11,45 Mark bei 108% Akkord.

Es gibt doch in dieser Abteilung sicher auch eine IGM-Vertrauensleutestruktur. Wie sieht die aus? Ist darüber schon mal irgendwas an Verbesserungen oder so in der Abteilung gelaufen?

Ein Beispiel vielleicht: Wegen der besonders schlechten Luftbedingungen wird seit 15 Jahren eine Klimaanlage gefordert. Jetzt, nach 15 Jahren, haben sie die drei Seitenfenster klappbar gemacht, nachdem in den Sommermonaten schon mal so manches Teil durch die Fensterscheibe geflogen war, das führt jetzt dazu, daß das Klima zwar nicht verbessert worden ist, dafür gibt es Zugerscheinungen. Das übliche Vorgehen von den Gewerkschaftsfunktionären läuft eben so nach dem Stellvertreterprinzip. Die Kollegen wenden sich mit ihren Problemen an den Vertrauensmann, der sagt "Moment mal, ich weiß Bescheid, wer hier zuständiger Betriebsrat ist" oder holt den zuständigen Betriebsrat für Unfallangelegenheiten; und der sagt dann: Mensch Kollege, wir haben hier Gesetzte und so; ich will mal gucken, wir können ja mal 'nen Antrag stellen".Und dann berichtet er, nach einer Woche, daß der Antrag eingereicht ist, und nach fünf Wochen berichtet er, es werde jetzt eine Kostenrechnung gemacht, und nach einem halben Jahr ist dann der Antrag abgelehnt und dann wird ein Protest gemacht und dann wird noch mal eine Kostenrechnung gemacht, und nach fünf Jahren ist dann der Antrag endlich tot.

Und die Rummsbuden-Kollegen ...?

Sie hatten das Band abgestellt und haben miteinander geredet, und die Vorgesetzten haben sich nicht getraut, reinzugehen und zu sagen: "Was ist denn hier los? Nun macht mal ran!" Es war eine unheimliche Solidarität da und die hat bis heute angehalten, das kann man sagen.

Die kleinen Kämpfe ohne Stellvertreter

Was kannst du zur Wirkung des Flugblattes in der folgenden Zeit sagen?

Die Kollegen in der "Rummsbude" sind also durch diese Aktion und durch ihre Solidarität weiter als in anderen Abteilungen, insofern, daß sie alle rechtlichen Möglichkeiten, die sie haben oder wo sie noch nicht wissen, ob sie die haben, ausnutzten. Daß sie zumindest jetzt sagen: "Da muß der Arzt ran oder da muß der Sicherheitsbeauftragte ran! Da muß der zuständige Betriebsrat ran!" Jeder wird gefragt: "Ist das überhaupt erlaubt? Kann man das überhaupt machen? Überprüft das mal!" Also sie nutzen ihre rechtlichen Möglichkeiten bis zum Stehkragen aus. Das ist eigentlich eine unheimlich positive Erfahrung, weil das in jeder Abteilung noch nicht selbstverständlich ist. Und diese Abteilung, die Rummsbude, die ist jetzt genau an die Grenze gekommen und weiß jetzt etwas mehr, was hier eigentlich alles erlaubt ist, was alles gesetzlich legal ist, die ganze Scheiße ... Man kann jetzt öfter hören: "Mein Gott noch mal, das hätt ich nie geglaubt, daß das noch zulässig ist."
Auf der anderen Seite werden jetzt aber auch so Sachen abgestellt, die eigentlich nicht erlaubt waren, so Schüsse unter die Gürtellinie. Das nutzen sie also jetzt voll aus, so daß auch immer wieder kleine Erfolge dabei sind. Sie sind dauernd am wühlen und rühren und lassen nie locker, und das ist 'ne gute Sache. Die Meister haben versucht, mit zwei verschiedenen Methoden ihre Autorität wiederherzustellen: Einmal hat es Feiern gegeben, zu denen sie die Kollegen eingeladen haben, und auch viel spendiert haben. Aber als dann die Information rum ging, daß die Meister ab Januar alle hundert Mark mehr bekommen, war dieser Versuch, die Kollegen zu ködern, auch wieder im Eimer. Zum anderen versuchen sie es mit Einschüchterung. Kannst du noch mal Verbesserungen schildern, die schon erreicht werden konnten?

Kannst du noch mal Verbesserungen schildern, die schon erreicht werden konnten?

Es sind kleine, wirklich winzig kleine Kämpfe, z.B. am Lackband, das ist 'ne ganz kleine Sache nur, da ist 'ne Kiste, die steht da im Fahrweg drin und die Kollegen, die müssen die Teile da weiter schmeißen als es nötig wäre, und da ist ein Kampf geführt worden um diese Kiste, daß die da wegkommt. Das hat eine Woche gedauert, und dann war die Kiste weg. Das war nicht so eine besondere Sauerei, aber es ging hier wirklich um die Kiste, die mußte weg auf Biegen und Brechen und die ist weggekommen. Und das hat also den Kollegen auch Mut gemacht, jetzt an jeder Kleinigkeit weiterzukämpfen. Wir haben diese Geschichte mit der Kiste erreicht, dann ist ein Vorhang hingekommen wegen den fürchterlichen Gerüchen da, und es sind mehrere Aktionen dort gelaufen, wo die Kollegen dann so laut da protestiert haben, daß der Meister und der Obermeister sich selbst mit ans Band gestellt haben vor Angst, daß da irgendwas passieren könnte. Un der Vorarbeiter, dieser "Bello", der ist plötzlich ganz freundlich geworden und schimpft überhaupt nicht mehr.



Arbeitshetze und Verleumdungsanzeigen

Gegen die Verteiler und Verantwortlichen beim "Rummsbuden"-Flugblatt sind Strafanzeigen wegen Beledigung, Verleumdung usw. gestellt worden. Wie haben die Kollegen darauf reagiert?

Ich hab' das den Kollegen gezeigt, da wird also dieser Satz aus dem Flugblatt zitiert: "Wer sich gegen diese Ausbeutung wehrt, kriegt es in der Abteilung 2983 mit folgender Antreibermannschaft zu tun ..." Die Reaktion der Kollegen, die war also erst einmal ein unheimliches Erstaunen: „Wieso das denn? Darf man nicht mehr die Wahrheit sagen? Ist das verboten?" "Das ist ja schlimm hier," und so ... und dann wurde die Sache schon etwas politischer. Aber das ist dann nicht in Resignation umgeschlagen, sondern sie haben dann gemeinsam überlegt und auch mich gefragt, was man denn nun machen kann. Wir haben dann überlegt, wenn da nur Sachen drinstehen, die sich auch zugetragen haben, dann sollten das auch alle bestätigen können. Die Kollegen sagten selbstverständlich, und sie würden dann auch, wenn das zum Prozeß kommt, reihenweise vor Gericht marschieren und bezeugen, daß da nur die Wahrheit geschrieben wurden und kein Punkt mehr. Das war also 'ne unheimlich gute Reaktion da in der Abteilung. Und

die haben dann gleichzeitig überlegt: "Ja, wenn wir dann alle als Zeugen hingehen, dann können sie auch gleichzeitig nicht mehr produzieren. Das ist ja noch besser." Die haben die Sache also gleichzeitig noch als Kampfaktion gesehen.

Wie will die GOG jetzt weiterarbeiten in der Abteilung, daß das nicht wieder verpufft?

Wir müssen aufpassen, daß wir jetzt nicht so speziell Sachbearbeiter für die Rummsbude werden, sondern wir müssen sie einordnen in den gesamten Kampf gegen die Arbeitshetze. Das wird im Moment von uns angepackt. Und auch die 12 oppositionellen Betriebsräte haben ja jetzt so einen Vorstoß im Betriebsrat gemacht und als 1. Schritt ein Arbeitshetzepapier als Diskussionsgrundlage vorgelegt. Weiter wollen wir versuchen, andere Beispiele in Werk 1 zu finden, um da so was ähnliches zu machen."

Kontakt über Opel-Solidaritätskomitee, c/o ESG, Postfach 520220, 4630 Bochum.

Dort sind auch noch einige Exemplare des Arbeitshetze-Papiers zu erhalten, gegen DM 1,50 in Briefmarken.

ROTBUCH ZU DEN GEWERKSCHAFTSAUSSCHLÜSSEN

HAMBURG 2. Mai

Seit dem 1. Mai gibt es ein dickes Buch über die Unvereinbarkeitsbeschlüsse, die Ausschlußpraxis und die Repression innerhalb der DGB-Gewerkschaften.

Über Beginn, Verlauf und Ausmaß der Ausschlußpraktiken sind alle erreichbaren Quellen zusammengetragen. Die Fälle sind so ausgewählt, daß das ganze Spektrum heute im DGB üblicher Ausschlußgründe berücksichtigt ist: linke Kandidaturen zu Betriebsratswahlen, Widerstand gegen die Tarifpolitik der Vorstände, oppositionelle Vertrauensleute — oder Jugendarbeit, AKW-Gegnerschaft, Widerstand gegen die Satzungsänderungen oder Auflösung von Basisgremien, und so weiter.
Das Buch beginnt mit einem kurzen Rückblick auf die innergewerkschaftliche Repression in der Weimarer Republik und unter dem Faschismus und beschreibt dann die einzelnen Schritte des DGB nach dem Krieg bis zu den heutigen Regierungsgewerkschaften. Zu den Falldarstellungen gibt es für jede Einzelgewerkschaft eine einleitende Beschreibung des gewerkschaftspolitischen Hintergrund, deshalb auch für Leute, die sich nicht so gut auskennen, ganz gut zu lesen.
Die Arbeit wird dem Russell-Tribunal als Beweismaterial vorgelegt und enthält auch zwei juristische Gutachten, warum die Ausschlußpraktiken als Menschenrechtsverletzungen anzusehen sind.

Preis: 22 DM, erschienen im Verlag J. Reents, der auch den Arbeiterkampf herausgibt, Lerchenstraße 75, 2000 Hamburg 50

TÜRKENFEST GEGEN ABSCHIEBUNG

FRANKFURT 12. Mai

Um die ausländischen Arbeiter in Westdeutschland ist es still geworden. Seit den Streiks 1973, in denen viele Ausländer aktiv waren, seit der Polizeihubschrauber über den bestreikten Fordwerken kreiste, seit die Ausländer 1974 gegen die Kürzung des Kindergelds auf die Straße gingen, kam ein Angriff nach dem anderen.

Die Regierung setzte Anwerbestop und „Rotation" durch, das heißt, die Arbeitsbehörden handhaben die Arbeitserlaubnisse so, daß Ausländer nur wenige Jahre hierbleiben und zurückmüssen, bevor sie ihre Rechte kennen oder gar gebrauchen. Die faschistischen Schlägertrupps der „Grauen Wölfe" werden toleriert. Ausländer-Zuzugssperren wurden für solche Gebiete verfügt, wo bereits viele Ausländer wohnen. Die „Stichtagsregelung" für Familienangehörige (wer jetzt zuzieht, hat keinerlei Rechte) verweigert den ausländischen Jugendlichen Ausbildung und Arbeitsplatzerlaubnis, zwingt viele praktisch in die Kriminalität. Brauchen die Familien dann Sozialhilfe, werden sie ausgewiesen. Abgeschoben werden nicht nur die sogenannten Illegalen, also die Sklavenarbeiter vieler kleiner Unternehmer, sondern auch Ausländer, die irgendwas ausgefressen haben: darunter war auch schon ein Türke, der bei Rot durchgefahren war. Noch im Knast, ob Strafhaft oder Abschiebehaft, werden die Ausländer diskriminiert. Jetzt soll das politische Asylrecht nach Meinung aller Parteien eingeschränkt werden; strittig ist nur noch der genaue Umfang. Die Türken, heute die größte Gruppe unter den ausländischen Arbeitern, waren 1973/74 mit am kämpferischsten. Nach dem Fordstreik waren sie das Hauptziel der Säuberung. Bei ihnen gab es aber auch ein paar Erfolge in dieser Zeit der augenscheinlichen Friedhofsruhe. 1975/76 streikten die Arbeiterinnen und Arbeiter der Strumpffabrik Eles in Taunusstein bei Wiesbaden (darunter viele Türken) gegen einen brutalen Unternehmer und bekamen ihr primitivstes Recht, den Tariflohn (wobei nicht verschwiegen werden soll, daß der Betrieb bald hinterher stillgelegt wurde). 1976 wurde Baha Targün, dem angeblichen Rädelsführer des Ford-Streiks, politisches Asyl gewährt. Er sitzt zwar in einem westdeutschen Knast, braucht ihn aber anschließend nicht mit einem türkischen zu vertauschen, und der Unterschied ist halt nicht ganz bedeutungslos. Und letztes Jahr wurde die Föderation türkischer Arbeitsvereine gegründet, die vom DGB als kommunistisch (von anderen Türkengruppen als sozialdemokratisch) abgelehnt wird, und die jedenfalls dafür sorgt, daß die Zeitungen das Schulproblem der Ausländerkinder einfach nicht mehr verschweigen können.

Ein Ausweisungsantrag läuft jetzt auch gegen Hasan Töreyen (s. ID 215), der im Eles-Streik einer der aktivsten und besonnensten Streikposten der IG Textil war. Er hat einen Streikbrecher, der ihn provoziert hatte, angeschossen. In der Gerichtsverhandlung sagte sogar der zuständige Gewerkschaftssekretär, daß jeder von den türkischen Arbeitern in dieser Situation so hätte handeln können. Keiner wird Hasan al[s] Bilderbuch-Märtyrer bezeichnen; er ist auch kein „prominenter" Gefangener. Aber sein Schicksal ist umso typischer für das, was einem türkischen Arbeiter hier passieren kann, wenn er sich nicht unterkriegen läßt: nach dem Streik war er maßlos enttäuscht von der Gewerkschaft; dann kam die Schießerei, der Knast; mit anderen türkischen Gefangenen machte er einen Hungerstreik gegen das Fressen im Knast; ein rassistisches Urteil verknackte ihn zu viereinhalb Jahren; jetzt droht ihm die Ausweisung — und in der Türkei eventuell noch die Rache des dortigen Justizapparates, vielleicht wegen „Verletzung der Ehre der Türkei"?

Die Zeitungen, gewerkschaftlich oder links oder liberal, waren damals voll der Anerkennung über die Eles-Streiker. Linke Gruppen machten für Hasan noch eine Solidaritätskampagne, als er in den Knast kam. Aber heute, nach über zwei Jahren? Ein Versuch, das Schweigen zu brechen: die Initiative gegen Abschiebung (dabei sind u.a. Jakob Moneta, früher Redakteur der „Metall"-Zeitung, Jürgen Roth, der eben bei Rowohlt ein Kurden-Buch herausgegeben hat, sowie vom Türkischen Arbeiterverein Hıdır Aslan, Nevsat Karacan, Kamil Özkan und Kamil Taylan) macht am Samstag, 27. Mai um 19 Uhr im Frankfurter DGB-Haus ein Türkenfest gegen Abschiebung. Da wird ein Film von Yilmaz

Güney gezeigt: „Elegie" (Agit). Er handelt vom Kampf der Schmugglerbanden untereinander und mit der Gendarmerie im türkischen Bergland. Der Regisseur und Hauptdarsteller, Güney, war übrigens unter den reaktionären Regierungen der Türkei mehrmals im Gefängnis. Zuletzt war ihm vorgeworfen worden, im Lauf einer Schießerei einen rechtsextremistischen Richter getötet zu haben, obwohl sich der wirkliche Täter bereits der Polizei gestellt hatte. – Der Film hat deutsche Untertitel. Türkische und kurdische Sänger (Silvan und Ercan) und eine türkische Volkstanzgruppe werden kommen. Die Abschiebungspraxis, die Verschärfung des Asylrechts, die Diskriminierung der gefangenen Ausländer und der Fall Hasan Töreyen werden von „Amnesty international" und von türkischen Kollegen behandelt.

Alle türkischen Familien im Rhein-Main-Gebiet sind eingeladen; natürlich auch die anderen Ausländer und die Deutschen.

Kontakt über: *Eles-Solidaritätskomitee, c/o Gerd Müller, Bornheimer Landstr. 58, Tel. 0611/49 37 88. Spendenkonto für Hasan Töreyen: G. Müller, 84533161/01 Dresdner Bank Frankfurt, Stichwort: Hasan-Solidarität.*
Nochmals der Termin: 27. Mai, 19 Uhr, DGB-Haus Frankfurt.

ALTERNATIVES UMWELTFESTIVAL VOM 4. JUNI – 16. JULI 78

WESTBERLIN 10. Mai Viele Leute aus Berlin haben sich im vergangenen Jahr an den Demonstrationen gegen die Kernkraftwerke in der BRD beteiligt. In Berlin selbst haben wir den Bau des Kernkraftwerkes Oberhavel verhindern können. Daneben beginnen wir neue Formen des Protestes und des Widerstandes zu entwickeln (Stromrechnungsboykott). Die Kritik an der Energieverschwendungspolitik des Berliner Senats führte auch schon zu konkreten und handhabbaren Gegenvorschlägen (so die Vorschläge des Wissenschaftszentrums Berlin). An diesem Punkt wollen wir weitermachen: Das Umweltfestival Berlin '78 soll konkrete Alternativen, mögliche Wegweiser aus den Zwängen der großtechnologischen Zivilisation aufzeigen. Das Festival wird am 5. Juni – Tag des Umweltschutzes mit einem großen Fahrradkorso beginnen. Es ist uns gelungen, für das Festival die Oktoberwiesen hinter der Deutschlandhalle, ein Gelände von rund 10.000 qm zu mieten.

Im Mittelpunkt des sechswöchigen Festivals steht die Ausstellung "Umdenken – Umschwenken" die von den beiden Züricher Hochschulen geschaffen, seit 1974 in mehreren Städten der Schweiz, Österreichs und der BRD gezeigt und jetzt von uns aktualisiert und auf die Berliner Verhältnisse zugeschnitten wurde.

Aber wir planen keine totale Ausstellung, die die Besucher mit Schautafeln und Informationen überfordert, sondern auf den Wiesen soll genügend Raum gegeben sein, eigene Aktivitäten zu entfalten und einmal Erfahrung mit alternativer Technologie zu machen.

Jedermann, jedefrau, jung und alt wird sich an der Herstellung von Windrädern, Metangasanlagen, Altpapier- und an Experimenten mit Sonnenkollektoren beteiligen können bzw. sich mit deren Umgang vertraut machen.

Aber nicht nur alternative Technologien werden dargestellt und erprobt: Die Gruppe "Gesundheitsbereich" wird z.B. einfache, aber nützliche Untersuchungen (Puls, Blutdruck, Selbstuntersuchung für Frauen) darstellen sowie über therapeutische Mittel von Kräutern über Massage bis hin zur Akupressur informieren und zu deren Anwendung anregen; die Ernährungsgruppe lädt zu makrobiotischen Kochkursen ein; die Architekten werden u.a. nützliche Handwerkertips geben (z.B. die billige und selbst durchführbare Isolierung einer Außenwand); die Gruppe Recycling demonstriert die Wiederverwertung von "Abfällen", usw. usf.

Neben diesen Möglichkeiten praktischer Beteiligung finden außerdem auf den Wiesen Diskussionsabende, Dia- und Filmvorführungen sowie Schwoofabende bei heißer Musik statt. Im Moment suchen wir noch paar Musikgruppen, die nicht nur Rock sondern auch gängige Tanzmusik spielen können, denn es ist schon jetzt abzusehen, daß ein sehr breites Publikumsspektrum auf das Fest kommen wird und das wollen wir auch.

Außerdem rufen wir euch auf, uns bei der Vorbereitung des Festivals tatkräftig zu unterstützen. Wir, das sind im Umweltsch(m)utz engagierte Einzelpersonen und Mitglieder aus Berliner Bürgerinitiativen. Wir haben Theater- und Musikgruppen sowie Laienkünstler aufgefordert, die Thematik des Festivals aufzugreifen; wir sind in Schulen gegangen und haben naturwissenschaftliche Lehrer-innen angeregt, sich mit einem Projekt mit ihren Klassen am Festival zu beteiligen. Jetzt brauchen wir noch Leute, die Lust zu handwerklicher Arbeit haben und die ihre Ideen in die verschiedenen, unten aufgeführten Gruppen eintragen und auch praktisch umsetzen wollen.

Und nicht zuletzt kostet ein solches Festival Geld: für die Miete der Wiesen, für das umfangreiche Material, das wir benötigen werden usw.

Kontaktadresse: Fabrik für Kultur, Sport und Handwerk, Kurfürstenstr. 14, 1000 Berlin 30, Tel. 030/261 2487

PRÜGELORDNER BEIM FESTIVAL DER POLITISCHEN DEBATTE

HAMBURG 17. Mai *Die 'Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend' (SDAJ), die Jugendorganisation der DKP, veranstaltete über Pfingsten in Dortmund ein Festival der Jugend, bei dem kein Thema tabu sein sollte. So jedenfalls stand es im Programmheft. In einer Presseerklärung berichten Betroffene, wie sie von den Ordnern der SDAJ behandelt wurden:*

Am Pfingstsonnabend hatte Ulrich vor der Westfalenhalle die Zeitungen des Kommunistischen Bund (KB) "Arbeiterkampf" und "Rebell" verkauft. Ohne jegliche Vorwarnung wurde er von 10 Ordnern von hinten überfallen und an den Haaren 50 Meter weit weggeschleift. Jedes mal, wenn er um Hilfe schrie, bekam er einen Faustschlag ins Gesicht – im Krankenhaus wurde eine Schädelprellung festgestellt. Wir haben dann am Pfingstsonntag ein Flugblatt verteilt, in dem wir gegen die Ordnerüberfälle als Form der politischen "Auseinandersetzung" protestierten. Dies war offensichtlich erst recht nicht nach dem Geschmack der SDAJ-Festivalmacher, die ihr Publikum nicht mit solchen Fragen konfrontiert sehen wollten.

Obwohl wir diesmal zusammen mit anderen Jugendlichen extra außerhalb des Veranstaltungsgeländes verteilten, erlebten wir einen Ordnerüberfall, der die Ereignisse vom Vortage noch übertraf. Acht stämmige Ordner kamen auf uns zu, rissen die Flugblätter aus den Händen und schlugen sofort ohne jede Hemmung auf uns ein. Bernd wurde auf die Straße gestossen – ein Auto konnte gerade noch stoppen. Als er am Boden lag, zertrat ihm ein Ordner seine Brille im Gesicht. Man kann von Glück sagen, daß es bei Schnittverletzungen und einer Schädelprellung geblieben ist.

Jutta, die diesen Überfall photografierte, wurde brutal ins Gesicht geschlagen. Die Folgen: Prellungen im Gesicht und innere Nasenverletzungen. Als sie am Boden lag, versuchte einer der Ordner ihr den Photoapparat zu entreißen. Auch Jutta und Bernd mußten im Krankenhaus behandelt werden.

Besonders makaber ist, daß die SDAJ-Schläger uns als "Faschisten" beschimpften. Am Pfingstsonnabend nämlich veranstaltete die NPD eine Kundgebung gegen das SDAJ-Festival unter dem Motto: "Mauermörder raus aus Dortmund". 36 Organisationen beteiligten sich an einer antifaschistischen Aktion hiergegen — wer fehlte? ...... SDAJ und DKP!

TREFFEN IN TUNIX — EIN (VIDEO-)REISEBERICHT

WESTBERLIN 1.Mai *Von der Medienoperative Berlin:* Vom 27. - 29.1.78 fand in West-Berlin ein Treffen statt — wie es im Programm hieß — „aller Freaks, Freunde und Genossen, denen es stinkt in unserem Lande". Zehntausende hatten sich auf die Reise nach TUNIX begeben (s. ID 215). Die VIDEO-TUWAS-AG hat nun endlich den „REISEBERICHT" fertiggestellt. Wie kam es dazu?

KOOPERATIVE ARBEIT DER VIDEO-TUWAS-AG

Auch Video-Gruppen kamen nach TUNIX: aus Dortmund, Köln, Marburg, Hamburg, Berlin und anderswo. So organisiert unorganisiert TUNIX verlief, so auch der Video-Einsatz bei TUNIX. Einen Tag vor Beginn bildeten Berliner Gruppen die VIDEO-TUWAS-AG mit dem Ziel, Videobänder vorzuführen und TUNIX zu dokumentieren. Die angereisten Video-Gruppen arbeiteten in der TUWAS-AG mit, gemeinsam wurden die mitgebrachten Geräte und Bänder genutzt. Zur Aufzeichnung der zentralen Veranstaltungen wurden Teams gebildet, die sich oftmals vorher nicht kannten. Derart wurden ca. 15 Stunden per Video aufgenommen — nur ein kleiner Teil der großen und kleinen, geplanten und spontanen Musik-, Theater- und Redebeiträge. Aus diesem Material (plus Fernsehbeiträgen über TUNIX) schnitten zwei Berliner Gruppen das Band „TREFFEN IN TUNIX — EIN REISEBERICHT" zusammen.

Bei diesem Bericht wurde viel Wert gelegt auf die Darstellung der Erwartungen, Eindrücke und Kritik der Teilnehmer, aber auch der Veranstalter. Aus der Vielzahl der Veranstaltungen bei TUNIX wurden nur einige zusammenfassend dokumentiert (beispielsweise:„Die tausendfache Angst wird tausendfach bewacht" — über das Verhältnis der Linken zum Staat und die Reaktion des Staates auf die Linke; „Die Theorie von den zwei Kulturen" — daraus die Auseinandersetzung über Gewalt; „Linke Tageszeitung für die BRD und Westberlin"; Anti-AKW- und Ökologiebewegung).

REISEBERICHT ALS DISKUSSIONSGRUNDLAGE

Mit dem „Reisebericht TREFFEN IN TUNIX" wollen wir die Vielfältigkeit und Widersprüchlichkeit, das Spektrum von Impressionen und Einschätzungen, die zusammen erst TUNIX ausmachen, wiedergeben. Ein Reisebericht kann und soll nicht die Teilnahme, die individuellen Eindrücke ersetzen. Viele haben an diesem Bericht mitgewirkt. Durch das Auge der Kamera haben viele gesehen. Eine einheitliche Bewertung von TUNIX ist mit diesem Reisebericht nicht bezweckt. Wir wollen nicht nach Fernsehmanier dem passiven Nur-Zuschauer unkontrollierbar die Meinung des Produzenten aufdrängen, wollen niemandem das eigene Urteilen abnehmen. Im Gegenteil: Wir wollen — gerade auch denen, die TUNIX gar nicht oder anders erlebt haben — eine Grundlage geben, sich über TUNIX und das Spektrum „undogmatische Linke" Gedanken zu machen. Der Video-Film liegt nach Diskussionen mit Teilnehmern und Nichtteilnehmern an der Reise nach TUNIX in der zweiten veränderten Fassung vor.

VERLEIH

Kopien können/sollen ausgeliehen werden. Anfragen an: medienoperative Berlin e.v., Pallasstr. 8/9, 1000 Berlin 30. Länge und Abspielmöglichkeit: Der Video-Film ist 63 Minuten lang, kopiert auf zwei halbstündige 1/2 Zoll-high density-Video-Bänder und über Fernsehgerät abspielbar. Zur Presseberichterstattung über TUNIX wird noch ein Video-Band erstellt. Außerdem ist noch nicht verwandtes Original-Material zu verschiedenen TUNIX-Veranstaltungen vorhanden.

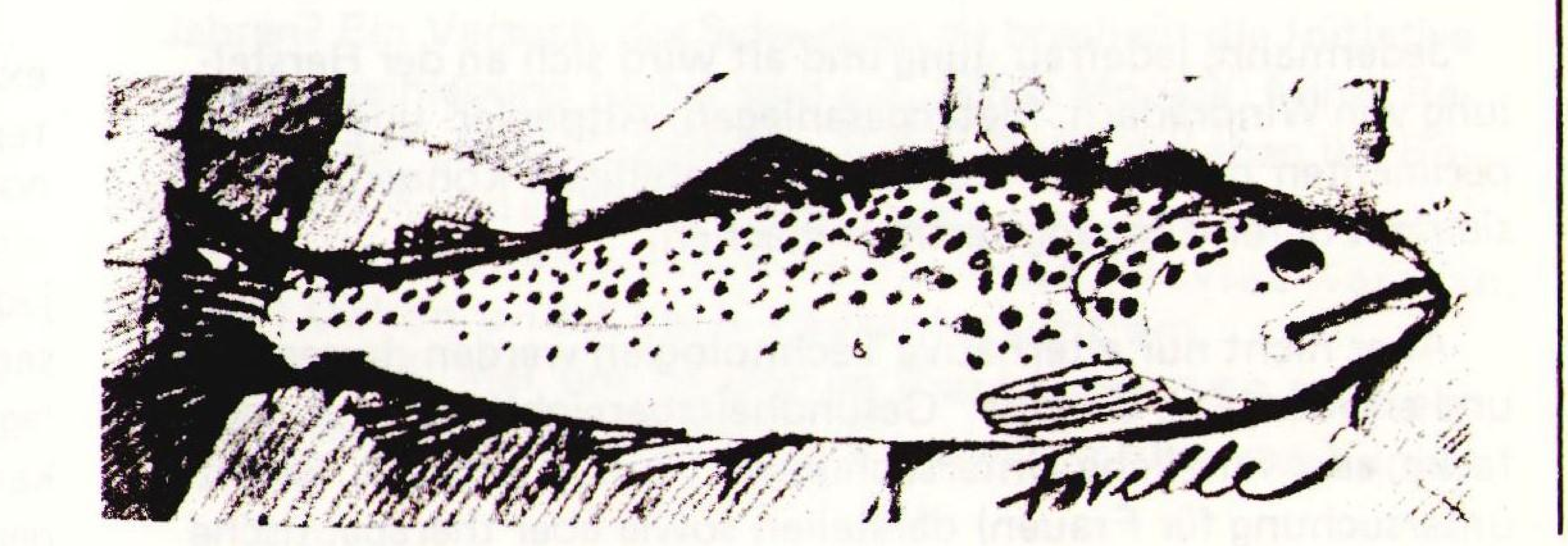
'SUMPFBLÜTE', BOCHUMER ZEITUNG

BOCHUM 2.5.78 *Aus Bochum erhielten wir folgenden Brief:* Hiermit geben wir kund und zu wissen, daß der Familie der "Alternativ-Blätter" ein neuer Sproß geboren wurde: die SUMPFBLÜTE. Wir versuchen mit dieser Zeitung, im Bochumer 'Sumpf' — und darüber hinaus — das zu Papier und unter die Leute zu bringen, was die Szene bewegt (oder bewegen sollte). Die SUMPFBLÜTE ist kein Volksblatt. Wir wollen mit der Zeitung dazu beitragen, innerhalb der Linken Diskussionen in Gang zu setzen, wollen helfen, Infos zu verbreiten (die berühmten 'unterbliebenen Nachrichten') und alternative Praxismodelle vorstellen und diskutieren. Wenn es uns gelingt, das auch über den Bochumer Rahmen hinaus zu tun, hoffen wir damit etwas gegen die Lokalborniertheit von Gruppen und Individuen hier im Ruhrgebiet tun zu können.

Entstanden ist die Zeitung hier im letzten, im 'deutschen' Herbst, die erste Nummer stand unter der Parole "Die Trauer um die ermordeten Genossen zur revolutionären Kraft zu machen, das ist unser Ziel". Im Mai ist die sechste Nummer erschienen. Wir hatten und haben Schwierigkeiten, eine "Konzeption" für die Zeitung zu entwickeln und zu realisieren, besonders deshalb, weil die Resonanz der trägen Szene sehr zu wünschen übrigläßt — die politische Trost- und Initiativlosigkeit der Bochumer Linken schlägt sich notgedrungen in der Zeitung nieder. Wir haben unseren Stein der Weisen noch nicht gefunden, aber wir haben angefangen zu suchen! Über das wie, warum und für wen der Zeitung gibt es für uns immer noch mehr Fragen als Antworten, aber wir sind sicher, die Antworten nur zu finden, wenn wir weitermachen.

Wir fänden's schön, wenn die Kollegen von den anderen Blättchen uns mit Einladungen zu nationalen und regionalen Zeitungstreffs bedenken würden (auch sonstige Einladungen sind immer willkommen!) Die SUMPFBLÜTE erscheint jeweils am Monatsanfang, ist zwischen 20 und 32 Seiten stark und kostet DM 1.--.

Redaktion SUMPFBLÜTE, c/o Politische Buchhandlung, PF 1942, Im Westenfeld 22, 4630 Bochum 1



TRANSPARENT AM HOCHHAUS – AKTION AM 1. MAI

WEST-BERLIN
11. Mai

Auf einem Foto, das an uns geschickt wurde (mit dem Absender: Bergsteigerverein – Berlin), ist ein langes, dünnes Transparent zu erkennen, das aus einem der obersten Stockwerke eines Hochhauses gehängt wurde und erst neun Stockwerke weiter unten aufhört. Leider ist das Foto für den Druck nicht geeignet. Daher hier nur der Text eines Flugblattes zur Aktion, der von einem Arbeitslosen, einem Lehrling, einem Studenten und drei Arbeitern unterzeichnet ist.

„Einheitliches Polizeigesetz, Razziengesetze, Notstandsgesetze, Vergewaltigung und Repression gegen Frauen (§ 218), Kriminalisierung von AKW-Gegnern usw. usw. Das alles ist zum Heulen, am liebsten würde mensch sich verkriechen, nichts mehr hören, riechen, schmecken, sehen. Unsere Kinder werden in der Schule zu Duckmäusern erzogen.

So geht es nicht weiter! Deshalb haben wir unseren Mut zusammengepackt und den Kreisel verschönert: „WER SICH NICHT WEHRT, LEBT VERKEHRT! 1. Mai". Dieses Transparent haben wir aufgehangen, um zu zeigen, daß wir diese Entwicklung nicht unwidersprochen hinnehmen werden, auch wenn dies nicht immer legal möglich sein wird. Und ist unser Transparent auch nicht besonders gut lesbar gewesen, so hat diese Aktion hoffentlich nicht nur uns Selbstvertrauen gegeben. Das nächste mal klappt's besser! Die Prügeleien und Verhaftungen der Bullen auf der 1.Mai-Demonstration haben uns bestätigt – Widerstand tut Not!

„Es gibt nichts Gutes, es sei denn man tut es."(Erich Kästner)"

EIN SCHWARZER SARG AUF DEM KRIEGERDENKMAL

SIEGBURG
11. Mai

Am 13. April, an dem Tag, an dem das Bundesverfassungsgericht in Sachen Kriegsdienstverweigerung urteilte, gelang es ein paar Leuten, auf dem schönen Kriegerdenkmal in Siegburg einen schönen schwarzen Sarg, in dem in einer Spontandemo vorher der Artikel 4, Absatz 3, Grundgesetz zu Grabe getragen wurde, zu plazieren. Die Polizei benachrichtige die Feuerwehr um den Warg aus über 3 Meter Höhe zu entfernen. Die Deutsche Friedensgesellschaft/ Verband der Kriegsdienstverweigerer soll nun für die Feuerwehrkosten aufkommen un und 100 DM bezahlen.

DEMONSTRATION ZUR FUSSBALL–WELTMEISTERSCHAFT IN ARGENTINIEN: FOLTER NEIN – FUSSBALL NAJA . . .

FRANKFURT
17. Mai

Das Austragungsland der 11. Fußballweltmeisterschaft vom 1. – 25. Juni, Argentinien, wird von einer faschistischen Militärdiktatur beherrscht, der jedes Mittel staatlichen Terrors zur Unterdrückung von Widerstand recht ist. Zehntausende von Menschen wurden und werden ermordet, verschleppt, gefoltert.

Doch der Chef des "Deutschen Fußball-Bundes" (DFB), Herrmann Neuberger, reichte gebeugten Hauptes dem argentinischen Ober–Gorilla, General Jorge Videla die Hand und Bundestrainer Helmut Schön bemerkte ebenfalls aber auch rein gar nichts von irgendeiner "Militärdiktatur".

Angesichts der zu erwartenden Fußball-WM-"Gleichschaltung" im Juni ruft der ASTA der Uni Frankfurt zusammen mit SB, KB, Naturfreundejugend Hessen, Lateinamerik. Studentenverband (AELA), Grüne Liste Ffm. u.a. Gruppen zu einer Demonstration gegen die propagandistische Ausschlachtung der Fußball-Show für das Folter-Regime auf.

Bringt Fußbälle mit, zieht euch Sträflingshemden über, fesselt eure Hände, verkleidet euch als "Sicherheitsexperten", laßt euch sonst was einfallen !

DEMONSTRATION: SAMSTAG, 27. Mai, 11.30 h BERTRAMS–WIESE / HESSISCHER FUNDFUNK (Nähe U–Bahnhof "Dornbusch")

HOPPLA, MEIN WEHRPASS BRENNT

WINTERSWEILER
17. Mai

Nachfolgend veröffentlichen wir einen Aufruf, der sich an alle Wehrpassverbrenner richtet:

"Wir, das sind 8 Wehrpassverbrenner, die eine Erklärung unterschrieben haben, wurden etliche Tage nach der Verbrennung auf das Kreiswehrersatzamt zitiert zwecks Wehrüberwachung. Dort wurden wir freundlich darauf hingewiesen, daß das Vernichten von Wehrpässen verboten sei (Zitat eines Kreiswehrersatzamtmenschen "hegen und pflegen") und das wir nun mit einem Bußgeldbescheid zu rechnen hätten. So weit so gut, damit hatten wir ja gerechnet.

Letzte Woche bekamen wir nun alle eine nette Einladung der Kripo Lörrach doch mal vorzusprechen. Im Gespräch mit der Kripo erfuhren wir,daß diese von der Staatsanwaltschaft beauftragt wurde, Ermittlungen in Sachen Wehrpassverbrennung anzustellen. Bei näherem Nachfragen erfuhren wir, daß das Bundesverfassungsgericht, dem wir die Asche der Wehrpässe zusandten, Anzeige gegen uns erstattete. Dies ist nun der Stand der Dinge.
Uns würde nun interessieren, wer ähnliche Erfahrungen mit der "allmächtigen Staatsgewalt" gemacht hat, um notwendige Schritte, uns gegen diese zu wehren, zu koordinieren.
Alles liebe Marc"

Kontakt: Marc Linke / Hoppla mei Wehrpass brennt, H. Dorfstr. 19, 7859 Wintersweiler

SAUEREI! BERLINER KINDER DÜRFEN NICHT VERREISEN

WESTBERLIN
16. Mai

Von den Berliner Sonderprojekten:

Wir sind Kinder, Eltern und Mitarbeiter der Westberliner Sonderprojekte. Uns gibt es in Stadtteilen, wo Kinder von der Gesellschaft besonders vernachlässigt werden.
Die jährlich stattfindenden Sommerreisen sind für uns sehr wichtig, weil die Kinder

– endlich mal aus Berlin rauskommen
– gemeinsam was Neues kennenlernen
– die Reise selbstverantwortlich mit den Betreuern planen können

Jedes Jahr wirft uns der Senat Prügel zwischen die Beine – er knausert mit den Reisegeldern. Letztes Jahr bekamen wir erst nach langen Auseinandersetzungen mit den Senatsvertretern und dem Lottobeirat – durch Presseerklärungen, Rund-

funksendungen und Protestaktionen mit Kindern, Eltern und Betreuern einen Teil der geforderten Mittel bewilligt: Gelder in Höhe von 140.000 ,-- DM!

Und dieses Jahr? — Das Abgeordnetenhaus hat zwar auf unsere Forderung hin eine feste Haushaltsstelle für Ferienreisen eingerichtet. Aber was nützt uns das, wenn es nur 75.000,-- DM jährlich sind! Der Senat gibt selber zu, daß mit diesem Geld nur knapp die Hälfte der Projekte verreisen kann. Die andere Hälfte soll nächstes Jahr wegfahren — es muß ja nicht jedes Jahr verreist werden! Was der Senat nicht zahlen will, das sollen die Eltern zahlen — dabei sind viele der Eltern Sozialhilfeempfänger. Sollen ihre Kinder zuhause bleiben?

DAGEGEN WEHREN WIR UNS!

Der Senat sagt: Versucht die fehlenden Gelder von Jugend- und Wohlfahrtsverbänden zu bekommen. Wir finden, es ist Sache des Senats, die Ferienreisen "seiner" Sonderprojekte zu finanzieren. Außerdem: Wie sollen wir ohne finanzielle Sicherheit Ferienhäuser buchen?

Schon 1977 gab es im Vergleich zu 1976 pro Person und Tag im Durchschnitt 2.-- DM weniger — und das bei steigenden Preisen für Fahrtkosten, Unterkunft, Verpflegung und Spielmaterial — unbezahlte Mehrarbeit der Betreuer nicht eingeschlossen.

D.h. Der Senat spart mal wieder an der falschen Stelle!! Die Ausrede, es sei kein Geld da, lassen wir nicht gelten, denn

DER SENAT PLANT DIE EINRICHTUNG VON 800 NEUEN STELLEN BEI DER POLIZEI (das sind jährlich 24 Millionen Mehrausgabe) DER SENAT SUBVENTIONIERT KLEIN– UND MITTELBETRIEBE (mit 16 Mio DM jährlich). DER SENAT BAUT EIN INTERNATIONALES KONGRESSZEN–TRUM (das sind 7 55 Mio Baukosten und 29 Mio Unterhaltskosten).

Der Senat hat Geld !!!

Wir sehen nicht ein, daß sich die Sparmaßnahmen wieder mal gegen diejenigen richten, die sozial sowieso schon benachteiligt sind!

WIR FORDERN DEN SENAT AUF, DIE FERIENREISEN 1978 FÜR ALLE SONDERPROJEKTE ZU FINANZIEREN!

ALLE 400 KINDER MÜSSEN MIT IHREN BETREUERN VERREISEN KÖNNEN !

WIR FORDERN DESHALB VOM SENAT REISEGELDER IN HÖHE VON 256.000,-- DM (entsprechend unseren Anträgen) !

Wir bitten euch alle, unsere Forderung durch eure Unterschrift auf den Unterschriftlisten zu unterstützen!

Eltern, Kinder und Betreuer der Westberliner Sonderprojekte

Noch was: Öffentlichkeitsarbeit kostet Geld. Helft mit Spenden!

Spendenkonto: EKSG "Till Eulenspiegel / Kette e.V." Postscheckamt Bln W Kontonr. 19918-105 (wir stellen gerne eine Spendenbescheinigung fürs Finanzamt aus)

KRACH UM ABITURSFEIER

MÜNSTER 4. Mai

Von einem Schüler aus Münster:

Wir von der Oberstufe am Pascal-Gymnasium machen jetzt Abitur und sollen am 15 Juni unser ‚Zeugnis der Reife' bekommen. (Die Früchte sind reif, bald platzen sie!) Vorbereitungen für eine Abiturfeier sollen von uns Schülern getroffen und durchgeführt werden. (Wir sollen unsere eigene Rückgratentnahme feiern. Einer meinte sogar, ihm komme das vor, als wenn KZ-Häftlinge eine Feier im KZ starten sollten. Ich find's zwar übertrieben, aber teilweise...) Na, jedenfalls wurde es einigen Mitschülern erst so richtig bewußt, was alles gelaufen ist bis zum Abi: Das Abtreten von ungefähr 15 Leuten (gemeint sind die Schüler, die die sogenannten Lernziele nicht geschafft haben, oder keine Lust mehr hatten, jeden Tag dieses scheiß-Leistungs- und Konkurrenzsystem, unsere (Ver-)Bildung, jeden Morgen steht der (Zirkus-)Direktor um 7.50 Uhr vor dem Schuleingang, um zu spät kommende Schüler in Empfang zu nehmen. Ein Oberstufler hängte als Einzelkämpfer ein Plakat ans ‚Schwarze Brett' und forderte eine Diskussion über unseren Schulalltag, das Lehrer-Schülerverhältnis, usw. Es bildeten sich dann zwei Interessengruppen unter den Schülern (Spaltung), die eine, die voll hinter einer offiziellen Feier im Rahmen des Schulgebäudes steht, also mit Lehrern, Eltern, Direktor und neuem Kleid, Friseurbesuch usw. und einem Eintrittspreis, der einen Profit erbringen soll und der widerum dem Biologieunterricht zur Verfügung gestellt werden soll. (Der Vorschlag kam übrigens von Biologielehrern, von wem auch sonst.) Auf der anderen Seite die Gruppe, die eine ‚Alternativfete' außerhalb der Schule mit den Jahrgangsstufen 10,11,12 und 13, ohne Lehrer, Eltern und Direktor, parallel zur offiziellen Abi-Feier machen will und 3 Tage vorher eine Diskussion, bzw. ein brain-storming über unser Schulsystem, bzw. über dessen gesellschaftlichen Zusammenhang. Diese Alternativgruppe setzte sich aus Leuten mit sehr unterschiedlichen Zielen zusammen. Der eine wollte die offizielle Feier unbedingt verhindern, eine Feier dürfe auf keinen Fall stattfinden, nach dem Erlebten, notfalls mit Stinkbomben (sieh da, ein potentieller Terrorist). Andere wollten nur ne Fete, dann einer nur ne Diskussion. Jedenfalls hatten wir uns dann auf eine Diskussion 3 Tage vor der Abifeier und parallel zur Abifeier eine Alternativfete geeinigt. Wir gaben bis jetzt zwei Flugblätter raus, die wir aus Angst vor Repressalien (berechtigterweise, wie sich später herausstellte) von einem Außenstehenden unterschreiben ließen. Ein Mädchen (Sympathisantin der Konservativen) nämlich war zu einem Treff der Alternativen gekommen und versuchte die Gruppe dazu zu bewegen, ‚innerhalb der bestehenden Ordnung' die Veranstaltung (Abifeier) mit durchzuführen! Sie erschrak sehr, als in der Diskussion die Sache mit der Stinkbombe angesprochen wurde. Dieses Mädchen glaubte jedenfalls, mensch könne mit den Lehrern und den Leuten innerhalb des Systems reden. In einer Deutschstunde sprach sie die Abiturfeier an und sagte, daß sie ja auch für eine offizielle Feier wäre, aber sie könne die Leute verstehen, die die Schule Scheiße fänden und die Abiturfeier ablehnten. Daraufhin wurde ihr von der Deutschlehrerin klargemacht, was Meinungsfreiheit und Freiheit überhaupt in unserem Lande für einen Stellenwert haben — sie drohte dem Mädchen mit einer Anzeige wegen ‚Verleumdung' der Schule. Die Klage wurde, nachdem das Mädchen total schockiert war, nach ausgeweintem Ärger und weiterhin nach einem Gespräch mit dem Stufenleiter und der Deutschlehrerin von der Lehrerin zurückgezogen. (Oh, Gnade vor Recht!) Das ‚Pamphlet' (am schwarzen Brett) mit dem Aufruf zur Diskussion wurde alsbald abgerissen und der verbohrte Schüler zum Direktor zitiert. Nach 20 Minuten Moralpredigt (der Direktor hat sonst nie Zeit für die Schüler) wurde der Schüler wieder entlassen. Er hatte sich geweigert den Namen derer bekannt zu geben, die die Alternativfete machen wollen (da der Direktor ihm vorwarf die Alternativ-Initiative gäbe es überhaupt nicht und es wäre alles erlogen. Außerdem lehnte der Schüler den Vorschlag des Direktors ab, die Diskussion innerhalb der Abifeier durchzuführen, mit dem Hinweis: Eine freie Diskussion ist mit dem Direktor unmöglich. Daraufhin bestellte der Direktor alle Kurssprecher zu sich und redete ihnen nochmals ins Gewissen, daß die Leute wohl übertreiben würden und mensch müsse doch mit sich reden lassen..., bla... bla...!

Erfreulicherweise (sonst läuft nicht viel am Pascal) sprachen sich einige Kurssprecher gegen die offizielle Abifeier aus, zum großen Entsetzen des Direktors. Wir hätten nicht gedacht, als wir uns zu einer Interessengruppe zusammenschlossen, um eine Abiturfete-Diskussion zu machen, daß das Schulsystem und seine Vertreter (Direktor und Lehrer) sich solcher Repressionsmittel bedienen würden. Wir fühlen uns dadurch darin bestätigt, unsere Interessen als Schüler stärker zu formulieren und uns zu organisieren. Wir werden alsbald ein neues Flugblatt herausgeben und sehen was und wie es weiterläuft.

BERICHT VOM JUGENDZENTRUMS–TREFFEN IN GEROLZHOFEN

MAINSTOCKHEIM
11. Mai
Von einem Mitglied der "Mülltonne"–Redaktion erhielten wir den folgenden Bericht:
Für das Wochenende vom 5.–7.5. lud die Jugendzentrums-Initiative Gerolzhofen, in Zusammenarbeit mit der Initiative aus Wertheim zu einem Kommunikations-Seminar ein. Eingeladen waren Gruppen aus dem fränkischen Raum, d.h. aus Aschaffenburg, Tauberbischofsheim, Lohr, Osbach, Kitzingen, Schweinfurt, Ochsenfurt, Bamberg, Würzburg und Hof.

Leider war das Interesse an diesem Seminar sehr gering, denn von den ganzen Leuten, die mit großem Aufwand angeschrieben waren, war außer den Organisatoren nur ein Vertreter der Lohrer-Gruppe, eine Vertreterin aus Würzburg und Leute der Gruppen aus Kitzingen anwesend. So war das Ziel des Wochenendseminars von vornherein gescheitert, da in erster Linie der eingeschlafene Franken-Arbeitskreis wieder aufleben sollte, um die Kommunikation der einzelnen Gruppen in den verschiedenen Orten wieder aufleben zu lassen und damit die Aktivitäten der Initiativen zu koordinieren.
Wie sie im Laufe des Seminars herausstellte, haben die meisten Gruppen große Fluktuationsprobleme, so daß an einen größeren Arbeitskreis für das nächste halbe Jahr nicht zu denken ist, zumal die Sommermonate dazwischen liegen und dann sowieso niemand zu erreichen ist. Deshalb beschlossen die anwesenden Leute, sich zunächst nochmals auf den einzelnen Initiativaktivitäten bzw. Feten zu treffen um dann, nach kurzer Sommerpause, einen erneuten Versuch zu starten ein Franken-Seminar zu organisieren, das mit Wahrscheinlichkeit Anfang Oktober in Kitzingen stattfinden soll

Kontakt: "Mülltonne", Provinzblatt Kitzingen, Postfach 1, 8711 Mainstockheim

HERAUSGEBER:
Frankfurter Informationsdienst e.V.
Hamburger Allee 45, 6000 Frankfurt 90, Tel.: 0611/ 704 352
Verantwortlicher Redakteur: Thomas Meusert

INITIATIVE OBDACHLOSER JUGENDLICHER

TROISDORF
11. Mai
Von einem Mitglied der Schülerinitiative Sankt Augustin:
In Troisdorf hat sich aus zahlreichen obdachlosen Jugendlichen eine "Initiative Wohnungsnot" gegründet. Sie fordern von der Stadt ein Dach über den Kopf und in das Obachlosenasyl in der Ölbergstraße einziehen zu dürfen. Die Stadt stellte sich stur und schwieg sich zu diesm Thema aus. Das Ordnungsamt wies die Jugendlichen mit den Worten, sie sollen doch mal ihre Obdachlosigkeit beweisen, sie könnten ja wieder nach Hause zurück oder ins Hotel ziehen, zurück. Zu zwei großen Informations- und Diskussionsabenden, zu denen Presse, Jugendorganisationen und Parteien, sowie die Stadt eingeladen war, erschienen bei der ersten Veranstaltung nur die Presse und die JUSOS, bei der zweiten niemand. Auch der Sozial- und Jugendpflegeausschuß fühlte sich nicht verantwortlich und beschäftigte sich stattdessen mit der Misshandlung eines Dackels in Sankt Augustin Menden.

Daraufhin zogen die Jugendlichen mit Betten und Matrazen in die Innenstadt und protestierten so gegen die Haltung der Stadtväter. Gerade hier in Troisdorf blieb auch dann die Konfrontation mit der Polizei, wie schon so oft (Straßenschlacht mit 200 Jugendlichen am 7. Juli 77 wegen einem Straßenfest, Überfälle auf zahlreiche Wohngemeinschaften, Einfangen von Jugendlichen und anschließende Sonderbehandlung auf der Wache, einmal z.B. mit Nasenbeinbruch, usw., usw.) nicht aus. Obwohl diese Bettdemonstration von der Stadt genehmigt war, und die Polizei davon wußte, gab es wiederum Auseinandersetzungen, weil die Polizei behauptete, es läge keine Genehmigung vor und die Demonstration auflösen wollte, was sich die Jugendlichen schon längst nicht mehr gefallen lassen.

KÜNDIGUNG FÜR DIE FALKEN UND DIE DEUTSCHE FRIEDENSGESELLSCHAFT

HENNEF/TROISDORF
11. Mai
Von einem Mitglied der Schülerinitiative Sankt Augustin:
Ohne Angabe von Gründen wurde Mitte April der Jugendgruppe "die Falken" die bisher genutzten Räume in der Kopernikus-Realschule vom Ersten Beigeordneten Bernd Oelgath (CDU) gekündigt. Nachdem einiger Wirbel verursacht wurde, reichte der Ältestenrat nachträglich eine Begründung hintendrein: in der Falken-Bundeszeitschrift Nr. 11 und 12 von 1977 sei unter Berufung auf den Artikel 5, Absatz 1, Grundgesetz eine Anzeige mit dem Text "Radfahrer, Schleimer, Duckmäuser, Schnüffler, Kriecher" sowie eine Karikatur, in der ein Beamter mit dem Fuß ins Gesicht getreten wird, abgedruckt worden. Die Anzeige war unterschrieben mit "Aktion Sauberer Staat – Die Kultusminister der Länder". Damit, so CDU und Junger Union seien die Falken als radikale Organisation enttarnt. Man warnt alle Eltern vor den Falken. Der neueste Stand Anfang Mai: trotz zahlreicher Proteste von Jugendlichen, Jugendring, und SPD immer noch Raumverbot!

In Troisdorf, wo die SPD im Stadtrat sitzt, wurde der regelmäßige Tagungsort der Deutschen Friedensgesellschaft/Verband der Kriegsdienstverweigerer (DFG/VK) Troisdorf im Jugendzentrum Haus Broich gekündigt. Die Begründung: die DFG/VK sei eine laut Verfassungsschutzbericht verfas-

sungsfeindliche Organisation. Das Raumverbot wurde von der CDU angesteuert. Im Augenblick wird über diese Angelegenheit im Stadtrat beraten. Noch tage die DFG in Troisdorf.

ID - BIBLIOGRAPHIE - NEUES VON DER ID - BIBL

Rotbuch Verlag, Potsdamer Str. 98, 1 Berlin 30

* Wie die anderen sterben, die wahren Ursachen des Welthungers. Susan George, 12,00.
* Gewerkschaftspolitik in der Krise. Kritisches Gewerkschaftsjahrbuch 1977/78. Hersg. von D. Jacobi/ W. Müller-Jentsch/ E.Schmidt. 9.00
* Mauser. Heiner Müller. 8.00. 6 neue Texte des DDR Autors.
* Einer für alle, alle für einen. Dario Fo. samt den Stücken: Verzeihung wer ist hier eigentlich der Boß? und: Zufälliger Tod eines Anarchisten. 10.00 Der italiensche Theater - Indianer liefert zwei lehrreiche und clowneske Spektakel aus dem staatlichen Untergrund. Über die Ursprünge des Faschsimus in Italien und die Sorgen der politischen Polizei bei der Suche nach ? Tätern. übersetzt und vorgewortet von P. Chotjewitz und Helga Jungblut.

Margarete mit dem Schrank. Gedichte von Helga M. Novak. 8.00. Schöne bis deutliche Strophen mit Hinweisen auf die Wohnhaft im Frankfurter Westend.

* Wer ist Dissident? David Cooper. 6.00. (Rotbuch 190) Übersetzung eines vor einem Jahr in Frankreich erstmals erschienen Textes des englischen Anti-Psychaters.

Trikont Verlag, Kistlerstr. 1, 8 München 90

* Alternative Technologie. Strategien der technischen Veränderung; David Dickson. Preis stand mal wieder nicht dabei, könnte um die 10.00 kosten.

Merve Verlag, Postfach 327, 1 Berlin 15

* Dispositive der Macht. - Über Sexualität, Wissen und Wahrheit. Michel Foucault. 12.00 Mit einem Vorwort von F. Ewald über Foucaults 'vagabundierendes Denken'. "Denke nicht. daß man traurig sein muß, um militant sein zu können - auch dann nicht, wenn das, wogegen man kämpft, abscheulich ist!"

IVA, initiative verlagsanstalt, Pfleghofstr. 11, 7400 Tübingen 1

* Enzyklopädie der Zukunft - eine Anstiftung zur praktischen Zukunftsgestaltung. Band 1, 24,80. Ein dicker Sammelband hrsg. von Robert Jungk u.a. mit vielen umfassenden Beiträgen.

Zytglogge Verlag,Eigerweg 20, CH-3073 Gümlingen, Schweiz

Atompoker * Kernindustrie im kritischen Licht; Jean Rossel, 16,00

Maulwurf Vertrieb, Waldemarstr. 24, 1 Berlin 36

Aus dem neusten Vertriebsprogramm:

* Wehrt Euch ! Lieder aus der Anti-Atomkraftbewegung. Zweite erweiterte auflage; Verlag Jugend und Politik, 4.00. Handlich, gut ; sofort gebrauchsfertig für Sänger, Gitarristen und AKW Gegner - absolut nicht borniert !
* Postkarten Serie: Berliner Wandmalereien. 8 Buntige Fotos, 1 Plakat mit Bildern, Sprüchen und dergleichen vom Berlin zwischen Feuerwache, Kraftwerkprotest und Tunix. 5.00
* Eingriffe. Zeitschrift mit unbeliebten Nachrichten über Berliner Krankenhaüser, medizinische Versorgung und Pharmaindustrie. Zum abonnieren. Pro Heft ne Marrk
* Menschenrechtsverletzungen in der BRD. Leseheft von der Arbeitsgruppe zum Russell Tribunal Stuttgart , 3,00
* Brennpunkt Nordostafrika. Revolutionäre Klassenkämpfe und nationale Befreiungskriege in Eritrea, Äthiopien und Somalia. Analysen Berichte Reportagen hrsg. von Günter Schröder. (Reihe Internationalismus Informationen 2, von der Initiative für ein sozialistisches Zentrum Giessen, 8.00

Eco Verlag, Josefstr. 8, Postfach , CH-8021 Zürich

* Patti Smith. Der siebente Himmel. Reihe 'neue szene'; 7.50. Etliche ihrer Liedertexte in deutscher Übersetzung.

Voxpop Musikverlag, Stauffacherstr. 119, CH-8004 Zürich

* Wir spielen zum 1. Mai; Dorf Musig Züri. Single, 6.00. Eine 17 köpfige Blas- und Pauken kapelle mit Bärten und teilweise langen Haaren samt zwei Geigern spielt bekannte Arbeiterlieder.

Verlag 2000, Postfach 591, 6050 Offenbach 4

Der SB Verlag bietet an:

* Theater zum Radikalenerlaß. Bearbeitet und zusammengestellt vom Arbeitskreis Theater frankfurt. 12.00. Szenen, Stücke und Texte zum Berufsverbot. von diversen Theatergruppen.
* Riehe Betrieb und Gewerkschaften: Rationalisierung, Arbeitslosigkeit, Gegenwehr. 8.00
* Informationsdienst Sozialarbeit 19: Jugendhilferecht, Jugendhilfetag Interessen und Organisation. 6.00

Informationsdienst gesundheitswesen,11* Rationalsierung in der Krankenpflege. 4.00

*Informationsdienst Arbeitsfeld SChule; Nr. 32: GEW Gewerkschaftstag, Vom Schülerstreik bis zum Berufsverbot, Personalratsarbeit, 4.00

* Die Stimme eines Außenseiters im sowjetischen Alltag. Wladimir Stoljarow: Helft! Versucht mir zu helfen, aus dem kommunistischen Paradies herauszukommen. 4.oo.

Amnesty International Publikationen, Venusberg 48, 53 bonn

* Bewährungsprobe für ein Grundrecht. Art. 16 Abs. 2 Satz 2 des BRD grundgesetz: 'Politisch verfolgte genießen asylrecht' 9.80. ..Wie es damit steht schildern verschiedene Beiträge.

Dreisam Verlag, schwaighofstr. 6, 78 Freiburg

* I had adream. Dr. Martin Luther King zum 10. Todestag. mit Fotos und Reden zur 'Gewaltfreiheit als Herausforderung'. 12,90

Nochmals an alle Verleger, seien sie groß oder klein: wir bibliographieren alles in angemessenen Zeiträumen - es muß uns nur als Exemplar dinglich und faktisch vorliegen. Also bitte keine Kataloge und Prospekte mit undurchsichtigem Zeitf a ktor "Frühjahr 78" oder „demnächst erscheint". Toll

WIE EISENBAHNDETEKTIVE IHR BROT VERDIENEN

HAMBURG
11. Mai

Über die Hamburger Gruppe 'Gefangenenselbstinitiative' erreichte uns ein Bericht eines Gefangenen, der bei einem Urlaub vom Knast Zeuge eines Zwischenfalles wurde. Wir zitieren aus dem Brief:

Hauptbahnhof: — Treppe zu den Gleisen 12 und 13 — Punkt 20 Uhr gingen 4 Bahnpolizisten völlig "unauffällig" die Treppe zum Bahnsteig herunter, wo gerade ein Zug aus Neuengraben einlief. Hinter der Rolltreppe, die zum Nebenausgang führte, blieben sie stehen und umstellten ganz systematisch einige junge Leute. Neugierig wie ich war, ging ich auch dorthin, um zu sehen, womit die "Eisenbahndetektive" ihr Brot verdienen. Bislang war ich der Meinung, daß sie die Aufgabe hätten, für die Sicherheit und Ordnung auf dem Bahnhof zu sorgen. Ich wurde fürchterlich enttäuscht! Sie kontrollierten nämlich Fahrkarten. Nachdem sie festgestellt hatten, daß einige der Leute — sie wollten alle zur Mai-Demonstration — keine Fahrkarten hatten, wurde zum "Knüppel aus dem Sack" geblasen. Wegen angeblichen Widerstandes wurde genau fünf Mal mit voller Wucht auf die Köpfe völlig unbeteiligter Leute geschlagen; danach Abtransport zur Wache — Ende? — wahrscheinlich nicht, de die Leute müssen jetzt ja wohl mit einer Anzeige wegen "Widerstandes gegen Staatsgewalt" rechnen. Wie ich darauf komme? Weil die Bullen beim Abtransport lauthals verkündeten, daß die verhinderten Demo-gänger doch nur "Scheiß-Kommunisten" seien.

Kontakt: Gefangenenselbstinitiative, Max-Brauer-Allee 225, 2000 Hamburg 50

POLIZEI—ÜBERFALL AUF FANTASIA—DRUKKEREI

STUTTGART
18. Mai

Sieben Stunden lang wurden am 18. Mai die Fantasia-Druckerei auf Anordnung der Generalbundesanwaltschaft in Karlsruhe von über 20 Polizisten durchwühlt. Kurz nach sechs Uhr morgens brachen die Polizisten das Schloß an der Haustüre zur Druckerei gewaltsam auf und drangen in die Räume der teil-

weise noch schlafenden Personen des Fantasia-Druckkollektives ein.

Einer der Bewohner befand sich zu dieser Zeit schon in der Druckerei im Untergeschoß des Hauses, von wo aus er gerade noch bemerkte, wie sich jemand an der Tür zu schaffen machte. Als er nach oben kam, war bereits der ganze Hausflur voller Polizei.

Zwei Frauen wurden von Polizistinnen gezwungen, sich auszuziehen und sich abtasten zu lassen. Zwei weitere – ein Mann und eine Frau – wurden in Handschellen abgeführt. Nachdem endlich der Durchsuchungsbefehl von den Polizisten präsentiert wurde, wollte einer der Bewohner mit dem Anwalt telefonieren. Dies wurde ihm aber verwehrt. Er wurde ebenfalls brutal gepackt und abgeführt.

Neben zahlreichen Druckschriften, Zeitungen und Plakaten wurden Druckplatten und Druckvorlagen – unter anderem auch von der Stuttgarter Stadtzeitungs "s'blättle" und vom Eßlinger Provinzblatt beschlagnahmt.

Ein Polizist auf die Frage, was er denn alles mitnähme: "Wie ihr Sachen druckt, nehmen wir sie einfach mit!"

In der Begründung des Hausdurchsuchungsbefehls, von dem in Stuttgart noch weitere Wohnungen betroffen waren – insgesamt neun Personen – heißt es unter anderem:

"Selbige Personen sind Mitglieder der sogenannten Polit-Kommune in Stuttgart, Schlosserstr. 28a und der dort befindlichen Fantasia-Druckerei. Sie sind zum Teil frühere Mitarbeiter des Büros der Rechtsanwälte Dr. Croissant/Müller/Newerla. Nach Auflösung des Büros hat die Fantasia-Druckerei die Nachfolge des Büros als Agitationszentrale für die terroristische Vereinigung RAF angetreten. Die angeordneten Durchsuchungsmaßnahmen sind erforderlich, weil zu vermuten ist, daß Beweismaterial aufgefunden wird, das über die werbende und agitatorische Tätigkeit und auf die Herstellung von Kontakten zwischen den Terroristen und der sogenannten legalen Unterstützungsszene Aufschluß geben kann. Gegenwärtig ist die Fantasia-Druckerei in Stuttgart nicht mehr in der Lage, in gewünschtem Umfang RAF-Propaganda-Schriften zu drucken. Es wird erforderlich Aufträge weiterzuleiten. Für derartige Aufträge kommt die Druckerei in F[illegible]ungen in Bayern in Betracht. Das begründet den Ver[illegible]t, daß dort Beweismaterial für das strafbare Verhalten der Mitglieder der Fantasia-Druckerei sichergestellt werden kann".

Die Fantasia-Druckerei wird über den Anwalt Widerspruch gegen die Hausdurchsuchung einlegen und die Herausgabe des beschlagnahmten Materials fordern.

BERLIN IM FRÜHLING 78

WESTBERLIN
28. April

Betroffene berichten von einer Hausdurchsuchung:

Hausdurchsuchung wie üblich: morgens 7 Uhr, Bullen poltern durch die Tür, Knarren im Anschlag, alle aus den Betten, jeder wird einzeln in einem Zimmer festgehalten, Androhung von Gewalt in allen Tonarten und willkürliches Durchwühlen von Sachen. Und dann die Überraschung. Nachdem die Bullen nach einigem Hin und Her schließlich mit dem Hausdurchsuchungsbefehl rausrückten, stand folgendes drauf:

Grund der Hausdurchsuchung: "Sachbeschädigung" durch die Beschuldigte ... Gesuchtes Beweismaterial: Pinsel, Sprühdosen, Farben, Flugblätter, etc.

Aber welche Sachbeschädigung, wo oder wann, wer beschädigt haben soll, wußten selbst die Bullen nicht. Die Hausdurchsuchung wurde jedenfalls durch die Staatsanwaltschaft veranlaßt. Daß jeder, der nun gerade in der Wohnung ist, in "Verwahrung" genommen und erkennungsdienstlich behandelt werden sollte, war völlig willkürlich und eindeutig rechtswidrig, aber offensichtlich ist es übliche Praxis, denn alle Aufforderungen, die für alle verordnete erkennungsdienstliche Behandlung zu begründen oder nachzuweisen, wurde von Schade, dem Einsatzleiter, so abgetan: "Telefonische Anordnung reicht, und wenn ich das schon sage, dann reicht das!" Und dann ging es nicht mehr lange, bis alle aus der Wohnung geschubst und gezerrt wurden, mit Sprüchen wie "wenn du nicht freiwillig gehst, könntest du auch die Treppe hinunter fallen." Bei der ED-Behandlung ging es dann auch nicht freundlicher zu.
Da der Durchsuchungsgrund auf alle Berliner Wohnungen zutreffen kann und auch beinahe in jeder Wohnung das obige "Beweismaterial" zu finden ist, ging es offensichtlich darum, daß mit einem beliegigem Vorwand alle aus der Wohnung vorbeugend ED (=erkennungsdienstlich) behandelt und die Wohnung unter die Lupge genommen werden sollten.
Warum gerade diese Wohnung? Vielleicht weil die Wohnung gegenüber dem über 24 Stunden bewachten Kammergericht liegt? Oder weil da jemand wohnt, der sich zum Beispiel unter anderem aktiv für die Freilassung der Agit-Drucker einsetzt?
Nachträglich hat es uns ganz schön zu denken gegeben, daß wir selbst (am frühen Morgen) und unsere Freunde später über den Bullenbesuch so wenig überrascht und betroffen waren.

HAFTBEDINGUNGEN UND HUNGERSTREIK

Lübeck
15. Mai

Vom 10. März bis zum 20. April 1978 befanden sich bis zu 24 Gefangene aus der RAF und der Bewegung 2. Juni im Hungerstreik.
Sie forderten für sich:
Eine umfassende Neuregelung der Haftbedingungen, d.h. die Zusammenfassung zu interaktionsfähigen Gruppen und die Kontrolle der Haftbedingungen durch internationale, unabhängige Organisationen wie Amnesty International und das internationale Komitee des Roten Kreuzes.

Aus der Hungerstreikerklärung von Waltraud Boock, seit Dezember 1976 in Wien inhaftiert, die sich am 13. April dem Hungerstreik angeschlossen hat, gehen noch zwei weitere Forderungen hervor:

"Eine ständige Überprüfung der Haftsituation durch persönliche Besuche von Vertretern der o.a. Organisationen. Besonders für den Fall einer neuerlichen Anwendung der Kontaktsperre-Gesetzes in der BRD.

Sowie die Einsetzung einer internationalen und unabhängigen Kommission zur Untersuchung der Todesumstände von Andreas Baader, Gudrun Ensslin, Jan Raspe und Ingrid Schubert und ihrer Verantwortlichkeit. Darüberhinaus die öffentliche Anhörung von Irmgard Möller.

Dieser Hungerstreik ist abgebrochen worden, ohne eine umfassende Neuregelung, die von internationalen Organisationen garantiert ist, erreicht zu haben. Es liefen lediglich Einzelverhandlungen in verschiedenen Knästen, bei denen es um konkrete Teilforderungen ging. In Hamburg wurde den Gefangenen aus der RAF, nachdem sie aktiven Widerstand gegen die Zwangsernährung und einen Durststreik angekündigt hatten, von Vertretern des Hamburger Justizsenators Meyer die Erfüllung ihrer konkreten Forderungen zugesagt.

D.h. sie haben die Möglichkeit, täglich zusammenzukommen, und erhalten ihre Arbeitsmaterialien zurück, die ihnen seit der Rückverlegung von Stammheim nach Hamburg (August 1977) vorenthalten werden. Sie können jetzt 20 Zeitungen und Zeitschriften halten und der Umschluß beträgt 4 Stunden täglich.

Die 4 in Lübeck einsitzenden Frauen Inge Hochstein, Annerose Reiche, Christa Eckes und Brigitte Asdonk sind nach Hamburg verlegt worden. Die in Köln einsitzenden Gefangenen Bernd Rössner und Lutz Taufer sind ebenfalls verlegt worden: Rössner nach Straubing und Taufer nach Schwalmstadt. Verena Becker und Ilse Stachowiak sitzen in Frankfurt-Preungesheim.

Seit Oktober 1977 bestanden in Lübeck Haftbedingungen, die lebenszerstörend sind. Auszugsweise veröffentlichen wir nachfolgend einen Bericht darüber:

"Haftbedingungen Lübeck

trakt lübeck:

der trakt ist ein flachbau mit 10 zellen, der durch mauern ganz vom übrigen gefängnis abgetrennt ist, so daß wir im trakt weder optisch noch akustisch was von den anderen gefangenen mitkriegen; genauso wenig wie die Gefangenen wissen, ob jemand und wer im trakt ist. außer uns sind hier keine anderen gefangenen. auch der hof vor den zellen hier, wird von niemandem außer uns benutzt. im ganzen 5 kameras von innen und außen überwachen den bau wie auch den hof. die im flur zumindest ist an eine alarmanlage gekoppelt, die losgeht, wenn einer den trakt betritt. von außen gibt's nachts noch die bewachung durch eine mp-streife und die zellen sowie der hof sind aus den häusern direkt hinter der mauer, in denen wachpersonal wohnt, zu überblicken. die zellentür schließen sie nur zu mindestens dritt - dabei immer ein männlicher bulle - auf , und hof läuft auch unter dieser besetzung (im november 77 war ein bulle mit mp abends zum tv-umschluß im trakt). die besuche einmal im monat von verwandten und freunden sind auch im trakt. nur zum baden kommen wir einmal die woche einzeln aus dem trakt, für ne halbe stunde. zur abendzeit sind alle gefangenen eingeschlossen und die gänge wie ausgestorben. unsere zellen sind nicht nebeneinander, sondern jeweils durch ne leerzelle getrennt.

akustische isolation

von dem 'normalen' knastbetrieb hören wir nichts. auch von draußen dringt kaum ein geräusch. die geräuschkulisse hier drin, das ist der lärm des überwachungssystems. es gibt 3 verschiedene alarmsignale:

1. eine alarmsirene: laut und durchdringend; in regelmäßigen abständen manchmal kurz, manchmal länger anhaltend. zeitweise machen sich die bullen einen spaß daraus, auch nachts über zeiträume von ner stunde oder mehr die sirene an und aus zu stellen;

2. ein ton, wie ne entfernte schrille haustürklingel; monoton und andauernd; man nimmt den erstmal nicht wahr; auf die dauer frißt der sich aber bis zur bewußten wahrnehmung durch. der geht unregelmäßig tags und nachts.

3. eine helle, länger andauernde alrmklingel.

dazu besonders nachts lautes sprechen und quietschen der funkgeräte. außerdem gibt's noch die geräusche, die wir selbst produzieren. alles, auch unsere stimmen hallen unnatürlich laut und metallisch verzerrt. rufe aus dem fenster z.b. werden derart durch schwingungen (rückkopplung) verstärkt und entstellt, daß es in den ohren dröhnt, ohne daß man sich versteht und tickt, woher die stimme kommt. stimmen, die man jahrelang kennt, sind hier im trakt nicht wiederzuerkennen.

jedes geräusch ist hart und kalt und verstärkt die isolation dadurch; d.h. jeder versuch, das durch reden und rufen zu relativieren, hat in dieser verfremdeten akustik den gegenteiligen effekt. das soll zusammen mit dem system von alarmtönen, deren funktionsweise undurchschaubar ist, ne spannung erzeugen wie das auch künstlich in kriminalhörspielen hergestellt wird.

optische isolation

3 zellenwände, die decke und die hohe außenmauer, auf die wir aus dem fenster direkt gucken, sind stechend weiß. die zellenwand an der ne neonröhre angebracht ist, ist ockerfarben; diese farbkonstruktion erzeugt mit und ohne neonleuchte ein fahlgraues licht. die fenster bestehen aus 24 einzelscheiben in taschenbuchgröße, die durch betonstreben (5 cm breit und 10 cm tief) getrennt sind. die breiten streben haben den effekt von scheuklappen und zerhacken die sicht nach außen in einzelstücke. nachts wird die weiße mauer (anstrich und kameras seit nov. 1977) durch helle neonleuchten angestrahlt.

zusätzliche einschränkung der bewegungsmöglichkeit durch die konstruktion der zellen.

die zellen sind niedrig und eng; verstärkt dadurch, daß bett und regal an der wand bzw. am boden festgeschraubt sind und nur ein kleiner tisch und schrank verstellbar. die konstruktion ist derartig, daß gymnastik (z.B. armkreisen) unmöglich ist. luft kriegt man nur durch zwei der taschenbuchgroßen klappen, d.h. es ist dauernd stickige luft. gleichzeitig ist es kalt durch zugluft und steinboden, der nicht unterkellert ist; das bett kurz und schmal, mit noch schmaleren seegrasmatratzen, praktisch ein hartes lager.

die zellentüren sind außer dem schloß noch durch 2 riegel gesichert, wie tresor- oder kühlhaustüren.

die ganze konstruktion erzeugt ne künstliche und entmenschte athmosphäre. dagegen besteht ein offener gegensatz zwischen der monopolisierung der wahrnehmung, bewegungseinschränkung, in der sensorischen deprivation im trakt und dem äußeren bild des traktes. kräftige farben (die tresortüren von der flurseite grün) blumen und bilder verdecken die realität des trakts, und sind auch nur von außen zu sehen, nicht aber für die gefangenen im knast (z.b. bepflanzung mit zierbäumen direkt vor dem trakt und roter backsteinbau von außen).

reglementierungen

die türen werden grundsätzlich nur zum hof, essenausteilen und wenn angekündigt zum umschluß aufgeschlossen und nur in anwesenheit einer männlichen wachperson. die bedingungen sind bis in jedes detail festgelgt - z.b. durch verfügung, daß nur 10 zeitungen (einschließlich zeitschriften), 20 bücher und 10 ordner in der zelle sein können, daß nur bleistift und papier zum umschluß mitgenommen werden kann, und wann der umschluß stattzufinden hat, - bis zur vorschrift, wann welche kleidungsstücke getragen werden oder wie die m[illegible]l in der zelle zu stellen sind. die vorgeschriebene anstaltskleidung ist weder praktisch noch schützt sie gegen kälte.

in unregelmäßigen abständen etwa alle zwei wochen, duchsuchen sie, während wir auf dem hof sind, unsere sämtlichen sachen und werfen sie anschließend in ne andere zelle, und nehmen auch zeitungen und bücher raus. anschließend filzen sie uns bis auf die haut. die ganzen regeln und vorschriften, die den gefangenen aufgezwungen werden sollen, sind andererseits für sie nichts, woran sie sich halten. d.h. plötzliche veränderungen werden weder angekündigt noch erklärt und fragengrundsätzlich nicht beantwortet. anträge werden manchmal wochenlang nicht bearbeitet, manchmal gleich, zusagen werden nicht eingehalten; zeitungen und post wird zum teil bis zu einem monat zurückgehalten und dann alles auf einmal ausgehändigt. sie demonstrieren nicht nur die vollständige kontrolle sondern auch die verfügungsgewalt des vollzugssystems über die gefangenen. dadurch verhindern sie, daß wir nach unserer bestimmung kontinuierlich lesen/arbeiten können. jede form von widerstand dagegen wird mit einem aufgebot von männlichen bullen oder umschluß- und fernsehsperre beantwortet.

darüberhinaus erzeugen sie durch gezielte desinformation eine unklare, undurchschaubare situation.

so wird z.b. die beschlagnahme von post und zeitungen oder büchern nicht regelmäßig mitgeteilt, auch nicht auf nachfrage.

bei anrufen von anwälten, die ihren besuch ankündigen, wirds mal mitgeteilt, mal nicht, d.h. man ist ständig im ungewissen. das geht bis zu täuschungen von der art, daß sie bei der verlegung von annerose reiche während des hungerstreiks nach hamburg im oktober 1977, sie unter dem vorwand sie wollten ihr was geben, aus der zelle holten, um sie dann nach hamburg zu schleppen; brigitte asdonk, die zu der zeit auch im trakt war, erzählten sie, annerose reiche würde schlafen und sich nicht gut fühlen."

79 GEFANGENE WENDEN SICH AN JUSTIZ-SENATOR BAUMANN

Berlin 15. Mai *Am 2. Mai 1978 schrieben 79 Gefangene aus der Justizvollzugsanstalt (JVA) Tegel II einen offenen Brief an Baumann. Darin heißt es u.a.:*

"Wenn wir schon für ein paar Pfennige schwer arbeiten gehen müssen, bzw. ein Almosen in Form von "Taschengeld", in Empfang nehmen dürfen - ca. 25 DM monatlich - , können wir erwarten, daß der Einkauf pünktlich und kontinuierlich geliefert und ausgeteilt wird.

In diesem Zusammenhang wollen wir auch gleich auf unser Anstaltsessen hinweisen. Dieses Essen ist überhaupt nicht mit Art. 1 GG (die Würde des Menschen usw.) zu vereinbaren!

Dieser Fraß ist so vitamin- und kalorienreich, daß man davon Zahnausfall, Gewichtsschwund etc. bekommt, wir also von daher doppelt auf den monatlichen Einkauf angewiesen sind, da man sich dadurch - auf legale Weise - mit Nahrung versorgen kann.

In diesem Monat fing die Fa. Frey an, die Gefangenen zu beliefern. Zum einen ist zu dieser Firma zu sagen, daß sie (wie der Unternehmer meint) erhöhte Preise nehmen muß, da das aus "Kalkulationsschwierigkeiten" nicht billiger geht. Zum Beispiel nimmt die Fa. für 200 g löslichen Kaffee DM 15,-, im Sonderangebot - draußen - kostet der gleiche Kaffee DM 10,-. Der Spruch "Kalkulationsschwierigkeiten" ist als Ausrede zu betrachten, da Kaffee und Konserven nicht schlecht werden können. Die Fa. sich also vorsätzlich an den Gefangenen bereichert, indem sie ihre Monopolstellung brutal ausnutzt. Denn das muß der Fa. schon vorher klar gewesen sein, -- Ihnen, Herr Senator, wahrscheinlich auch.

Wenn man also schon derart ausgenommen wird, kann man wenigstens verlangen, daß wir pünktlich und kontinuierlich beliefert werden. Pünktlich und kontinuierlich insofern, daß wir wissen, am soundsovielten ist Einakuf. Und nicht so wie jetzt, daß man von einem Tag auf den anderen "vertröstet" wird -- was nun schon seit 8 Tagen der Fall ist und jetzt schon der Monat Mai da ist!

Was noch sehr wichtig ist, ist eine menschenwürdige Belieferung! Die Praxis sieht derzeit so aus, daß es zwangsläufig Assoziationen zum Sozialamt erweckt! Außerdem geht die Verteilung äußerst willkürlich vor sich, und zwar deshalb: es wird zwar stationsweise ausgeteilt, aber nicht für alle, die sich auf der Station befinden. Man muß es (vielleicht etwas überspitzt) als Psychoterror bezeichnen, da man zwar weiß, der Einkauf ist da, aber nicht weiß, wann man ihn bekommt. Zumal man ja auch leicht verderbliche Lebensmittel kauft, die nicht tagelang aufbewahrt werden können, wie Schrippen, Obst, Joghurt etc.

In Verbindung mit der allgemeinen Lebensmittelknappheit ist der Begriff gar nicht so unberechtigt!!!

Weiter in diesem Zusammenhang ist auf unbedingte Aufklärung einer Kollektivstrafe zu dringen, -- die lt. Gesetz gar nicht praktiziert werden darf!!

Folgender Sachverhalt liegt vor:

Auf der Station 10 haben Gefangene das Geländer beschädigt, aufgrund dieser Tat ist die gesamte Station vom Einkauf ausgeklammert worden, d.h. die Gefangenen dieser Station kommen erst als letzte in den Genuß ihres Einkaufs! Obwohl sich der Einkauf seit ein paar Tagen hier befindet, und auch der restliche Flügel längst Einkauf hatte. Es wird somit eine Kollektivstrafe vollzogen, oder kommen Sie zu einer anderen Schlußfolgerung?!?!?!?!

Aus diesen genannten Mißständen stellen wir folgende Forderungen auf:

1) eine praxisnahe Organisation der Einkaufsdurchführung
2) eine kontinuierliche Handhabung des Einakufstages, also keine willkürliche Verteilung
3) ein Haus, was man als Laden herrichten kann, um menschenwürdig einkaufen zu können
4) Erhöhung des Verpflegungssatzes, -- ein Polizeihund erhält einen größeren Verpflegungssatz als ein Inhaftierter
5) Erhöhung der Bemessungsgrundlage, nach dem das "Taschengeld" berechnet wird
6) schärfere Kontrollen des Essens, das es hier gibt
7) eine Untersuchung der Kollektivstrafe und ggfls. ein Disziplinarverfahren einzuleiten."

Kontakt: Dietmar Bruckhaus, Seidelstr. 39, 1000 Berlin 27

SITUATION VON GÜNTER SONNENBERG

STUTTGART 17. Mai *Günter Sonnenberg wurde am 26. April 1978 zu einer lebenslangen Haftstrafe verurteilt. Grund: seine Beteiligung an einer Schiesserei in Singen, zu der es im Laufe der Fahndung nach dem Buback-Mord kam. Der Anwalt Günter Sonnenbergs, Philipp Heinisch aus Berlin, geht in einem Bericht zum Ausgang des Prozesses auf die Aussagen des Gerichts zum Problem der Verhandlungsfähigkeit des kopfschußverletzten Günter Sonnenberg ein. Wir zitieren aus dem Bericht des Anwalts:*

"Verhandlungsunfähig ist nicht, wer

1. erhebliche Wort- und Begriffsfindungsstörungen hat
2. in seiner Fähigkeit, sich mit verschiedenen Problemen auseinanderzusetzen, eingeschränkt ist
3. sich jeden Satz notieren muß, um die Information nicht zu vergessen
4. allgemein verlangsamt reagiert
5. ein deutlich gemindertes Antriebs- und Durchhaltevermögen hat
6. gestört ist, und in ungewohnten Situationen nicht rasch reagieren kann
7. Fremdanregung braucht, jedoch isoliert ist
8. mit seiner Genesung erst in zwei Jahren rechnen kann
9. eine erheblich beeinträchtigte Erinnerungsfähigkeit hat
10. sich nicht einmal hinreichend verteidigen kann.

Diese Befunde sind sämtlichst in den gerichtlichen Gutachten erhoben worden. Hinzu kommt allerdings noch, daß Sonnenberg auf Veranlassung des Gerichts untersucht wurde, als er nicht den Bedingungen in Stammheim unterlag. Von einer Ausnahme abgesehen, wurden sämtliche Untersuchungen der Ärzte im November 77 durchgeführt, das heißt: 5 Monate vor dem Prozeß. Kein Arzt hat Günter Sonnenberg unter den Haftbedingungen in Stuttgart-Stammheim (ein Monat Isolation, seit dem 14.3. 1 Stunde pro Tag Hofgang mit Mayer und Haag, ausgedehnte „Suicid-Prophylaxe", d.h. dauernde Zellen- und Persönlichkeitskontrollen), und unter der besonderen Anspannung des gegen ihn laufenden Strafprozesses untersucht".

Kontakt: Philipp Heinisch, Magdeburger Platz 2, 1000 Berlin 30, Tel.: 030/2622023

Günter Sonnenberg selbst beschreibt seine Haftbedingungen in mehreren Briefen, aus denen wir hier zitieren:

17. April 1978, JVA Stuttgart-Stammheim

"Seit dem 3.5.77 bis zum 12. April 1978 wurde ich völlig isoliert, und werde es auch weiterhin, nur mit anderen Mitteln. Beispiele der Vernichtungshaft: Von 21.5.1977 bis 13.6.1977 wurde ich nach den beiden Schädeloperationen nach Stuttgart-Stammheim transportiert und dort dauernd, auch bei Nacht von Grünen überwacht und isoliert.

Am 13.6.1977 wurde ich in das psychiatrische Krankenhaus nach Weisenau (bei Ravensburg) verlegt, weil man wohl inzwischen doch festgestellt hatte, daß ich durch den Kopfschuß zu viel Blut verloren hatte und deshalb Infusionen notwendig waren.
Dort in Weisenau wurde extra ein ganzes Gebäude des Krankenhauses geleert, damit ich dann weiterhin völlig isoliert werden konnte. Um mich herum waren dauernd mindestens 10 MEK's und Grüne um mich herum, die alle ihre MP's in der Hand hielten und sich einen Spaß daraus machten, daß sie die MP's direkt auf mich hielten, – auch in dem Krankenzimmer.
Am 14.7.1977 wurde ich in das Vollzugskrankenhaus Hohen Asperg verlegt, – in die psychiatrische Abteilung.
Auch dort wurde ich weiterhin isoliert gehalten, – ich hatte auch immer Einzelhofgang, wobei immer zwei Grüne dabei waren. (Wenn 30 oder mehr unpolitische Gefangene Hofgang hatten, war immer nur ein Grüner dabei.) Durch die sogenannte Kontaktsperre wurden dann auch Besuche von meinen Eltern usw. verhindert. Auch nach der Kontaktsperre, nach ihrer Aufhebung, wurden politische Gespräche verhindert (durch Abbrechen) und Berührungen mit Verwandten und Freunden durch Abbrechen verhindert.
Dieses Abbrechen wurde durch die Verfügung 3a und b, die nur in Baden-Würtemberg existiert, legalisiert. Damit wurden politische Gespräche verhindert und unmöglich gemacht. Daraufhin habe ich seit Januar 1978 Besuche von meinen Eltern, Verwandten und Freunden zurückgestellt, bis diese neofaschistische Verfügung aufgehoben wird.
Sie wurde immer noch nicht aufgehoben.
Seit Ende Februar wurde ich wieder nach Stuttgart-Stammheim verlegt, und zwar in die Seuchenabteilung, Zelle 213, (außer mir waren alle Zellen rundherum leer). Diese Haftbedingungen waren und sind auf längere Zeit nicht auszuhalten, wenn man den ganzen Tag keine Geräusche hört, (außer wenn das Essen gebracht wird) kein natürliches Licht sieht, außer beim Hofgang, – bestand ein totales Vakuum.
Erst seit 13. März 1978, habe ich mit Roland Meyer und Siegfried Haag (ebenfalls zwei Kriegsgefangene), gemeinsamen Hofgang, – eine Stunde am Tag und einmal in der Woche, eine Stunde gemeinsames Tischtennisspielen. Aber die Schikanen gehen auch hier weiter: Siegfried, Roland und ich werden vor gemeinsamen Kontakten völlig ausgezogen, ins Arschloch reingeguckt, und dann in andere Kleider umgezogen.
Meine Zelle ist ungefähr 1,80 Meter breit und 3.50 Meter lang. Das ganze ist also ein Schlauch.

Vor jedem gemeinsamen Hofgang, vor dem Tischtennisspielen oder vor Anwaltsgesprächen werden wir drei jedesmal umgezogen (auch die Unterhose, meistens wird dabei auch noch versucht unter den Arsch reizukukken).

Beim Haareschneiden waren bei mir auch zwei Grüne dabei. Dabei wurde mir vorher gesagt, daß nur ein Gefangener, der Haare schneidet dabei ist und kein Grüner. Kaum hatte der angefangen zu schneiden, kamen zwei Grüne und blieben dabei stehen, bis ich fertig war.

Seit einem Jahr (seit dem Kopfschuß) werden mit bestimmten Psychofarmaka mit Absicht verhindert, daß ich mich wieder aufbauen, rehabilitieren kann.
Das Psychofarmaka heißt "Rivodriel" und wird mir dreimal täglich verabreicht. Dieses Medikament ist eines der stärksten Medikamente (vergleichbar in der Stärke mit "Valium"), das normalerweise nur bei tatsächlichen Epileptikern benutzt wird. Die Nebenwirkungen dieses Medikaments sind u.a. dadurch sichtbar, daß ich mich nicht konzentrieren kann, daß ich innerhalb kürzester Zeit wieder alle Gespräche vergesse.
Mir wird mit diesem Medikament verhindert, daß ich wieder meine geistigen Fähigkeiten, die durch den Kopfschuß verloren gingen, wieder einigermaßen rehabilitieren kann.

29. April 1978, JVA Stuttgart-Stammheim

"In der Nacht vom 26. – 27.4.78 wurden verstärkt Provokationen gegen mich gemacht, die soweit gingen, daß ich in der Nacht von Wischniefski (Günter meint Maschewski) – als ich noch in Hohen Asperg war, war er der stellvertretende Leiter –, und von zwei Grünen zusammengeschlagen wurde.
Das ganze lief so ab: um 17.00 Uhr wurde mir gesagt, daß die ganze Nacht über jemand 'vor mir stehen wird'.
Ich verlangte sofort, daß Henk (Anstaltsarzt) heute Abend noch zu mir kommen soll. Außerdem verlangte ich, daß ich heute Nacht entweder in der Zelle von Roland Meyer, oder Siegfried Haag schlafen kann – weil ich befürchtete, daß ich in dieser Nacht verstärkt Provokationen zu erwarten hätte.

Kurz nach 17.00 Uhr wurden dann alle drei Klappen (die obere, die mittlere Hauptklappe und die untere längliche Klappe) aufgemacht. Daraufhin stellte ich mich auch vor die Klappe, um zu sehen, was die drei vor mir machten – weil seit den Toten in Stammheim und Stadelheim das Schlimmste zu befürchten war. Später am Abend, als es dann dunkel war, machten die drei ihr Licht aus, damit sie mich besser sehen konnten und damit ich sie nicht mehr sehen konnte. Das beunruhigte mich noch mehr. Daraufhin stellte ich ein Handtuch, das heißt, ich klemmte es über die untere Klappe (21.15). 21 Uhr 20 kamen dann Wischniesfki und die zwei Grünen griffen und schlugen mich zusammen. Es war wohl mehr Zufall als Absicht, daß ich bei dieser Schlägerei nicht am Kopf getroffen worden bin. Nach den Schlägen hielten mich dann die zwei Grünen weiterhin fest, während Wischniefski den Uhu und alle Handtücher mitnahm. Bis um 3.00 Uhr morgens blieb ich dann wach. Die Schlägerei am Abend, was ein gezielter Angriff war, – verstärkte noch meine Befürchtungen, daß in dieser Nacht noch ein Angriff gegen mich kommt. Was dann während des Schlafens in meiner Zelle gemacht wurde, kann ich nicht sagen"...

FOLTER IN PARIS – DIE TERRORISTENFAHNDER IN AKTION?

PARIS April/Mai

Im ID 226 wurde über Heidy Kempe-Böttcher berichtet, der in Paris in bewußtlosem Zustand in einem Polizeikrankenwagen auf dem Weg ins Krankenhaus oder im Krankenhaus selbst, schwere Verbrennungen 2. und 3. Grades beigebracht wurden.

Während es zuerst den Anschein eines Brutalitätsexzesses kleiner Polizisten hatte, als sei die Besatzung des Polizeikrankenwagens trotz heftigen Abstreitens am stärksten verdächtig, so scheint jetzt eher die Vermutung berechtigt, daß höhere Polizisten, wahrscheinlich der politischen Abteilung, in die ganze Geschichte verwickelt sind. Es riecht außerdem nach einer Zusammenarbeit mit den Maskenmännern der deutschen Polizei und dem Verfassungsschutz, von dem wiederrum ein BILD-Zeitungsreporter Informationen über Heidy bezogen und zu einem Hetzartikel verarbeitet hat.

Diese Vermutungen werden durch die vagen Erinnerungen von Heidy selbst, als auch die Aussagen ihres Freundes Jacques Soncin über das Verhalten der Polizei bestärkt.
So erinnert sich Heidy:„Ich erinnere mich lediglich daran, daß ich mich einen Moment lang in einem Wagen befand, vor-

ne neben dem Chauffeur asiatischen Typs, der mir erklärte, mich zu einem Gynäkologen zu fahren. Ich hatte den Eindruck, daß zwei Personen hinten im Fahrzeug Platz genommen hatten und, daß sie unterwegs ausgestiegen sind..."

Nach der Zeugenaussage von Jacques Soncin ist bereits das Verhalten des Hausmeisters beim Eintreffen der Polizei in Heidys Wohnung mehr als merkwürdig: „Der Concierge hat vorgegeben, daß es nicht dieselbe Person sei, daß Heidy nicht Heidy Kempe sei. Daß sie, die sich in der Wohnung befand, nicht die Mieterin sei..." Später, als er mit Gewalt von der bewußtlosen Heidy im Polizeikrankenwagen getrennt und auf dem Kommissariat in der Rue de Nantes festgehalten und verhört wurde: „...Er (ein Polizist) hat versucht, mich zu veranlassen zu sagen, daß sie unter Drogen gestanden hätte. Er hat mir gesagt, daß ich dafür fünf Jahre bekommen würde. Er hat micht gefragt, ob mir ein Freund Heidy ‚beschafft' hätte, etc.

Gegen 19.15 Uhr haben sie mich rausgehen lassen, und ich wurde von Neuem von einem Polizisten in Zivil befragt, den ich noch nicht gesehen hatte. Ich habe eine Erklärung abgegeben, die er sorgfältig in einem großen Heft festgehalten hat, und er hat mir meinen Paß zurück gegeben und sagte, daß ich gehen könne. Ich habe ihn gefragt, wo Heidy sei. Er hat sich geweigert, es mir zu sagen. In diesem Moment kam ein anderer Polizist, der etwas älter war, mit autoritärem Gesichtsausdruck, sorgfältig angezogen, ins Zimmer; er hatte die Monatskarte von Heidy in der Hand.(!)
Dieser Polizist hat mir gesagt: „Also, deine Freundin ist eine Linksradikale, die aus Deutschland geflohen ist... sie hat es uns gesagt!"
Ich habe darauf nichts gesagt, sondern nur: „Wo ist sie?"
– „Ich scheiß da drauf!"
– „Sagt mir, wo sie ist, versteht doch, ich bin beunruhigt."
– „Das geht dich überhaupt nichts an."

Und mit diesen Worten haben sie mich rausgeworfen. Es muß ungefähr 19.15 Uhr gewesen sein. ... Ich habe alle Krankenhäuser der Umgebung angerufen, es muß ungefähr 20.15 Uhr gewesen sein, als ich das Krankenhaus ‚Claude-Bernard' angerufen habe; sie haben mir geantwortet: „Wir haben niemand dieses Namens da."..."

War zuerst davon ausgegangen worden, daß sich Heidy nur bis 18.05 Uhr, dem Zeitpunkt, der auch in der Aufnahmekartei des ‚Hopital Claude-Bernard' registriert war, in der Gewalt der Polizisten des Polizeikrankenwagens befand, so scheint es jetzt, daß Heidy viel später, wenn überhaupt, in ‚Claude-Bernard' eingeliefert wurde und sich solange noch in den Händen der Polizei befand, oder, daß Polizisten mit im Krankenhaus waren und das Krankenhaus alles abdeckt.

Dies wird ganz besonders dadurch belegt, daß um 19.15 Uhr, dem Zeitpunkt, zu dem Heide angeblich schon längst im ‚Claude-Bernard' war, der nicht zur Besatzung des Polizeikrankenwagens gehörende rothaarige Polizist von dem angeblichen „Fluchtgeständnis" Heidys spricht und dabei ihre Monatskarte in der Hand hielt. Diese wurde später im ‚Hopital St. Anne' wieder in Heidys Tasche gefunden.

Sehr merkwürdig ist auch das Verhalten des Personals von ‚Claude-Bernard'. Warum hat der Assistenzarzt, der angeblich Heidys Verletzungen feststellte, verweigert, den wartenden Polizisten zu sagen, daß sie verletzt war? (Nach eigener Aussage hat die Besatzung des Polizeikrankenwagens, das erst am nächsten Tag per Telefon erfahren!). Warum hat derselbe Arzt, obwohl er behauptet die Schwere ihrer Verletzungen in der ersten Viertelstunde nach ihrer Einlieferung festgestellt zu haben, sie ZWEI (!!) Stunden im Krankenhaus warten lassen, bis sie überwiesen wurde?

Warum ist Heidy, obwohl sie schwere Verbrennungen hatte, in eine Psychiatrische Klinik (St. Anne) überwiesen worden und dort ca. 20 (!!) Stunden ohne Behandlung behalten worden? (Erst am nächsten Nachmittag wurde Heidy in ein drittes Krankenhaus – ‚Cochin' – überwiesen).

Warum wurde Jacques um 20.15 Uhr am Telefon des ‚Hopital Claude-Bernard' die Antwort gegeben: „Wir haben hier niemand mit diesem Namen." Weitere Fragen: Warum wurde Heidys Wohnung zwei Tage später von der Polizei aufgebrochen und ihr Paß, ihr Adressbuch und ein Wecker mitgenommen? Warum waren nach ihrer Einlieferung in das dritte Krankenhaus – Conchin – dort zwei Bullen in Zivil anwesend, angeblich um ihren Schutz zu sichern! Wieso durfte dort Heidys Besuch nur durch eine Trennscheibe, per Sprechanlage mit ihr verkehren (angeblich wegen „Infektionsgefahr") während man ausgerechnet, so unfaßbar es scheint, einige Bullen allein und direkt mit Heidy ließ. Wieso gab die Polizei Jacques keine Auskunft über Heidys Verbleib?

Allen diesen Fragen gegenüber gibt es bis jetzt nur banale und widersprüchliche offizielle Antworten. Die Drohung der Polizeipräfektur von Paris, alle diffamierenden Presseberichte über die Aktionen der Polizei in diesem Fall, hart strafrechtlich zu verfolgen, hat massiv eingeschüchtert. Nachdem die Pariser Presse zuerst ausführlich darüber berichtet hatte, hält sie sich jetzt auffällig zurück.

Bildzeitung und Verfassungsschutz

Das merkwürdige Verhalten des Bildzeitungsreporters Auberle wirft ein bezeichnendes Licht auf die Zusammenarbeit zwischen Verfassungsschutz und rechter reaktionärer Presse. Bereits zwei Tage, bevor überhaupt in der französischen Presse über Heidy berichtet wurde, meldete sich dieser Bildzeitungsreporter bei der in Hamburg lebenden Schwester von Heidy und informierte sie, daß Heidy nach dem Eindringen von Polizisten in ihre Wohnung mit schweren Verbrennungen im Krankenhaus läge. Eer stellte sich der Schwester allerdings als Reporter einer „Heimatzeitung" vor, und wollte mehr über Heidy wissen. Bei einem kurze Zeit später stattfindenden Treffen aber erkannte die über das Ganze sehr verwunderte Schwester auf dem Presseausweis von Auberle, daß dieser dem Axel-Springer Verlag angehörte und verweigerte daraufhin jede Auskunft.

Einen Tag darauf erscheint in der Bildzeitung ein reißerisch und zugleich hetzerischer Artikel. Auf der vor kurzer Zeit in Paris stattfindenden Pressekonferenz mit Günter Wallraff, anläßlich der Vorstellung der französischen Übersetzung seines Bildzeitungs-Buches erklärte Heidy zu diesem Artikel: „Die Polizei also ‚stürmte meine Wohnung', während dieses Ansturms wurde ich (... ‚das Mädchen') schwer verletzt, und komme auf die ‚Intensivstation', ‚wo die Ärzte um mein Leben kämpfen' – keine dieser ‚Informationen' ist richtig, das weiß Herr Auberle sehr wohl, hat er doch höchstpersönlich am Vortage meiner Schwester eine ganz andere Version erzählt. Wenn die Polizei eine Wohnung ‚stürmt', so muß es einen Grund dafür geben – und Herr Auberle nennt ihn auch gleich: „Vermutlich weil sie Kontakt zu linksradikalen Kreisen hatte." Und wenn „während eines solchen Ansturms auf eine Wohnung" die Bewohnerin „lebensgefährlich" verletzt wird, so wird es auch dafür einen Grund geben – diesen nennt Herr Auberle uns allerdings nicht, er überläßt es „großzügig" seinen Lesern, sich auszumalen, wie meine Verletzungen zustande gekommen sind („Vielleicht hat es gar keinen Kampf gegeben?" „Vielleicht war ich gar bewaffnet?", wo ich doch ‚vermutlich Kontakt zu linksradikalen Kreisen hatte!").

Nach monatelanger „RAF-Hysterie in der BRD ist die Wirkung eines Artikels klar, ohne daß es ausdrücklich ausgesprochen werden muß: die Schuld trägt das Opfer, trage ich, aber schlimmer noch, das Opfer selbst wird suspekt."

Im übrigen zeigt sich die Bildzeitung bestens informiert über die private und politische Vergangenheit von Heide. So spricht sie immer über die „Fremdsprachenschülerin", und weiß von ihrer Mitgliedschaft im Sozialistischen Studenten-

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
D 1870 CX
Informationsdienst
Postfach 900 343, 6000 Frankfurt 90

Nummer des Abos **bezahlt bis ID Nr.**

3

D-5000 KOELN 1

Achtung, liebe Abonennten!
Wenn auf dem Adressenaufkleber das Zeichen !? ! auftaucht, bitte baldigst Geld überweisen — sonst meinen wir, ihr wollt keinen ID mehr und STELLEN DIE LIEFERUNG EIN.

Posteinlieferung von ID Nr. 229:Samstag, 13.5.,11Uhr

Fortsetzung des Inhaltsverzeichnisses:

Bund (SSB) und der Teilnahme an einer Demonstration gegen die SS-Kappler-Flucht in Soltau. Dazu erklärte Heidy auf derselben Pressekonferenz:

„...Ich habe den SSB jedoch Anfang 1974 verlassen, um auf die Fremdsprachenschule (!) zu gehen und mich ganz und gar um meine berufliche Ausbildung zu kpmmern. Insofern ist auch klar, warum Bild von mir stets als Schülerin spricht, obwohl ich die Fremdsprachenschule bereits Anfang 1975 abgeschlossen habe: Meine Verfassungsschutzakte endet mit meinem Eintritt auf diese Schule.

Lediglich eine Ergänzung wurde vorgenommen: meine Beteiligung an der antifaschistischen Demonstration gegen SS-Kappler. Dieser Vermerk erklärt sich folgendermaßen: ich bin damals mit meinem eigenen Auto nach Soltau gefahren, um an der Demonstration teilzunehmen. Am Ortseingang gab es einen Stau, und die Kennzeichen sämtlicher auswärtiger Autos, die nach Soltau hineinfuhren, wurden vom Verfassungsschutz fotografiert.." Da erübrigt sich wohl jeder Kommentar!

Auszüge aus einem Aufruf des Frauensolidaritätskomitees

Am 21. März in Paris wurde Heidy gefoltert. Die Folter — für uns war das vorher immer ein Wort, das Bilder von Chile, vom Iran, von Argentinien hervorruft, in einem Wort vom Faschismus.

Hier in Frankreich will mensch es nicht glauben. Und dennoch, die Realität ist da. Am 21. März, gegen ihren Willen von der Polizei aus ihrer Wohnung mitgenommen, wird sie einige Stunden später im Krankenhaus wiedergefunden — der Körper gezeichnet durch die Folter mit fürchterlichen Verbrennungen.

Eine einzige Gewißheit: Heidy hatte keine Verbrennungen als sie ihre Wohnung verließ. Die Polizei und das Krankenhaus geben keine Erklärung. Doch es wäre zu einfach, an dieser Version eines unerklärlichen Falls festzuhalten. Zu einfach für die Schuldigen. Einfach für diejenigen, die es decken oder sogar verantworten. Aber auch für uns wäre es zu einfach dadurch der Angst und dem Gefühl bedroht zu sein, zu versuchen zu entgehen.

Wir müssen die Wahrheit wissen, doch nicht nur die, die uns die bloße Aufklärung einer Affäre präsentiert, die als Kriminalfall unter anderen behandelt wird, sondern die, die uns zwingt, uns der politischen Realität bewußt zu werden, die wir an die Öffentlichkeit bringen müssen und die wir bekämpfen werden.

Aber wir sind hier in Frankreich. „Ich bin nach Frankreich gekommen, in das traditionelle Land der Menschenrechte", hatte Croissant am Anfang seines Prozesses gesagt. Wir haben gesehen, wie er gegen die französischen Gesetze und gegen den Protest der Mehrheit der französischen Bevölkerung ausgeliefert wurde.
Giscard, fasziniert von seinem deutschen Nachbarn, will dessen Gewohnheiten einführen: Die Errichtung eines Polizeieuropa und eines europäischen Rechtsraumes legen die Grundlage für eine Repression, die alle Arbeiter Europas betrifft.
Die „grandiose" Inszenierung anlässlich der Entführung des Baron Empain, die begleitet war von dem beeindruckensten Polizeieinsatz seit dem Algerienkrieg, trägt dazu bei, ein bestimmtes Klima zu schaffen. Während dieser Operation wurden — der Anordnung der westdeutschen Polizei folgend — die westdeutschen Autos in Paris besonders kontrolliert.

Die „Terroristen" werden die wundersame Erklärung für jeden neuen Angriff auf die Freiheiten. In Malville wird getötet und verstümmelt ...weil angeblich die deutschen Terroristen da seien... Täuschen wir uns da nicht: in Frankreich wie in Deutschland ist es das Ziel letztlich jeden Protests gegen die herrschende Ordnung zu verhindern und als ‚terroristisch' zu verketzern.

In besonderer Weise wurde dabei die Frauenbewegung zur Zielscheibe: nach der reaktionären Logik: Feminismus gleich Terrorismus. Jede Frau, die es wagt, sich für ihre Rechte einzusetzen die sich gegen eine Gesellschaftsordnung die sie unterdrückt auflehnt, wird verdächtig/suspekt.

Sie wollen uns einschüchtern. Was auch die genaue Ursache der Foltern war, die Heidy erlitten hat, mensch kann sie sich, wie sie selber sagt, nicht anders erklären als dadurch, daß ihre Folterer ‚inspiriert' waren durch die sexistische Kampagne der Rechten.

Wir haben ein Solidaritätskomitee mit Heidy gegründet, um sie zu unterstützen, um uns nicht einschüchtern zu lassen, um die Wahrheit herauszubekommen und um mit aller Kraft diesen unglaublichen Angriff zurückzuweisen, der sich konkret gegen sie gerichtet hat, aber der uns alle (männlich und weiblich) angeht.

Kontakt: **Heidy-Solidaritätskomitee, PA: Hilke Bättcher, Bahrenfelder Chausee 29, 2000 Hamburg 50.**

Der Krankenhausaufenthalt und die Behandlung sind teuer und werden noch lange dauern, auch für die Kampagne brauchen wir ebenfalls Geld, schickt eure Schecks...
Solidaritätskonto: Stichwort Heidy, HaSpa (BLZ 20050550) Konto Nr. 1016/76 636.